D 1600 E
Offenbach Nr. 265 Juni 1992
24. Jahrgang W: DM 7,—/O: DM 4,—

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

THEMA: AFRIKA IN BEWEGUNG

Claudia von Braunmühl

Kampf zweier Logiken

INTERVIEW

J.-C. Diallo / M. Rauch

Demokratisierung — Grund für Hoffnungen?

PERU

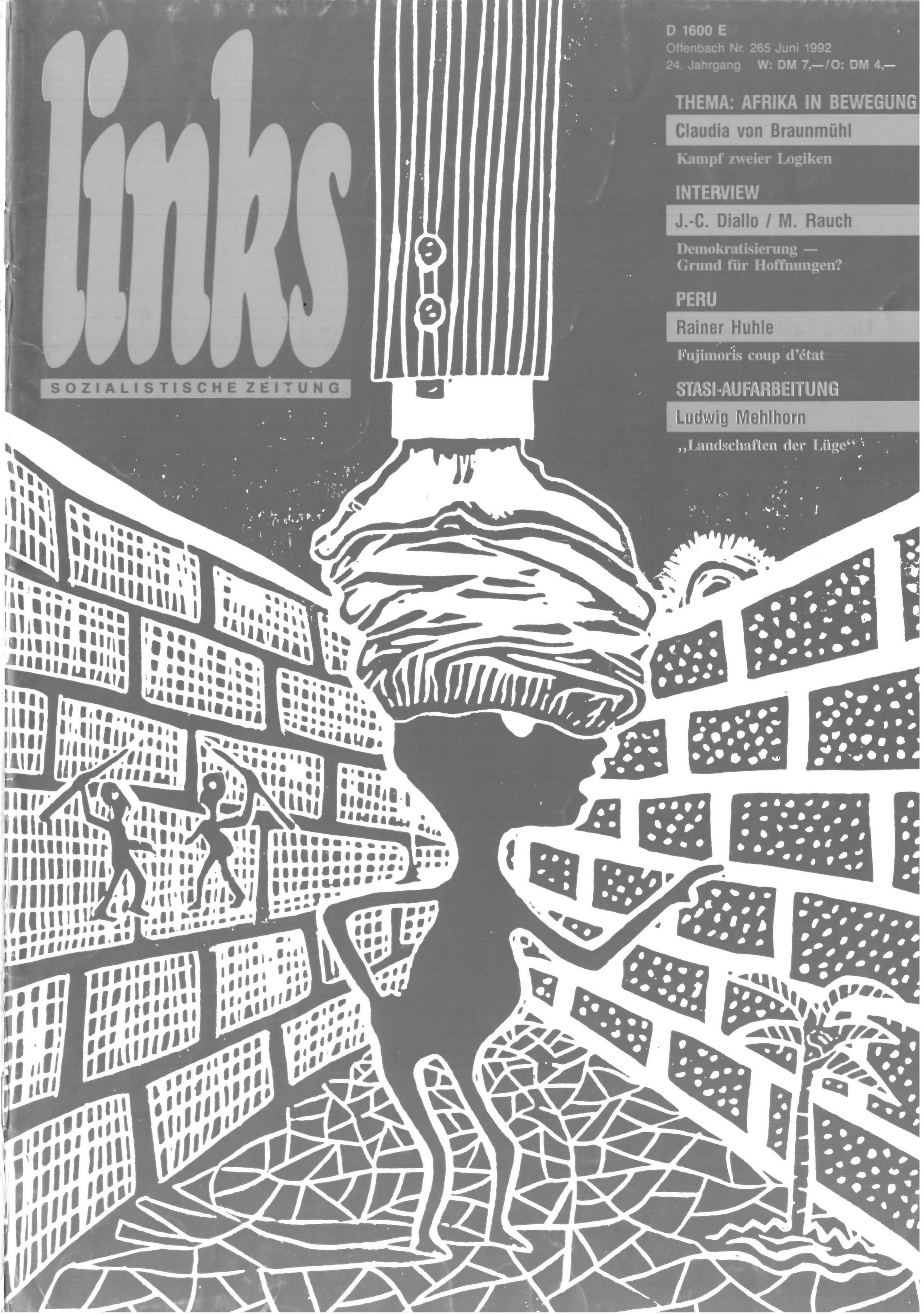
Rainer Huhle

Fujimoris coup d'état

STASI-AUFARBEITUNG

Ludwig Mehlhorn

„Landschaften der Lüge"



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Verglichen mit den intellektuellen und politischen Zumutungen, die das jüngste Polit-Gewäsch über „neue Weltordnung", „westliche Werte", „westliche Zivilisation", „Staatengemeinschaft" etc. vorträllert, sind die Anmerkungen Hegels über Afrika („das Geschichtslose und Unaufgeschlossene", „das Kinderland", „das Goldland") sachhaltiger, harmloser und weniger verblendet. Denn immerhin bezieht Hegel seine forschen Thesen auf ein emanzipatorisches Programm („das Wesen des Menschen ist die Freiheit") und stolpert als erster über den selbst errichteten hohen Anspruch, wenn er trotz der radikalen Ausgangsthese seiner gesamten Philosophie im Falle der versklavten Afrikaner „allmähliche Abschaffung der Sklaverei" für „etwas Angemesseneres und Richtigeres" hält „als ihre plötzliche Aufhebung". Der Preis für den opportunistischen Verzicht auf radikales, also die Verhältnisse an der Wurzel packendes Denken war immer schon hoch. Heute bedeutet der metropolitan-urban getrübte Blick, der sich als „realistischer" Verzicht auf radikales Denken drapiert, für Millionen Menschen in Afrika und anderswo den Tod. Mit unserem Schwerpunkt zu Afrika wollen wir dokumentieren, wie die vermeintliche Wetterecke der Weltgeschichte durch die Politik „des Westens" buchstäblich zur Hölle gemacht worden ist. Was, oberflächlich betrachtet, jüngst in Los Angeles als „Afrika" explodierte, aber im Kern ein hausgemachtes Problem des nordamerikanischen Kapitalismus ist, konnte für diese Nummer leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Christoph Görg (der den Schwerpunkt plante) und Felix Schneider sprachen mit den Afrika-Kennern Malte Rauch und Jean-Claude Diallo; Bernward Causemann skizziert die Lage im südlichen Afrika; Claudia v. Braunmühl und Jean-Pierre Alaux schreiben über grundsätzliche Probleme des Verhältnisses von reichen Gesellschaften im Norden und ausgepowerten im Süden. Darum geht es auch auf der Konferenz in Rio, deren Vorgeschichte und Tagesordnung Axel Mayer darstellt. Rainer Huhle schließlich beschreibt die Lage nach dem Putsch, der insofern etwas Neues enthält, als er offenbar einer Mehrheit der Bevölkerung gelegen kommt. Den kannibalischen Versuch, den Balkan nach überkommenen „nationalstaatlichen" Kriterien neu zu vermessen, und die wesentliche Rolle, die staatliche Zensur und das „nationalistisch" imprägnierte Medienwesen dabei spielen, kommentiert Ludi Lodovico. Karl Kaser beleuchtet die historischen Hintergründe des Konflikts, der einen oft an die Verhältnisse unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg erinnert. Schon seit geraumer Zeit verbieten sich Satiren über das Bonner Leben, denn die Realitäten sind allemal ätzender. Keiner kann sich mehr vorstellen, daß jemand Möllemann, Rühe, Kohl etc. schauspielerisch darzustellen vermöchte. (Übrigens: wieviele potentiell glückliche Kinder gibt es im Land, weil an ihnen der Kelch, Möllemann oder Rühe als Lehrer zu kriegen, dank deren Festanstellunng im Bonner Theater vorbeigegangen ist?). Für die Realsatire sorgen die Amtsträger selbst: je nach Bedarf mal riesenstaatsmännisch als Häuptling von Münster und Umgebung, rambomäßig-stiernakkig als Protektor der neuen militärischen Ordnung oder ebenso kugelrund wie breit philosophierend als Kanzler: „Alle unsere Grenzen berühren Nachbarn" — was Grenzen nicht alles leisten, einfach toll. Dem ist mit analytischen Mitteln nur schwer beizukommen. Joachim Hirsch beschreibt das Bonner Chaos und nennt die Gründe für das ständig wachsende Legitimationsdefizit der Agierenden im Selbstbedienungs-Laden Staat.

Viel Konfusion brachte schon der ÖTV-Streik, noch mehr seine Beendigung und am meisten das Urabstimmungsergebnis — Walter Lochmann und Wolfgang Hermann kommentieren. Die Diskussionen über die Stasi-Vergangenheit (Ludwig Mehlhorn) und jene über die Entspannungspolitik der 70er Jahr haben zweierlei gemeinsam: sie werden in Ost und West ziemlich unterschiedlich geführt, und sie werden durch allerhand groteske Mißverständnisse bzw. schmierige Denunziationen behindert. Der Beitrag von Ursel Schmiederer aus dem Februar 1981 (!) dokumentiert, daß nicht alle Katzen grau und die Linken im Lande weder blind noch taub sind und waren. Für den 20.6.92 (s. Terminkalender) lädt die *links*-Redaktion alle interessierten Leserinnen und Leser, Autorinnen und Autoren zu einer Debatte über die Zukunft unserer Zeitung ein: „Das Ganze neu denken" (vgl. Editorial der letzten Nummer).

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, „Sovjeticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Harald Goldhahn

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Juli/August-Ausgabe 1992 ist der 17.6.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Joachim Hirsch
Parteien in Panik — wirklich? **5**

Ludi Lodovico
Fernsehkrieg auf dem Balkan **10**

AKTUELL

Walter Lochmann / Wolfgang Hermann
Die unerträgliche Leichtigkeit des Streiks **6**

Axel Mayer
Umwelt gegen Entwicklung UNCED '92! **8**

A SEED
Initiative zur UNCED-Konferenz **9**

HINTERGRUND:

Karl Kaser
Kommt ein dritter Balkankrieg? **11**

Helga Haas-Rietschel
„Es geht um deutsche Geschichte"
Interview mit Hanno Loewy über das geplante Dokumentationszentrum zum Holocaust in Frankfurt **14**

An alle AbonnentInnen!

Ende Juni bis Mitte Juli ist unser Vertrieb nicht besetzt, deswegen bitten wir alle AbonnentInnen, ihre Adressenänderungen und Bestellungen bis spätestens 20. Juni bei uns einzusenden.
Vielen Dank!

THEMA: Afrika in Bewegung?

Christoph Görg
Bewegung in einem vergessenen Kontinent?
Zu den Demokratisierungsbewegungen in Afrika **18**

Christoph Görg / Felix Schneider
Die Demokratisierung kann einiges in Bewegung setzen
Gespräch mit Jean-Claude Diallo und Malte Rauch **19**

Claudia von Braunmühl
Kampf zweier Logiken
Postsozialistische Gedanken über Post-Kapitalistische Perspektiven in der 3. Welt **24**

Jean-Pierre Alaux
Inkonsequenzen und Interventionen
Die Widersprüche der französischen Entwicklungspolitik in Afrika **27**

Bernward Causemann
Hunger und Reformen **29**

AKTUELLE DEBATTE

Ludwig Mehlhorn
„Landschaften der Lüge"
Dimensionen der Schuld —
Zur Kontinuität deutscher Tätergeschichte **36**

INTERNATIONAL

Rainer Huhle
Irgendwann steht der „Kaiser" nackt da
Zu Fujimoris Coup d'état in Peru **31**

Der Mord an Maria Elena Moyano:
Chronik eines angekündigten Todes **33**

Gilles Kepel
Der lange Marsch der Islamisten **34**

THEORIE

Meinhard Creydt
Diners „Krieg um die Erinnerung"
Was man „postsozialistisch" über den Golfkrieg und die ‚Linke' denken soll **39**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Termine **4**
Lektüre **17**
Rückblick **42**
Ursula Schmiederer
Waren alle Linken Genscheristen?
Cosa Nostra:
SB-Kontaktadressen **4**
Abonnement **43**
Buchläden **44**

Das Faule Ei des Kolumbus — die Teilung der Welt

„Das 18. Open-Ohr-Festival will bewußt Gegenakzente zu den offiziellen Feierlichkeiten der 500-jährigen Entdeckung' setzen". Ein großes abwechslungsreiches Programm wird dargeboten. Musik, Theater, Artistik, Lesungen sowie Diskussionen, Gesprächsforen z.B. zur Zerstörung der Ökosysteme und zum UNCED-Gipfel u.v.m.

Information: Open-Ohr-Festivalbüro, Rathaus, c/o Ursula Zerger, 6500 Mainz, Tel.: 06131/123568

Citizenship, Human Rights and Minorities

Die Redaktion „Widersprüche" veranstaltet gemeinsam mit der „European Group for the Study of Deviance and Social Control" und der AFP (Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung) anfang September eine Tagung über (Staats-) Bürgerschaft, Menschenrechte und Minderheiten in Europa.

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Nationalismus sind wesentliche Aspekte, die einer politischen und sozialen Einigung Europas im Wege stehen. In Zukunft aber wird, in einem vereinten Europa und einem wiedervereinigten Deutschland, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen eine schlichte Tatsache sein.

Schwerpunkt der Tagung ist die Ergründung des Zusammenhangs zwischen der Erteilung der Staatsbürgerschaft, der Teilhabe an Bürgerrechten und dem damit verbundenen Schutz für Minderheiten und deren Kultur. Der Weg zur politischen Union Europas ruft in nahezu allen Staaten der EG Rückbesinnungstendenzen auf Nationalstaatlichkeit auf den Plan. Innerhalb dieser Interessenkollisionen liegt das Augenmerk der Tagung auf der Wahrnehmung von Ausgrenzungsmechanismen innerhalb der eigenen Kultur und in der Bedeutung von justitiablen Regelungen durch Gesetze und Verfassungen.

Die Tagung ist als Erfahrungsaustausch- und Fort- bzw. Weiterbildungsveranstaltung konzipiert und richtet sich an Sozialpädagogen, Psychologen, Juristen und an professionelle und ehrenamtliche PraktikInnen. Unter Leitung ausgewiesener ExpertInnen aus Wissenschaft und Berufspraxis finden Plenarveranstaltungen und Seminare statt.

Termin: 2. - 6. September 1992
Ort: Universita di Padova, Faculta di Scienze Politiche, Dipartimento di Sociologia, Via Andreini 12, Padova, Italien.
Anmeldeschluß: 15. Juli 1992

„Das Ganze neu denken"

Die ***links***-Redaktion diskutiert mit Autorinnen und Autoren, Leserinnen und Lesern, Interessentinnen und Interessenten über die Zukunft einer auf dem Niveau der Zeit agierenden, radikalen, antikapitalistischen, emanzipatorischen Zeitung.

Termin: 20. Juni 1992, 11 - 18 Uhr
Ort: Philantropin, Clubraum 11, Hebelstr. 18, 6000 Frankfurt 1

Nachtrag

Die Sammelrezension von Bettina Höfling, *links* Nr. 264, mit dem Titel „Geschlossene Welt", wo sie Publikationen zur Asylthematik vorstellte, entstammte der Rezensionszeitschrift „Listen" und ist zur Buchmesse 1990 dort erschienen.

Errata:

In der *links* Nr. 263 vom April ist bei dem Beitrag von Hans-Ernst Schiller „Auf ewig" versehentlich eine Zeite auf S. 40 entfallen, statt: „Man gebraucht also eine historische Konzeption und beleiht sie zugleich mit dem Schein der Ewigkeit..." muß es heißen: „Man gebraucht also eine historische Kennzeichnung, einen indifferent scheinenden Epochenbegriff als Chiffre einer theoretischen Konzeption und beleiht sie zugleich mit dem Schein der Ewigkeit...". Sorry, also an Herrn Schiller, es geschah nicht in böser Absicht.

Internationaler Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Der Weltwirtschaftsgipfel ist eine zentrale Institution innerhalb der internationalen Weltordnung. Er findet statt in einer durch den Zusammenbruch des Ostblocks und der Auflösung der Sowjetunion grundlegend veränderten politischen Weltlage. Zum politischen Hintergrund des „Gipfels" gehören auch der 500. Jahrestag der Eroberung und Kolonialisierung Amerikas, die geplante Verwirklichung des EG-Binnenmarktes und die UN-Konferenz über „Umwelt und Entwicklung" in Brasilien. Der „internationale Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel" will einer breiten Öffentlichkeit Einblick in die verheerenden Konsequenzen der Politik, der vom Weltwirtschaftsgipfel repräsentierten Weltordnung geben. Er will Ursachen der gegenwärtigen Probleme benennen, die legitimen Forderungen der Betroffenen aufgreifen, außerdem Alternativen und Handlungsperspektiven aufzeigen sowie eine qualifizierte Diskussion mit authentischen Informationen in Gang bringen.

Zu der Eröffnungsveranstaltung in der Universität München am 3. July '92, 18 — 22 Uhr sind bisher als ReferentInnen vorgesehen: Jose Lutzenberger, Brasilien; Noam Chomsky, USA u.a.

Termin: 3. - 5. July 1992
Ort: Ludwig-Maximilian-Universität (LMU), München, Hauptgebäude, Geschwister-Scholl-Platz 1
Anmeldung: Kongreßbüro Sprecherrat der LMU, München, Michael Köhler und Dirk Joußen, Leopoldstr. 15, 8000 München 40, Tel.: 089/2180-2072 Fax: 089/38196-133

Neuer SB-Zusammenhang

Seit zwei Monaten existiert in Köln wieder ein Diskussionszusammenhang des Sozialistischen Büros. Zur Zeit werden folgende Texte diskutiert: Robert Kurz: „Die Krise, die aus dem Osten kam" und „one world und jüngster Nationalismus" sowie Joachim Hirsch: „Über die Notwendigkeit und Schwierigkeit, immer noch vom Sozialismus zu reden." InteressentInnen können die Texte anfordern über:

Kontaktadresse: Joachim Zöpf, Maarweg 18 - 22, 5000 Köln 41, Tel.: 0221/5461183
Monatl. SB-Treff: Vondelstr. 36, Kranke Pänz e.V., Köln

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 4630 Bochum, Tel. 0234/703739
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Theodor-Körner Str. 10, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

KOMMENTAR

JOACHIM HIRSCH

Parteien in Panik — wirklich?

Wie des öfteren in letzter Zeit, lag der SPIEGEL auch mit dieser Titelstory ganz schön schief. Unsere „politische Klasse", wie sie sich neuerdings selbst gern tituliert und nicht merkt, was sie damit ausspricht, ist unbeirrt dabei, die Deutschland GmbH in den ökonomischen und politischen Bankrott zu treiben und davon auch noch zu profitieren.

Daß die Politik dieses Landes immer mehr vom Interesse mafioser Parteiklüngel bestimmt wird, die den Staat als Privatbesitz und Selbstbedienungsladen, das „Volk" dagegen als Ansammlung debiler Werbespotkonsumenten betrachten, hat sich inzwischen herumgesprochen. Über die wirklichen Dimensionen und Folgen dieser Entwicklung redet man weniger gern. Schließlich sitzt man, von SPIEGEL bis FAZ, mit im Boot. Es war, auch wenn das längst kein öffentliches Thema mehr ist, vor allem der coup d'etat des DDR-Anschlusses, der die jetzige ökonomische und politische Krise heraufbeschworen hat. Und für diesen gab es weder eine historische Notwendigkeit noch sonst ein „Sachzwang". Motiviert durch das schlichte Interesse an der Erhaltung der etablierten BRD-Machtfilze und ihrer „Mehrparteiendiktatur" (Scheuch), wurde der Anschluß wider alle ökonomische und politische Vernunft und legitimiert durch gezielt produzierte populistische Stimmungen durchgezogen. Die Quittung liegt jetzt vor: das „Exportmodell Deutschland" wankt in seinen Grundfesten, die Inflation trabt und die Währung trudelt. Eine Überdosis an „Markt" hat sich, wen wundert es, als Gift erwiesen.

Das war ebenso voraussehbar wie die Tatsache, daß auf der D-Mark weder gesellschaftliche Solidarität noch nationaler Konsens zu begründen ist. Aber das Dynosauriersyndrom bleibt wirksam: mit der Macht, die ein fest gezimmertes Politikmonopol verleiht, verkümmert die Lernfähigkeit. Also business as usual: Waigel & Co. setzen ungerührt auf Verschleiern, Durchwursteln und das Ausstellen immer neuer ungedeckter Schecks. Motto: Je größer das Chaos, desto mehr werden sich die Leute schließlich gefallen lassen.

1989 hätte es gänzlich neuer Konzepte sowohl für die Gestaltung der inneren politisch-sozialen Verhältnisse als auch für die internationale Rolle der Bundesrepublik bedurft. Dazu war keine der Parteien in der Lage. Auch nicht die GRÜNEN, deren politischer Horizont längst auf die Dimensionen der Fünfprozentklausel geschrumpft ist. Das dumpfe Gerede von der „historischen Stunde" verkleisterte nur die absolute Unfähigkeit, Geschichte wirklich zu gestalten. Die endlose Kette kleiner und größerer Skandale ist Ausdruck dieses Zustandes, ebenso wie das Possenspiel um die Genscher-Nachfolge. Statt eines kompetenten politischen Führungspersonals wursteln Amtsverwalter, Intriganten und politische Spekulanten vor sich hin. Der eingeschliffene Rekrutierungsmechanismus der „politischen Klasse", der das angepaßte Qualifikationsprofil mittleren Managementpersonals bevorzugt, sorgt dafür, daß sich daran nichts ändert.

Daß die Reaktion auf eskalierende ökonomische, politische und soziale Krisenerscheinungen in einer Serie von Ablenkungsmanövern besteht, braucht deshalb nicht zu verwundern. Dazu zählt die lächerliche Debatte um die für Europa „geopferte" D-Mark, die gar nicht zur Kenntnis nimmt, daß es genau die hiesige Politik ist, die deren Stabilität riskiert. Dazu zählt auch der medienweite Stasi-Rummel, wo ein Wust persönlicher Abrechnungen, Intrigen, wohlfeiler Schuldzuweisungen und Verdrängungen eine dringend notwendige Aufarbeitung der eng miteinander verwobenen Geschichte beider Deutschlands und ihrer politischen „Klassen" allmählich vollends verunmöglicht. Und das gilt insbesondere für die von den Parteien angezettelte Asyl- und Ausländerdebatte. Die politischen Cliquen üben sich, fest zusammenstehend, vor allem in Risiko- und Konfliktvermeidung. Was die Allparteienkoalition in Sachen Abtreibungsgesetzgebung derzeit vorführt, ist einfach schmählich.

Dies alles erklärt die um sich greifende „Staatsverdrossenheit" und zu einem Teil auch die Erfolge rechtsradikaler Parteien. Wenn Politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg und ohne Rücksicht auf ihre Interessen gemacht wird, darf das nicht verwundern. Auch diesbezüglich hat der von oben gemanagte und stümperhaft vollzogene DDR-Anschluß tiefe Spuren im politischen Bewußtsein hinterlassen. Aber die Ursachen gehen tiefer: die Ausbreitung neoliberaler Gesellschafts- und Weltbilder hat die Entgesellschaftlichung der Gesellschaft schon viel weiter vorangetrieben, als viele geglaubt haben. Wenn private Bereicherung zum gesellschaftlichen Grundwert erhoben wird, müssen Solidaritätsappelle ins Leere gehen. Der Zwang zum „Teilen" weckt Unmut, wenn man vorher nicht gefragt wird. In der Rationalität des Markts sind milde Gaben nun mal nicht vorgesehen. Daher der verbissene Kampf gegen alle und alles, was materielle Besitzstände bedrohen könnte, das Wuchern irrationaler Feindbilder und Ängste. Die letzten Monate haben gezeigt, wie schnell ein neoliberal durchtränkter ideologischer Sumpf Rechtsradikalismus wuchern läßt. Der realen Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft, sozialer Verelendung und regionalen Ungleichheiten kann politisch kaum mehr etwas entgegengesetzt werden.

Die Krise des politischen Systems der Bundesrepublik ist der Ausdruck einer sehr viel tiefer gehenden gesellschaftlichen Krise und daß Fatale ist, daß beide sich wechselseitig verstärken. Los Angeles ist gewiß nicht nur weit, sondern auch anders, aber die Ereignisse dort signalisieren eine Entwicklungstendenz des „siegreichen" Kapitalismus insgesamt. Wenigstens haben die Deutschen weniger Schußwaffen im Schrank. Statt dessen haben sie die Schönhubers & Co..

Die Lage ist nicht zuletzt deshalb so beängstigend, weil es eine intellektuell kompetente und artikulationsfähige kritische Opposition außerhalb und unabhängig von Parteienkartell und Medienmonopolen praktisch nicht mehr gibt. Eine radikale Systemkritik, die über das Bestehende hinausweist und gesellschaftliche Alternativen zur Debatte stellt, findet nicht mehr statt. Nicht nur die politischen Apparate, sondern die Gesellschaft insgesamt ist lernunfähig geworden. Symptomatisch dafür ist die Art und Weise, wie hierzulande „Zivilgesellschafts-„ und „Demokratie"-Diskurse geführt werden, als seien die bestehenden gesellschaftlichen Zustände die einzig möglichen, als lägen nicht gerade in ihnen die Ursachen einer um sich greifenden globalen Krise, als sei Ökonomiekritik überflüssig geworden. Die Ursachen dafür, daß die ohnehin höchst deformierten Bruchstücke realer Demokratie und fungierender „civil society" gerade hierzulande rasanten Zerfallsprozessen ausgesetzt sind, scheinen keiner ernsthaften Analyse mehr wert. Stattdessen geifern mediengeile Wendehälse mit unbewältigter eigener Vergangenheit gegen alles, was sie als „links" oder „sozialistisch" begreifen, Weizsäcker inbegriffen. Die Zukunft wird zeigen, daß das „Ende der neuen Linken" die politische Verfassung dieses Landes und seine zukünftige Entwicklung nachhaltig verändert hat. Es fehlt eine politisch-moralische Kraft, die den offensichtlichen Selbstzerstörungsprozeß dieser Gesellschaft etwas entgegensetzen und kollektive Reflexionsprozesse in Gang halten könnte. Und machen wir uns nichts vor: Dieses Ende war selbstverschuldet! ■

WALTER LOCHMANN / WOLFGANG HERMANN

Die unerträgliche Leichtigkeit des Streiks

„Die haben uns verarscht", „Dafür haben wir nicht gestreikt" oder „Die machen ja doch was sie wollen" — diese Äußerungen von Streikenden nach der Ablehnung des Schlichterspruchs und nach der Entscheidung der ÖTV, den Tarifkompromiß trotz gegenteiligen Votums der Basis doch zu unterschreiben, unterschieden sich kaum. „Die" waren die öffentlichen Arbeitgeber nach Ablehnung des Schlichterspruchs und später die Spitze der ÖTV, nach Akzeptieren des Arbeitgeberangebots. Diese Situation, in der sich die Gegenmacht Gewerkschaft wundersam wandelt zum Ordnungsfaktor, ist symptomatisch für diesen Arbeitskampf gewesen, dessen Kennzeichen hohe Streikbereitschaft, weitreichende Akzeptanz der vom Streik betroffenen BürgerInnen und ein strategisch überforderter Gewerkschaftsapparat waren.

Die ÖTV-Spitze hatte als Ziel formuliert, der erstreikte Abschluß müsse deutlich über dem Ergebnis des Schlichterspruchs liegen — hohe Erwartungen wurden geweckt, was sich später als Problem herausstellen sollte. Die unerträgliche Leichtigkeit, mit der sich die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes für den Streik entschieden haben, mag zwar die Arbeitgeber irritiert haben, sie ist aber Fakt und steht für ein neues Entscheiden der Beteiligten. Diese selbstverständliche Bereitschaft mitzumachen überraschte — und überforderte? — auch die Gewerkschaften. So meldeten sich während des Streiks Behörden und einzelne Arbeitnehmer bei den Gewerkschaften, die „endlich mitmachen" wollten. Ja es wurde gelegentlich auch schon mal an Orten gestreikt, die gar nicht in der gewerkschaftlichen Arbeitskampfplanung vorgesehen waren.

Nach Stahl und Banken war der Streik im Öffentlichen Dienst Nagelprobe gewerkschaftlicher Macht — neben klassischen Bereichen wie Müll, Post, Verkehr und öffentlichen Bühnen wurden auch neue Arbeitsbereiche in den Streik miteinbezogen: Krankenhäuser, Kindertagesstätten und Kindergärten, zentrale Bundesbehörden, Arbeitsämter und Ministerien. Streiks im Öffentlichen Dienst sind nicht sehr populär, weil letztlich über Steuern, Abgaben und Reduzierung öffentlicher Leistungen gestiegene Ausgaben kompensiert werden. Ihre Wirksamkeit ist nicht nur die dauerhafte wirtschaftliche Schädigung — Streiks in diesem Dienstleistungsbereich treffen auch alle steuerzahlenden BürgerInnen.

Dennoch war die Akzeptanz der vom Streik Betroffenen erstaunlich hoch: Kinderbetreuungsdienste wurden organisiert, neue Freizeitaktivitäten entwickelt und Fahrgemeinschaften und Fahrräder (wieder)entdeckt. Die vor allem von der Springer-Presse geschürte Angst vor dem „Chaos" verfehlte ihre Wirkung — es trat auch nicht ansatzweise ein. Selbst die notorisch-wirtschaftsfreundliche FAZ bemerkte trocken-ironisch, daß auf ihren Zug warten-de Bahnreisende keine „Geiseln der Gewerkschaften sind." Diese positive Haltung und die große Sympathie für die Streikenden hatte vornehmlich zwei Ursachen:

Zum einen hat sich in der Bundesrepublik die größte Streikwelle entwickelt — wir sind fast geneigt, von einer Veralltäglichung des Streiks zu sprechen, weil in nahezu allen sozialen Milieus und im „Nahbereich" von Verwandten und Bekannten aktiv Streikende waren. Und zum anderen drückte sich in der Streikbereitschaft (und der damit zu-

Foto: dpa

Volle Mülltonnen am Straßenrand in der Frankfurter Innenstadt — die Streikwelle war auf ihrem Höhepunkt.

sammenhängenden Streikakzeptanz) ein geballtes Maß an Unzufriedenheit, Enttäuschung, Wut, Zorn, Frustration und ,,Staatsverdrossenheit" aus, daß sich in den Landtagswahlen durch die niedrige Wahlbeteiligung und die zumindest zum Teil aus Protest abgegebenen Stimmen für die *Republikaner* massiv andeutete. Wie weit die herrschende politische Klasse vom Alltag und der Realität der meisten Menschen entfernt ist, zeigt das dümmliche Kanzlerwort, daß wegen fünfundzwanzig Mark ein Streik nicht lohne. Denn einerseits sind rund dreihundert Mark im Jahr ein spürbarer Betrag, andererseits sind die Renten und Gehälter im Osten mittelbar von den BAT-Tarifen im Westen abhängig.

Aber es ging auch nicht nur um Geld. Der Streik hatte seitens der ArbeitnehmerInnen auch den Charakter politischen Protests. Der ungenierte Griff in die Taschen der ,,kleinen Leute", die Debatte über Karenztage im Krankheitsfall, die ,,Standortdebatte" (zu hohe Löhne, zu kurze Arbeitszeiten, zu teurer Umweltschutz) und die Überlegungen zur Rücknahme tarifvertraglicher Arbeitszeitverkürzungen sind massive Angriffe auf sozialpolitisch erkämpfte Standards. In diesem Streik drückte sich Protest gegen soziale Ungerechtigkeiten, gegen Verteilungskämpfe auf dem Rücken der Beschäftigten und auch gegen fehlende Konzepte einer solidarischen, zukunftsweisenden und als gerecht empfundenen Politik aus. Auch wenn dies klassische gewerkschaftliche Tarifpolitik überschreitet — daß diese Gefühle nicht auf *einen Begriff* gebracht wurden, macht das Dilemma von Gewerkschaftspolitik deutlich, die sich nicht offensiv der ,,Solidarität innerhalb der Klasse" zuwendet.

Die Radikalisierung in Richtung wilder Streiks zur Durchsetzung höherer linearer Gehälter und Löhne halten wir für unrealistisch und falsch. Unrealistisch, weil gegen die Arbeitgeber, gegen die öffentliche Meinung und gegen einen Großteil der Gewerkschaftsmitglieder relevante höhere Abschlüsse nicht durchgesetzt werden können. Für falsch, weil ein gewerkschaftlich inspiriertes und solidarisches alternatives Modell der Bewältigung der ausgehenden massiven Umverteilungskomponenten nicht deutlich wird. Es ist daran zu erinnern, daß das Ergebnis des Streiks, nämlich die soziale Komponente und Aufbesserung, von (sozialdemokratischen) Arbeitgebern initiert wurden — gegen deren eigene Interessen, auch qualifizierte akademische Angestellte für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen.

Wollen die Gewerkschaften nicht zur Tarifmaschine für lineare Lohn und Gehaltserhöhungen verkommen, wollen sie die ,,Herrschenden zum sozialen Pakt der Vernunft" zwingen (Ingrid Kurz-Scherf), dann müssen Fragen der qualitativen Tarifpolitik auf die Tagesordnung, die vermehrt auch politische Fragen, soweit sie lebenspraktische Dimensionen berühren, aufgreifen: Verwirklichung gleicher Lebens- und Arbeitschancen im Osten und Westen, Arbeitszeitmodelle und Berufsbiographien, die der unterschiedlichen Realität von Männern und Frauen, Alleinerziehenden, Angehörige und FreundInnen Pflegenden, PendlerInnen Rechnung trägt, Ökologie bei und nach der Arbeit.

▶ Probleme gewerkschaftlicher Realpolitik ◀

Vorerst haben die Gewerkschaften allerdings ein anderes Problem: den ,,mageren" Tarifabschluß den Mitgliedern und den Streikenden zu kommunizieren. Bei der zweiten Urabstimmung über die Annahme des Verhandlungsergebnisses, war die Zahl derer, die für den Abschluß votierten, eher bescheiden. Die Gewerkschaften DAG und GdED retteten ihr satzungsgemäß niedrigeres Quorum, die ÖTV erntete aufgrund ihres hohen Quorums (50 %) eine ,,Niederlage".

Offensichtlich war dieser Streik mehr als ein normaler Streik, der nicht mit den traditionellen gewerkschaftlichen Techniken und Ritualen zu ,,managen" war. Mit diesem Streik kam ein Unbehagen, ein Mangel, das und der schon länger vorhanden war als Aktion an die Öffentlichkeit, aber eben nicht auf *den Begriff*. Oder aus der anderen Perspektive: die Gewerkschaften haben die politische Dimension dieser Arbeitskampfbewegung im wahrsten Sinne des Wortes nicht be,,griffen": *,,Enthalten Akte der Exekutive ... grobe Verletzungen von Lebensinteressen, so entsteht ein Intensitätsgrad der Abwehr, der ein alltägliches Verhältnis zu einem politischen macht. Rezessiv-Politisches verwandelt sich in Dominant-Politisches...* (Negt/Kluge, Frankfurt 1992).

Eine notwendige Bedingung für diese Verwandlung ist jedoch die Entwicklung von Ausdrucksmöglichkeiten. Das verletzte Rechtsgefühl, die Verteidigungsaktivitäten, die Forderungen nach Gerechtigkeit müssen eine Sprache finden. Möglicherweise lag gerade darin das nachträgliche Problem dieser Streikbewegung begründet, daß die traditionellen Ausdrucksformen der Gewerkschaften das Politische dieser Streikbewegung nicht zur Sprache brachten. Statt dessen entwickelten die Gewerkschaften mit einer allzu plakativen Sprache im Bereich qualitativer Forderungen (,,Es wird nur einen Abschluß deutlich über dem Schlichterspruch geben") die Hoffnungen und Erwartungen in eine neue Richtung, die nicht realisierbar war, so daß sie *kein Maß* mehr zueinander fanden.

,,Die Maßverhältnisse des Politischen" gerieten so spätestens mit der nach außen überraschend schnellen Einigung durcheinander. Die Streikenden verstanden die Welt nicht mehr und rekurrierten nun ihrerseits auf traditionelle dichotomische Interpretationsmuster: ,,Die haben uns ..." Neben einer neuen qualitativen Tarifpolitik sind offensichtlich auch neue gewerkschaftliche Politik und Ausdrucksformen notwendig. ■

Das Theorie-Lesebuch

Redaktion diskus (Hg.)
Küss den Boden der Freiheit
Texte der Neuen Linken
460 Seiten. 29,80 DM
Edition ID-Archiv
ISBN: 3-89408-017-5

Ein Theorie-Lesebuch mit Texten aus vier Jahrzehnten kritischer Intelligenz zu den Themen:

Freiheit und Revolte
Antiimperialismus & Internationalismus
Militante Politik & bewaffneter Kampf
Rechtsstaat und Repression
Klasse und Emanzipation

Der Band liefert einen Einblick in die Kritik der Neuen Linken an:

Stalinismus & Spätkapitalismus
Notstandsgesetzen & Kriminalisierung der Opposition
Legalismus und Stadtguerilla
Universität und Wissenschaft
Restauration & Nationalsozialismus

Mit Texten u.a. von: *Max Horkheimer, Karl Riha, Ulrich Sonnemann, Johannes Agnoli, Eva Braun, Herbert Marcuse, Elisabeth Lenk, Paul Mattick, Brigitte Heinrich, Detlev Claussen, Peter Mosler, Rossana Rossanda, Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krahl, Rote Armee Fraktion, Revolutionärer Kampf (Frankfurt), Frauen-Kollektiv, Heinz Brandt, Imanuel Geiss, Karl-Heinz Roth, Peter Brückner, Sebastian Cobler, Ingeborg Maus, Moishe Postone*

Eingeleitet und kommentiert von der Redaktion der Frankfurter StudentInnenzeitung diskus

Ab Mitte Februar im Buchhandel oder direkt (+3,- DM Versand) bei:
Edition ID-Archiv
c/o AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8,
1000 Berlin 19
Tel.: 030/322 7117
Fax: 030/321 5549

AXEL MAYER

Umwelt gegen Entwicklung

UNCED '92!

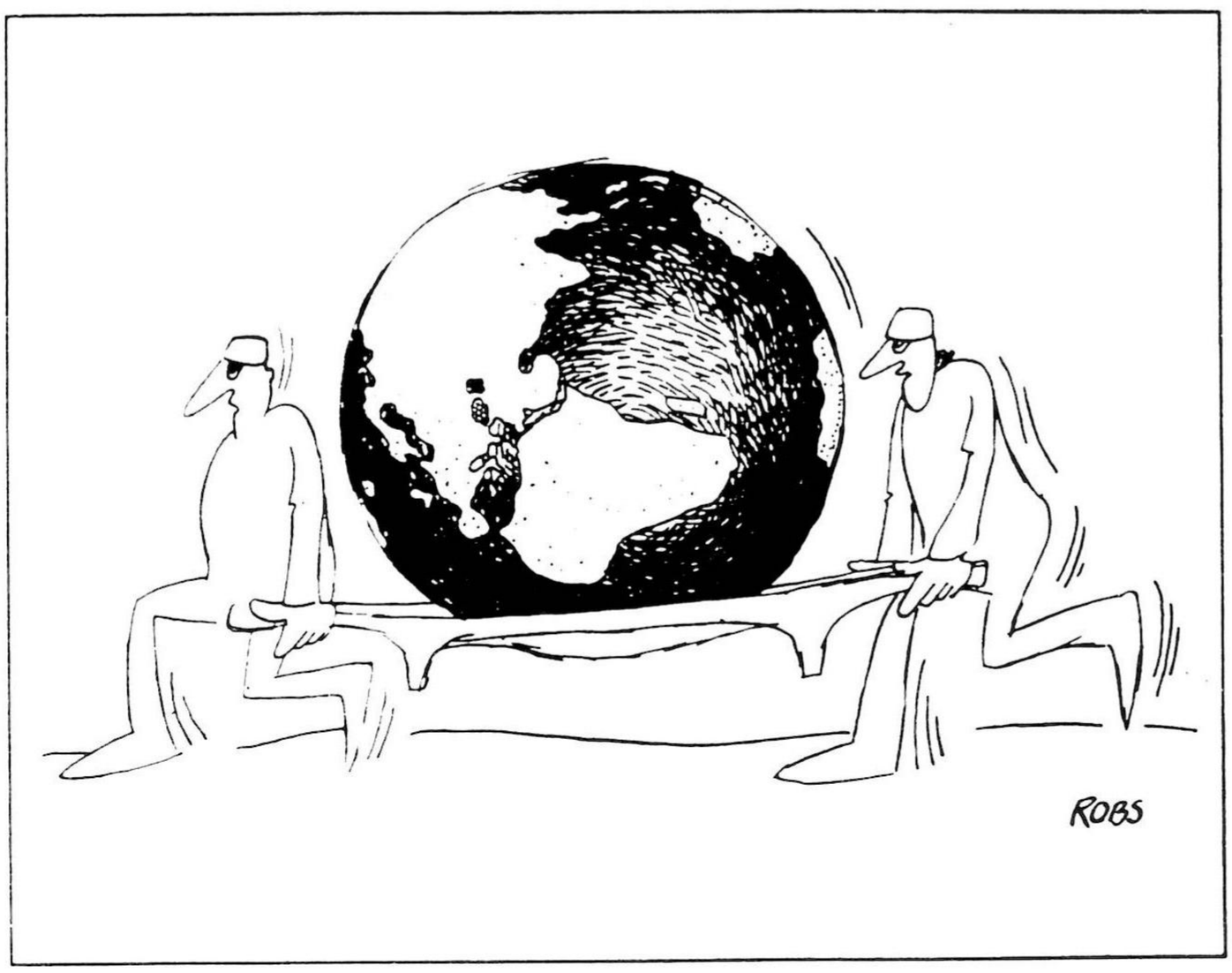
In Rio treffen sie sich: 70 Staatsoberhäupter und Regierungschefs, 100 Umweltminister, Fachleute, UNO Spezialisten, 10 000 Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und tausende von Journalisten kommen im Juni zum ,,Erdgipfel'' UNCED nach Brasilien. Umwelt und Entwicklung, die drängendsten Fragen der Menschheit, sollen auf dieser UNO-Konferenz im Zusammenhang diskutiert werden. Die Hoffnung vieler Menschen, die unter den Folgen von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung leiden, richten sich in diesen Tagen auf Rio. Doch die Chance, daß die Hoffnungen erfüllt werden, daß die nötige politische, soziale und ökologische Wende eingeleitet wird, ist gering.

Die verschiedenen Vorbereitungskonferenzen der United Nations Conference on Enviroment and Development haben die Konfliktlinien aufgezeigt, die in Rio die Tagesordnung beherrschen werden. Der alte Nord-Süd-Konflikt (bei dem die Länder des ehemaligen Ostblocks fälschlicherweise immer dem ,,reichen'' Norden zugerechnet werden) wird die Diskussionen bestimmen. Da stehen auf der einen Seite die armen Länder der ,,Dritten Welt'', für die das Entwicklungsthema und die Armutsüberwindung im Vordergrund stehen. Die UN-Entwicklungsorganisation hat Ende April '92, also wenige Wochen vor der UNCED, ihren Jahresbericht vorgelegt, ein Bericht, der belegt, daß die Kluft zwischen armen und den reichen Ländern immer größer wird. Wie es heißt, verfügten die reichsten 20 % der Weltbevölkerung im Jahr 1960 über ein Einkommen, das 30 mal höher war, als das der ärmsten 20 %. Im Jahr 1990 habe sich diese Divergenz verdoppelt.

Für die VertreterInnen der reichen, fehl- und überentwickelten Staaten stehen diese Probleme allerdings im Hintergrund. Sie wollen die Umweltprobleme diskutieren, denn Umweltfragen werden in den reichen Ländern immer intensiver wahrgenommen. Aktivitäten in diese Richtung werden auch von den WählerInnen honoriert. Mit einem ,,grünen Mäntelchen'' schmücken sich zwischenzeitlich alle PolitikerInnen gerne. Die einseitige Ausrichtung des Nordens auf den Umwelt-Aspekt der UNCED zeigt sich teilweise auch in der Berichterstattung der westdeutschen Medien, die fälschlicherweise immer noch vom geplanten ,,Klima- und Umweltgipfel'' berichten und den Entwicklungsaspekt der UN-Konferenz unter den Tisch fallen lassen.

Maurice Strong, der Generalsekretär der UNCED hatte eigentlich vorgesehen, die Konferenz in sieben Teile zu gliedern, die dann auch die Themenschwerpunkte sein sollten. Es waren dies: die Klimakonvention, Waldkonvention, Konvention der Artenvielfalt, eine Agenda 21 (Aktionsprogramm der Staaten) und eine Erdcharta. Doch schon die Vorbereitungskonferenzen die stattgefunden haben, zeigen, daß von den geplanten verbindlichen und einklagbaren Konventionen wenig übrig bleiben wird. Schön sollen sie klingen, die Ergebnisse von Rio, und möglichst unverbindlich bleiben.

Deutlicher wird das bei der geplanten Klimakonvention. Die Bedrohung des Weltklimas durch Kohlendioxid und andere Luftschadstoffe kann angesichts der drohenden Erderwärmung, des Ozonlochs über den Erdpolen und den direkten Folgen der Luftverschmutzung nicht mehr verdrängt und verharmlost werden. Darum stand die Klimakonvention auch oben auf der Priori-



tätenliste für Rio. Unterschiedliche Interessen insbesondere wirtschaftlicher Art beherrschen aber auch bei diesem Überlebensthema die Diskussion. Da sind zum Beispiel die InteressenvertreterInnen der weltweiten Atomwirtschaft. Auch sie haben als Vertreter von NGOs (Nichtregierungsorganisationen) Zugang zu den verschiedenen Konferenzen. Sie versuchen, die Klimadiskussion zu nutzen, um die umweltgefährdende Atomenergie wieder ins Gespräch zu bringen. Werbeagenturen hatten der Energiewirtschaft schon vor Jahren empfohlen „Die Gefahren der Gegenwart (Atomtechnologie) durch die Gefahren der Zukunft (Klima) propagandistisch zu verdrängen". Auch der Nord-Süd-Konflikt zeigt sich bei der Klimadiskussion in aller Schärfe. Die Debatte bei den Vorkonferenzen war sehr kontrovers und spannungsreich. Durch die starre Haltung der überentwickelten Industriestaaten, insbesondere der USA, wird ein Erfolg der UNCED aufs Spiel gesetzt. Die USA stellen 2,6 % der Weltbevölkerung. Der Amerikanische Way of Live (niedere Energiepreise, billiger Sprit, Rohstoffverschwendung, Konsumismus, Umweltvergiftung...) führt dazu, daß diese 2,6 % der Weltbevölkerung für 18 % der Treibhausgase verantwortlich sind. Die Verschwendungswirtschaft der USA führt aber nicht unbedingt zu mehr Lebensqualität, wie die Selbsttötungs- und Kriminalitätsrate zeigt.

Mit einer kleinen Aktion haben junge UmweltschützerInnen der internationalen A-SEED-Kampagne im UN-Gebäude von New York auf die Blockadepolitik der USA in Sachen Klimaschutz aufmerksam gemacht. Die TeilnehmerInnen der letzten Vorbereitungskonferenz fanden an allen Toilettentüren des UN-Gebäudes ein kleines Schild. „Toiletten wegen Überflutung geschlossen" stand da zu lesen. Und die „Ursache der Überflutung" war auch gleich kleingedruckt angegeben. „Die Erdpole sind wegen der globalen Erderwärmung abgeschmolzen. Nähere Informationen gibt es bei der US-Delegation." Für diese Aktion, die weltweit ein positives Medienecho fand, hatten die UN-Verantwortlichen wenig Verständnis. Ein bundesdeutscher Teilnehmer, der bei der Kloaktion erwischt wurde, darf das UN-Gebäude die nächsten Jahre nicht mehr betreten.

▶ Öko-Kolonialismus ◀

Die fehl- und überentwickelten Industriestaaten des Nordens würden ihre Umweltprobleme am liebsten im Süden lösen. „Wir brauchen die tropischen Regenwälder zur Rettung des Weltklimas" sagen die VertreterInnen aus dem Norden. Auch Umweltminister Töpfer will sich in Rio für die Regenwälder einsetzen. Die Niederlande und die USA haben die Idee der Waldkonvention unterstützt. In manchen Entwicklungsländern werden solche Vorschläge als eine neue Form des „Ökokolonialismus" gesehen. Die reichen Länder haben ihre Wälder der Industrialisierung geopfert und gefährden mit dem sauren Regen ihre Restwälder. „Jetzt wollen eben diese Länder uns Vorschriften machen" sagen viele VertreterInnen aus dem Süden. Malaysia und Brasilien wollen, daß zuerst das Abkommen über die Treibhausgase und erst dann die Frage der Wälder behandelt wird. Die Erstellung einer konkreten, verbindlichen Waldkonvention im Rahmen der UNCED ist mehr als unwahrscheinlich.

Dennoch zeigten die bisherigen Verhandlungen im UNCED-Vorfeld, daß es nicht nur Trennendes zwischen Nord und Süd gibt. Die reichen Eliten der Entwicklungsländer, stimmen in manchen Punkten mit den Eliten im Norden überein.

Zwei Mythen bestimmen immer noch die Diskussion und im Süden. Da ist der Mythos, der Lebensstandard der Industrienationen ließe sich weltweit übertragen. Die 25 % der Weltbevölkerung in den reichen Ländern verbrauchen 70 % der Energieressourcen, 75 % der abgebauten Metalle und 60 % aller Lebensmittel. Es ist nicht möglich, die Entwicklungsländer auf unseren Verschwendungs- und Zerstörungslevel zu entwickeln. Der zweite Mythos, der insbesondere in den überentwickelten Ländern noch weit verbreitet ist, besagt, daß sich der Lebensstandard der reichen Länder auf Dauer aufrechterhalten läßt. Dieser Mythos findet sich auch immer noch in fast allen westlichen Medien. Schizophren beklagen sie zwischenzeitlich alle den schlechten Zustand der Umwelt und bejubeln gleichzeitig jedes Wachstumsprozent des Bruttosozialprodukts. Quantitatives Wachstum aber bedeutet nicht mehr Lebensqualität, sondern immer noch Vergeudung von Rohstoffen und Energie. Der Abstand zu den Ländern des Trikont wächst und damit die weltweite Ungleichheit.

Die Eliten aus Nord und Süd, die (zumeist) Herren in den grauen Anzügen, mit ihren Spitzengehältern, die Staatsoberhäupter und Umweltminister, die nach Rio jetten um über Umwelt und Entwicklung zu diskutieren, werden die nötige ökologische und soziale Wende nicht zustandebringen. Die ehrlichste und gleichzeitig negativste Aussage zu UNCED stammt dann auch von einem dieser Herren, vom Vizepräsidenten der Weltbank, Lawrence H. Summers. Er wird von der *Zeit* folgendermaßen zitiert: *„Nur unter uns. Sollte die Weltbank nicht mehr Verlagerungen umweltverschmutzender Industrie in die Entwicklungsländer ermutigen?"*

Wenn es nach Herrn Summers ginge, wäre die Frage: „UNCED 92. Erdgipfel oder Umweltshow?" leicht zu beantworten. Doch nicht nur RegierungsvertreterInnen und Lobbyisten der Industrie sind nach Rio gefahren, Umweltgruppen, Entwicklungsinitiativen, weltweit arbeitende Jugendorganisationen und VertreterInnen indigener Völker waren bei den Vorbereitungskonferenzen und sind auch in Rio dabei. Seminare, Demonstrationen und Veranstaltungsreihen im ganzen Bundesgebiet werden den „Erdgipfel" außerdem kritisch beleuchten. Ähnliche Initiativen und Veranstaltungen gibt es weltweit in beinahe allen Ländern. Umwelt und Entwicklung, Armut und Reichtum, Über- und Unterentwicklung und die dringend nötige ökologische und soziale Wende werden weltweit diskutiert. Und: Die UNCED 92 hat zu verstärkten Kontakten zwischen Umwelt- und Entwicklungsgruppen in aller Welt geführt.

Der offizielle Erdgipfel allerdings wird, gemessen an den bestehenden Problemen dieses Planeten, zu eher bescheidenen Ergebnissen führen. ■

A SEED
Initiative zur UNCED-Konferenz

Eine der vielen Initiativen, die versuchen, den Erdgipfel mitzugestalten und ein Scheitern zu verhindern, ist die Action for Solidarity, Equality, Environment and Development (A SEED). Ausgehend von einem Büro in Freiburg hat A SEED weltweite Netzwerke auf- und ausgebaut, eine monatliche Zeitschrift informiert über die Fortschritte (und Nichtfortschritte) im UNCED-Prozeß und insbesondere über weltweite Aktionen zur UN-Konferenz. Mit einer Aktionsperiode soll weltweit Druck auf die Verantwortlichen ausgeübt werden. Demonstrationen, Blockaden, Aktionen und weltweite Gegenveranstaltungen, Festivals und Kongresse werden organisiert. Im Juni findet in Freiburg das UNSAID-Festival statt. Ein Kongreß für fest angemeldete TeilnehmerInnen aus ganz Europa, bei dem das gesagt werden soll, was in Rio unter den Konferenztisch fällt. Junge Delegierte von A SEED werden in Rio dabeisein und Informationen an die weltweiten Gegenveranstaltungen weitergeben. Sie werden auch versuchen, die internationalen Forderungen in die UNCED einzubringen. Drei zentrale Forderungen wurden in weltweit vernetzten Jugendkonferenzen zusammengetragen. Kurz zusammengefaßt sind dies: — die Forderungen nach einer radikalen Senkung des Energieverbrauchs, — nach einem Schuldenerlaß und — nach einer Senkung der Rüstungskosten.

(Informationen über A SEED, eine Aktionsbroschüre und Flugblätter gibts gegen 2,60 DM in Briefmarken im UNCED/A SEED Bundesjugendbüro, Eschholzstr. 86, 7800 Freiburg). Neben A SEED arbeitet im Bundesgebiet insbesondere eine Projektstelle von BUND und Naturschutzring am UNCED-Thema.

KOMMENTAR

LUDI LODOVICO

Fernsehkrieg auf dem Balkan

„In aller Ohnmacht und Bescheidenheit: Wie wäre es dagegen mit energischen Maßnahmen seitens der umliegenden Staaten und der EG, um Verhandlungen zu erzwingen: also mit einem Wirtschafts-, Finanz- und Energie-Embargo, vor allem aber mit einem umfassenden und gesicherten Waffenembargo?" — das stand vor einem halben Jahr in der *links* (Nr. 259, Dez. 1991, S. 5). So weit will sich die „Staatengemeinschaft" (was immer das sei) noch nicht zum Fenster hinauslehnen. Aber die EG-Staaten haben jetzt unter Genschers massivem Druck ihre Botschafter aus Belgrad abgezogen. Damit soll die aggressive Politik der zivilen und militärischen Führung Serbiens in die Schranken gewiesen werden — Ausgang ungewiß, denn die Gewalt geht nicht nur von der serbo-jugoslawischen Armee- und Staatsführung aus.

Deshalb gilt nach wie vor, daß sich schon vertan hat, wer glaubt, im Bürgerkrieg auf dem Balkan gebe es eine „richtige", im Vulgärton des FAZ-ianertums: „westlich-zivilisierte" Seite — z.B. die „christlich-katholisch-nationalistisch-kroatische", einen einzigen schamlosen Wolf („Serbien") und jede Menge unschuldiger Lämmer. Vielmehr ist es der anachronistische Versuch, den Balkan nach „nationalen" Kriterien zu territorialisieren, der den Konflikt ständig verschärft und täglich unlösbarer macht. Die Parole von der „nationalen Selbstbestimmung" löst kein einziges Problem, erzeugt jedoch unentwegt neue Bürgerkriegsfronten: In Bosnien-Herzegowina wird das der Fall sein, wenn das durchsichtige Zweckbündnis von katholischen Kroaten und Muslimen gegen „Serbien" auseinanderbricht und die momentanen „Waffenbrüder" die Gewehrläufe aufeinander richten.

Überhaupt ist es eine nur von Medien verfertigte und herstellbare Legende, man wisse, wer gerade auf wen schießt — und obendrein aus welchen Gründen und mit welchen Zielen, so als ob die Verschlingung von ökonomischen, sozialen, konfessionellen, historischen, „nationalen" und schlicht atavistischen Gründen, Absichten und Zielen lesbar wäre wie der Fahrplan der Deutschen Bundesbahn.

Die Medien schufen die Kriege auf dem Balkan nicht, aber ohne die Medien — die dortigen wie die hiesigen — hätte der Krieg nicht die Dimensionen angenommen, die er er heute aufweist. Der Direktor des bosnischen Fernsehens, Nenad Pejic, hat das jüngst eingestanden: „Es ist unmöglich, in Kroatien oder Serbien ohne Fernsehen Krieg zu führen. Wenn man einen Krieg will, dann braucht man Fernsehen, braucht man ein Beeinflussungsinstrument" (NZZ 6.3.1992).

▶ Schlagzeilen-Geilheit ◀

Die telegene Aufbereitung des Golfkriegs hat Schule gemacht. Ging es dort um die Präsentation des „sauberen Krieges" mit „sauberen Mitteln" aus „sauberen Motiven" (woran sich ein Teil der westdeutschen Intelligenz so lange erwärmte, bis ihm Partien der Hirnmasse austrocknete), so ist für den Balkankrieg kein Horrorgerücht zu durchsichtig, um nicht in die Schlagzeilen zu gelangen („Dubrovnik brennt"). Wenn man dem Spießer per TV die „Logik des Krieges", die „Werte", wofür jener vermeintlich geführt wird, und anderen ideologischen Ramsch in dieser Preislage nur oft genug auftischt, gewinnt er daran Gefallen und kriegt Appetit. Allerdings: vor dem Essen kommt das Kochen.

Im ehemaligen Jugoslawien mußten die „national" verzerrten Verhältnisse und das „nationalstaatliche" Phantom erst in die Köpfe verpflanzt werden, um den realen Krieg intensivieren und die pazifistischen, auf Ausgleich bedachten Demonstrationen diskreditieren zu können; noch im Dezember letzten Jahres demonstrierten in Sarajewo, ohne daß das hier richtig zur Kenntnis genommen worden wäre, 100 000 Menschen für Waffenstillstand und Frieden. Jetzt getrauen sich überall nur noch ganz mutige Leute — fast ausschließlich Frauen — mit anti-chauvinistischen und anti-nationalistischen Forderungen an die Öffentlichkeit.

Das Szenario des Fernsehkrieges ist ebenso primitiv wie brutal. Entscheidende Hebel: Zensur und klare Sprachregelungen. Das haben die amerikanische Regierung aus Vietnam und die britische aus dem Falklandkrieg gelernt. Die TV- und Radiostationen in Belgrad und Zagreb wurden bei Kriegsbeginn gesäubert und einer totalen staatlichen Kontrolle unterworfen. Der Umbau von journalistischen Redaktionen in staatliche Propagandabteilungen vollzog sich in Zagreb wie in Belgrad innerhalb kurzer Zeit. Die kroatische Führungsriege ging auf Nummer sicher und wechselte praktisch die gesamte TV-Mannschaft aus; alle neuen Leute tragen jetzt die gleichen „richtigen" Brillen. Titos nicht gerade liberaler Staat war ein Hort der Pressefreiheit, verglichen mit den Zuständen in den „nationalstaalichen" Nachfolgeeinrichtungen. Altbewährtes aus der Zwischenkriegszeit kam in Belgrad wie in Zagreb wieder in Mode: Greuelgeschichten, simple Lügen und Erfindungen, Schauermärchen, demagogische Verzerrungen, bluttriefende Horrorbilder, nationale Seelenmassage, patriotische Abreibungen, aufgebauschte Behauptungen ohne Hand und Fuß, biedermännisch-chauvinistische Parolen und „Sonderbearbeitung" von Frauen und Müttern, um sie „kriegsweich" zu kochen — das ganze Repertoire nationalistischer Verhetzung und kriegerischer Zurüstung beherrschten die Medienleute schnell. Die tatsächlich von allen Seiten begangenen Verbrechen im erbarmungslosen Gemetzel zeigten den Weg für die mediale Verwertung und Optimierung im Dienste der eigenen Seite. Die hierzulande neuerdings wieder besonders beliebten Kroatinnen und Kroaten sehen sich seit Monaten einer staatlich gelenkten TV-Dramaturgie ausgesetzt, ohne die wahrscheinlich das wechselseitige Abschlachten im Nationaldress nicht durchzuhalten gewesen wäre: Spielfilme werden nicht mehr länger von Werbespots unterbrochen, sondern von kroatisch-patriotischen Liedern, echten und getürkten Bildern aus dem aktuellen Kriegsgeschehen, Portraits feindlicher Generäle etc. Die in Hollywood am Fließband produzierte triviale Fiktion wird konterkariert mit „echten" Bildern aus dem Bürgerkriegsalltag. Der Kanal liefert Fiktionen und Realitäten ständig verrührend simultan frei Haus — ästhetische Verbiesterung, intellektuelle Verblödung, politische Manipulation und nationalistische Hetzte vermischen sich zum kriegerischen Stimulans. ■

KARL KASER

Kommt ein dritter Balkankrieg?

Der Grazer Historiker Karl Kaser befaßt sich in seinem Beitrag mit der Ausweitung des serbisch-kroatischen Konflikts auf den ganzen Balkan. Ein bewaffneter Konflikt um das Pulverfaß Makedonien etwa, könnte eine Dynamik auslösen, die von niemanden mehr kontrolliert werden kann. Dreh- und Angelpunkt einer möglichen kriegerischen Expansion ist dabei die Stabilität Serbiens.

Diese Frage spielt auf zwei bereits historisch gewordene und von der Geschichtsschreibung so genannte Kriege an. Im ersten (1912/1913) verdrängte ein militärisches Bündnis, bestehend aus Montenegro, Serbien, Bulgarien und Griechenland, das Osmanische Reich fast vollständig aus Europa. In der Frage der Beuteverteilung kam es unter den letzten drei ehemaligen Bündnispartnern zum zweiten Krieg (1913), in den auch noch Rumänien eintrat. Die Beute hieß Makedonien.

Die gegenwärtige politische Konstellation ist zwar heute eine andere, aber die Frage, ob sich die militärischen und nationalen Konflikte zu einem Krieg, in den mehr oder weniger alle Balkanstaaten verwickelt werden (zu einem weiteren Balkankrieg also), ausweiten, ist nicht unberechtigt. In den Medien Südosteuropas wird diese Frage nicht zufällig in zunehmender Intensität aufgeworfen. Historische Parallelen und Abweichungen werden in die Diskussion geworfen, strategische Vor- und Nachteile untersucht und Bedingungen genannt, unter denen sich ein solcher entwickeln kann. Am Balkan lassen sich Geschichte und Gegenwart nicht voneinander trennen. Eskalieren also die Konflikte in einen dritten Balkankrieg oder hat er vielleicht bereits begonnen? Eine Parallele zu den Kriegen von 1912/1913 jedenfalls ist verblüffend: Eine Zeit der Räuber und Beutemacher ist es damals wie heute.

Historiker und Historikerinnen sind leider zumeist schlechte Propheten, obwohl sie nicht müde werden, sich mit dem Gedanken, daß man aus der Geschichte lernen könne, Mut für Prophezeihungen zuzusprechen. Ich selber hätte nie geglaubt, daß es in der jugoslawischen Krise so weit kommen könnte, wie es dann tatsächlich gekommen ist. Ich hatte dabei zu sehr auf die Rationalität der entscheidenden Politiker gesetzt. In einer Prophezeihung bekam ich allerdings leider Recht: Jeder größere Konflikt irgendwo in Südosteuropa zerrt beinahe zwangsweise die benachbarten Regionen in den Strudel der Ereignisse mithinein. Es ist wie mit dem berühmten ersten Dominostein, der durch sein Kippen auch alle anderen sukzessive zu Fall bringt. Der erste Stein ist mit dem Krieg in Slowenien gefallen. Die sich daraus entwickelnde Dynamik war vorauszusehen. Ein entsprechendes politisches Instrument, das die vorhersehbare Weiterentwicklung des Kriegesgeschehens stoppen könnte, ist bis dato noch nicht gefunden worden.

Blicken wir kurz zurück: Der Krieg setzte ganz im Norden des ehemaligen jugoslawischen Staates ein und fraß sich Schritt für Schritt nach Süden weiter. Nun hat er in aller seiner niederträchtigen Wucht in Bosnien-Herzegowina Station gemacht. Mir scheint, daß der Flächenbrand des Krieges nun in ein entscheidendes Stadium tritt. Die zentrale Frage ist, ob es nun gelingt, den

Foto: Newsweek

Einwohner Bosniens auf der Flucht. 15 Millionen haben bisher das ehem. Jugoslawien verlassen.

Brand zu stoppen und wie die Aussichten dafür stehen? Die andere Frage gilt dem gegenteiligen Fall. Angenommen der Krieg breitet sich weiter nach Süden aus: Welches Stadium darf er nicht erreichen, für das man mit ziemlicher Sicherheit annehmen kann, daß der Balkan implodiert, also ein weiterer Balkankrieg entsteht?

Historisch wie auch gegenwärtig gibt es unter den drei großen ethnischen Bevölkerungsgruppen von Bosnien-Herzegowina (Moslems, Serben und Kroaten) im Konfliktfall immer nur einen großen Verlierer, nämlich die Moslems, die sich zögerlich seit den sechziger Jahren zu einer Nation entwickeln. In dieser schlimmen Zeit der politischen Wegelagerer und Landräuber müssen sie froh sein, wenn sie — aufgerieben zwischen Serbien und Kroatien — physisch überleben. Der Hinweis, daß dieser Krieg ihren Nationswerdungsprozeß sehr beschleunigen wird, ist ebenso zynisch wie zutreffend. Die staatliche Souveränität Bosniens und der Herzegowina ist vorläufig Fiktion. Solange Kroatien und Serbien angrenzen, wird auch die Existenz eines bosnisch-herzegowinischen Staats in Frage gestellt sein. Die politische Sprengkraft der ethnischen Konflikte Bosniens und der Herzegowina hat Geschichte.

Die bosnische Frage ist seit der Herrschaft Österreich-Ungarns über das Land 1878 - 1918) offen geblieben und bildete ein ständiges Exerzierfeld für politisches Abenteurertum. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers im Juni 1914 sollte Österreich-Ungarn den Vorwand für die Kriegserklärung an Serbien liefern, die Europa in den Ersten Weltkrieg stürzen ließ. Sarajewo abermals der Ausgangspunkt eines großen Krieges? Nein, dies hieße die falsche Lektion aus der Geschichte gelernt zu haben. Zwar versuchen die Moslems des Landes ihre historische Heimat und traditionelle Beschützerin, nämlich die Türkei, als Schutzmacht zu gewinnen. Die Nachfolgerin des Osmanischen Reichs kann jedoch nicht mehr als auf diplomatischem Weg zu intervenieren. Zwischenergebnis: Bosnien-Herzegowina wird sicherlich ein regional begrenzter Konfliktherd im Schnittpunkt kroatischer und serbischer Interessenssphären bleiben.

Zentraler Punkt: Die Stabilität Serbiens

Der entscheidende Punkt in den kommenden Monaten dürfte die Frage der Stabilität Serbiens sein. Trotz aller Probleme für die Bevölkerung Serbiens und trotz aller Untergangsprognosen blieb dieses Neunmillionenland bislang politisch stabil. Die Stolpersteine für Serbiens Balance liegen jedoch bereit. Sie heißen Kosovo, Vojvodina und Sandzak. Es ist klar, daß Serbien diesen drei Regionen mit ihren albanischen, ungarischen und moslemischen Bewohnern früher oder später einen autonomen Status gewähren wird müssen. Die Frage ist nur, unter welchen innenpolitischen Bedingungen dies möglich sein kann und wer den politischen Preis dafür zu zahlen bereit ist. Unter einem Präsidenten Slobodan Milosevic wird dies nicht zu erwarten sein. Dessen Politik war es ja, die ehemals autonomen Provinzen zu entmachten. Ob die derzeitigen Oppositionsparteien im Zuge einer Regierungsübernahme einer Autonomie für diese drei Regionen zustimmen werden, ist fraglich.

Am Flüchtlingslager in Tuzla wird Brot verteilt.

Foto: Newsweek

Serbien hat in den letzten Wochen einen großen politischen Erfolg verbucht. Ich meine damit die eingegangene Föderation mit Montenegro, die zur Proklamation der Bundesrepublik Jugoslawien geführt hat. Eine Verfassung ist bereits vereinbart worden, die Wahlen in das gemeinsame Parlament werden in beiden Staaten zugleich Ende Mai dieses Jahres stattfinden. Dies und die in Serbien etwa zur gleichen Zeit stattfindenden Gemeinderatswahlen werden zeigen, wie stark die Position des serbischen Präsidenten Milosevic noch ist. Diese Föderation ist in dreierlei Hinsicht ein Erfolg.

Erstens ist Montenegro mit seinen knapp mehr als einer halben Million Bewohnern nur der Juniorpartner, der zwar formell gleichberechtigt ist, aber in der künftigen politischen Alltagspraxis keine allzu große Rolle spielen wird.

Zweitens hat Serbien mitten im Zusammenbruch des alten, das heißt des zweiten Jugoslawiens, den Kern für ein neues, drittes geschaffen. Diese Föderation auf neuer Grundlage ist im Prinzip nach allen Seiten für neue Partner offen. Allzu krampfhafte historische Parallelen sollte man zwar vermeiden; es muß jedoch zumindest daran erinnert werden, daß Montenegro bereits seit der Gründung des ersten Jugoslawiens (1918) als erstes Land dem neuen Staat beigetreten war. Die Konstruktion des dritten Jugoslawiens ist jedenfalls ein ruhendes Spielkapital, das noch von großer Bedeutung werden kann.

Serbien hat drittens einen bedeutenden geopolitischen Erfolg verzeichnet, nämlich den Zugang zur Adria. Das Erreichen dieses Zugangs (bzw. zur Ägäis) war bereits im 19. Jahrhundert ein serbischer politischer Traum gewesen. Auch Österreich hatte damals die Bedeutung dieser Absicht erkannt und versuchte dies (erfolgreich übrigens) mit allen Mitteln zu verhindern.

Ich weiß nicht mit hundertprozentiger Sicherheit, ob ich mir die Stabilität Serbiens wünschen soll oder nicht. Befürwortet man sie, so unterstützt man — ob man will oder nicht — wahrscheinlich die Unterdrückung der ethnischen Minderheiten, vor allem der albanischen im Kosovo. Keine glückliche Perspektive, zugegeben. Der Destabilisierungskurs, mit dem offenkundig so manche ex-jugoslawische und europäische Politiker spielen, ist jedoch in der augenblicklichen Situation ein sehr gefährliches Spiel mit dem Feuer. Denn die Destabilisierung Serbiens würde mit allergrößter Wahrscheinlichkeit das Weitergreifen des Krieges nach Süden und damit in die mögliche Kernzone eines großen Balkankrieges bedeuten.

Es muß jedoch meines Erachtens verhindert werden, daß der Krieg sich auf die Region Kosovo und vor allem auf Makedonien fortpflanzt. In beiden Fällen würden nämlich Balkanstaaten außerhalb des ehemaligen Jugoslawiens in das Kriegsgeschehen mithineingezogen — und dies mit unabsehbaren Folgen. Makedonien grenzt an vier Staaten: Serbien, Bulgarien, Griechenland und Albanien. Viele Nachbarn, viele Probleme.

Pulverfaß Makedonien

Im Falle Makedoniens ist es gar nicht notwendig, auf die historischen Komponenten der immer wieder als „Pulverfaß" bezeichneten Region zu verweisen. Es gibt keinen Nachbarn, der mit Makedonien keine offenen politischen Fragen verbindet. Albanien wegen des bedeutenden albanischen Bevölkerungsanteils. Griechenland, weil es seine nordgriechische Provinz Makedonien gefährdet sieht; Bulgarien, weil es noch immer nicht den historisch abgeleiteten Anspruch auf dieses Land aufgegeben hat; Serbien, weil es Makedonien als seine eigene Domäne sieht. Schließlich und endlich hat auch die Türkei starkes Interesse an der makedonischen Problematik bekundet, geht es doch um den Schutz einer nicht unbedeutenden Zahl von Türken bzw. Moslems, die hier leben. Es ist eine Illusion zu glauben, die so involvierten Staaten würden wegen Makedonien nicht zu den Waffen greifen. Selbst der EG-Staat Griechenland ließe sich, wenn seine „nationalen Interessen" in irgendeiner Weise in Frage gestellt werden, durch den EG-Status nicht von einem aus seiner Sicht notwendigen Waffengang abhalten. Eine Eskalation des Makedonienproblems würde durch die Involvierung von fünf Staaten weitere offene oder unterschwellig lodernde Konfliktherde erneut anheizen. Den türkisch-bulgarischen Konflikt um die türkische Minderheit in Bulgarien ebenso wie den griechisch-türkischen Konflikt in der Ägäis oder den griechisch-albanischen Konflikt um Südalbanien („Nordepiros" in griechischer Diktion).

Im Zuge einer weiteren Südwanderung des jugoslawischen Krieges ist also spätestens beim Erreichen Makedoniens der „point of no return" erreicht. Ein bewaffneter Konflikt um Makedonien kann eine Dynamik auslösen, die von niemandem

mehr kontrolliert werden kann.

Es gibt Gründe dafür, daß wir uns mit der düsteren Perspektive eines Weitergreifens des Konflikts beschäftigen müssen. Der wichtigste von ihnen ist, daß es für diese Art der Konflikte offenbar keine Lösungsstrategie gibt, die innerhalb eines kürzeren Zeitraums erfolgreich ist. Am günstigsten wäre es natürlich, wenn die Konfliktlösungsinstrumentarien aus der Region selbst entwickelt werden könnten. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Unmöglichkeit, regionale Konflikte selbst zu lösen oder übergreifende politische Konzepte zu entwerfen und auch zu realisieren, ist eine der wesentlichsten historischen Strukturdefizite Südosteuropas. Dies hatte immer wieder Großmächte eingeladen, zu intervenieren und ihre Herrschaft über die zerstrittenen Kleinstaaten auszudehnen: zuerst das Byzantinische, dann das Osmanische und Habsburgische Reich und schließlich das alte Rußland und die Sowjetunion. Ich wünsche den Balkanländern keine ordnungsstifende Großmacht, stattdessen aber Politiker, die in der Lage sind, politische Konzepte zu entwerfen, die auch ohne Krieg realisierbar sind.

▶ Gründe für eine Ausweitung des Konflikts ◀

Ein weiterer Grund für düstere Perspektiven hinsichtlich der Konfliktbewältigung ist das diplomatische Scheitern der europäischen und anderer internationaler Institutionen, allen voran der EG. Dieses Scheitern ist rational begründbar und von doppeltem Nachteil. Erstens hat sich gezeigt, daß die zwar wirtschaftlich mächtige Gemeinschaft solchen militärischen Problemen hilflos gegenübersteht. Die verfeindeten südslawischen Politiker haben mit der EG Katz und Maus gespielt, vieles versprochen und nichts gehalten. Wie die Dinge liegen, wird der Ruf nach einer europäischen Interventionstruppe darin enden, daß eine solche früher oder später aufgestellt werden wird — eine alles andere als begeisternde Perspektive.

Zweitens hat sich gezeigt, daß es selbst in solchen tragischen Situationen kein einheitliches Interesse der Mitgliedsstaaten der EG gibt. Es war der EG offenkundig nicht möglich, die einzige Strategie, die erfolgreich hätte sein können, durchzustehen: ein Jugoslawien auf erneuerter Basis. Daß dies richtig gewesen wäre, zeigt sich mit jedem Monat deutlicher. Es ist interessant zu beobachten, wie mit zunehmender Dauer des Konflikts die mächtigeren der EG-Staaten zu außenpolitischen Methoden des 19. Jahrhunderts greifen. Das im 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zusammenbrechende Osmanische Reich hatte in Südosteuropa ähnlich viele Probleme hinterlassen wie die zusammenbrechenden kommunistischen Systeme. Die europäischen Großmächte griffen damals mit dem Ziel in die aufbrechenden Konflikte ein, sich gleichzeitig Einflußsphären, die man politisch und wirtschaftlich nutzen konnte, zu sichern. Ungeniert oktroyierten die absolutistisch regierten Großmächte den Balkanstaaten Friedensverträge, Könige und Staatsgrenzen.

Heute, unter demokratischen Vorzeichen, ist dies nicht mehr in dieser Unverfrorenheit möglich. Die Form hat sich geändert, nicht jedoch der Inhalt. Es ist interessant, wie während des Managements der Jugoslawienkrise die EG-Großmächte divergierende Sonderinteressen zu entwickeln begannen. Gleichzeitig werden wie im 19. Jahrhundert die Claims, das heißt die wirtschaftlichen und politischen Einflußsphären abgesteckt. Deutschland, Italien und Frankreich liegen diesbezüglich gut im Rennen. Die sich herauskristallisierende Konstellation erinnert übrigens frappant an die jene vor und während des Zweiten Weltkriegs: Deutschland oder deutsches Kapital sichert sich Ungarn, Slowenien und Kroatien. Slowenien und Kroatien teilt es sich mit Italien, das außerdem im Augenblick ziemlich ungestört wieder auf Albanien zugreift. Frankreich hingegen baut auf die guten Verbindungen mit Belgrad.

So ist also die Lage. Weder die Kleinstaaten Südosteuropas sind in der Lage, mit ihren eigenen Problemen fertig zu werden (je kleiner sie werden, desto schwieriger wird es sein), der EG sind durch starke Sonderinteressen die Hände für eine Globallösung offenbar gebunden. Im 19. Jahrhundert hätten sich die Großmächte zusammengesetzt und über alle Köpfe hinweg Lösungen gefunden, die von Dauer gewesen wären. So etwa wurden auf dem etwa vier Wochen dauernden Berliner Kongreß des Jahres 1878 drei souveräne Staaten gegründet (Serbien, Rumänien und Montenegro), ein autonomes Fürstentum (Bulgarien) errichtet und die Bedingungen für eine Unterstellung Bosniens und der Herzegowina unter die Verwaltung Österreich-Ungarns ausgearbeitet. So etwas ist heute nicht mehr möglich (und dies ist gut so). Die EG kann quantitativ einigermaßen mithalten. Sie hat seit Jänner ebenfalls drei ehemaligen jugoslawische Teilrepubliken zu souveränen Staaten gemacht. Allerdings sind dies Kroatien und Bosnien-Herzegowina nur auf dem Papier.

Resümierend erscheint mir die zur Verfügung stehenden Konfliktlösungsinstrumentarien verglichen mit der Fülle ungelöster Probleme unangemessen zu sein. Als besorgter Beobachter dränge ich danach, jegliche diplomatische Initiative daraufhin auszurichten, Stabilität und friedliche Lösungen zu unterstützen. Dies war meiner Ansicht nach bisher nicht immer der Fall. Nicht die Gründung neuer Staaten und die völlige Atomisierung der südosteuropäischen Staatenwelt kann den dritten Balkankrieg verhindern, sondern nur eine Demokratisierung der politischen Systeme. Die jedoch benötigt Zeit. ■

Karl Kaser ist Universitäts-Dozent am Gazer Institut für Geschichte, Abteilung für Südosteuropäische Geschichte.

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Annäherung an Europa (Heft 42)

Karsten: Die Sozialunionfalle. Sozialpolitik in Europa, Migration und die Situation von Frauen ● *Schöneburg:* Der Entwurf einer Verfassung für das Land Brandenburg. Konkurrenz zum Grundgesetz ● *Hall/Lee:* Soziale Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands.— Fallstudien ● *Pastore:* Hin zur Errichtung einer Festung Europa? Verstärkung der internen und externen Kontrollen ● Resolutionen der European Group for the Study of Deviance and Social Control ● *Refugee Forum:* 1992 and migrant workers. Manifestation for the rights of refugees ● *Rot / West:* Alternativen zum Heim. Altenhilfe in den Niederlanden ● *Wirth / Schürhoff:* Die Last der totalitären Vergangenheit. Über die Aussöhnung von Russen und Deutschen ● *Divivier:* Ohne Kritik am Patriarchat kein Ende der Frauenarmut in Deutschland ● *Rohrmann:* Das Unerziehbarkeitsdogma der Deutschen Heil- und Sonderpädagogik in der Theorie und Praxis ● Magazin
100 Seiten, 15,— DM

Armut: kein Thema? (Heft 41)

Hanesch: Armut in Deutschland. Politische und strategische Antworten ● *Bäcker:* Gespaltene Gesellschaft. Soziale Probleme und sozialpolitische Herausforderungen ● *Albrecht:* Aus der Not eine Tugend machen? Von der Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut zum neuen ganzheitlichen Modell ● *Wacker:* Massenarbeitslosigkeit und nichts rührt sich ● *Chassé:* Armutsforschung in der (alten) Bundesrepublik. Ein kritischer Literaturbericht ● *BAG:* Gegen ausgrenzende Wohnungspolitik. Positionspapier zur Wohnungsversorgung ● *Störch:* Zum Stand der Literatur zum Problem junger „Nichtseßhafter" ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

HELGA HAAS-RIETSCHEL

„Es geht um deutsche Geschichte“

Interview mit Hanno Loewy über das geplante Dokumentationszentrum zum Holocaust

Die Stadt Frankfurt/M. plant ein Lern- und Dokumentationszentrum zum Holocaust von überregionaler Bedeutung aufzubauen. Die *links* sprach mit Hanno Loewy, dem Koordinator dieses Projektes über die Frage, ob sich die Judenvernichtung überhaupt darstellen und ob sich die Gefahr einer Musealisierung von Geschichte vermeiden läßt.

Die Stadt Frankfurt plant, ein Lern- und Dokumentationszentrum zum Holocaust einzurichten, was war eigentlich die Motivation für eine solche Einrichtung?

Hanno Loewy: Die Idee stammt von Volker Hauff. Seine Absicht war es eine Art Museum, ein großes Dokumentationszentrum, so wie Yad Vashem in Israel, vor allem aber eine Gedenkstätte zu schaffen. Ich habe diesen Vorschlag von Anfang an für sehr problematisch gehalten, weil in Deutschland eine Nachahmung von Yad Vashem nicht möglich wäre, schon deshalb nicht, weil diese Gesellschaft keinerlei positiven identifikatorischen Bezug auf das Ereignis Holocaust hat.

Worin unterscheidet sich denn jetzt Eure bisherige Konzeptionierung dieses Projektes — Du hast ja bereits dazu ein Gutachten vorgelegt — von der alten Idee Volker Hauffs?

Loewy: Also zunächst einmal ist das, woran wir hier arbeiten, keine Gedenkstätte. Es soll vielmehr mit dem Dokumentationszentrum ein Ort entstehen, wo sich die verschiedenen Perspektiven, die der Nachkommen der Opfer und die der Nachkommen der Täter brechen müssen. Die Absicht ist eher, unbequeme Fragen in den Raum zu stellen, die sich gegen jede Form von Historisierung sperren. Und zwar nicht nur gegen Formen der Historisierung, wie sie sich im Historikerstreit von rechts geäußert haben. Das Ernstnehmen des Holocaust als dem zentralen Moment des Nationalsozialismus bedeutet auch, sich zu distanzieren von dem Wunsch der Linken, sich mit dem Widerstand, mit einem widerstehenden Deutschland zu identifizieren, sozusagen Traditionen aufzuspüren, die trotz eines solchen Zivilisationsbruchs noch zu retten sind. Die geplante Einrichtung sollte also auch ein Stachel gegen diese Art der Vereinnahmung, gegen solche Historisierung setzen.

Wenn aber der Holocaust das schlechthin Unbewältigbare darstellt, ist dann nicht jeglicher Versuch der Institutionalisierung auch ein Versuch, das Unbewältigbare doch zu bewältigen und damit zu „normalisieren“?

Loewy: Natürlich kann man ein Museum schaffen, daß eine Geschichte erzählt und diese erzählte Geschichte kann auch den Eindruck vermitteln, daß dieses Ereignis abgeschlossen ist. Dann ist es eine moralische Parabel auf die Schlechtigkeit der Welt, die man dort zur Kenntnis nehmen und mit warnendem Zeigefinger zu Hause weitererzählen kann. Erstens glaube ich aber, daß die Geschichte des Holocaust nicht für diese Art von Erzählung geeignet ist. Ich denke, daß der Weg eines Museums, einer Dauerausstellung, die eine Geschichte erzählt, wie es hierzu in den USA Bestrebungen gibt, nicht der Weg sein kann, den wir hier in Frankfurt gehen sollten. Was diese Einrichtung stattdessen kann, ist in die öffentliche Diskussion die Frage nach der Möglichkeit der Auslöschung von Zivilisation hineinzubringen, denn es ist nicht die Frage, daß die Nazis industriell und arbeitsteilig gemordet haben. Es gibt allerdings einen nichthistorisierbaren Kern des Nationalsozialismus, der nicht darin liegt, daß Völkermord geschah, sondern daß es den Versuch einer restlosen und bedingungslosen Auslöschung gegeben hat, der Auslöschung der Spuren der Geschichte selber. So daß jeder Versuch, sich an den Holocaust zu erinnern, damit konfrontiert wird, daß dieses Verbrechen selber der Vernichtung von Erinnerung galt.

Es ist bislang nie wirklich der Versuch gemacht worden, Theorien über den Antisemitismus zu verbinden mit der Vernichtungsdynamik, die der Nationalsozialismus entwickelt hat — und die sich nicht nur gegen Juden richtete.

Es gibt Versuche, den Holocaust einzuordnen in die jüdische Geschichte. Dies ist aus der Perspektive der Opfer auch völlig legitim, da macht das Wort „Shoah“ auch Sinn (eben „Katastrophe“) und damit auch die Einordnung des Holocaust in eine Geschichte von Katastrophen des jüdischen Volkes. Insofern gibt es eine Interpretationstradition des Holocaust, die ihn einordnet in jüdische Geschichte, in die Geschichte des Anti-Judaismus. Beispiel dafür ist heute etwa der Historiker Eberhard Jäckel. Andererseits gibt es Ansätze, gerade bei der Linken — etwa Götz Aly — die versuchen, noch eine Rationalität dieser Vernichtungsdynamik aufzuspüren und dabei, wie ich finde, zu den aberwitzigsten utilitaristischen Konzeptionen kommen. Und die für mich noch einmal das Bemühen darstellen, das rationale Weltbild zu retten, d.h. das Handeln von Menschen immer aus ihren Inter-

aktionen und ihren Interessen heraus erklären zu können. Was jetzt eigentlich fehlt, ist diese beiden Interpretationen aufeinander zu beziehen. Denn man kommt bei beiden Erklärungsversuchen immer an einen Punkt, wo sich das Ereignis Holocaust nur noch verrätselt.

Ich denke einen Zugang — und das ist jetzt kein theoretischer Entwurf, sondern ein Punkt, an dem das geplante Zentrum arbeiten wird — ist die Frage nach historischer Erinnerung zu stellen und ist die Frage, womit die Nazis eigentlich brechen wollten. Die Radikalität dieser Vernichtungsmaschinerie, die in der Tat sehr viele Gruppen erfaßte, diese Radikalität der Vernichtung ist für mich nicht erklärbar, ohne das nationalsozialistische Bestreben in Blick zu nehmen, sich im Prinzip aus Geschichte zu verabschieden. Die Geschichte zu beenden, indem man sie für gar nicht existent erklärt. Die Nazis haben gegen die utopischen Geschichtsphilosophien, die auf ein positives Ende der Geschichte hinzielten, also eine Erlösungsperspektive hatten, ein radikales Leugnen von Geschichte überhaupt gesetzt.

Was war der Antrieb für diese Radikalität der Vernichtung?

Loewy: Wer versucht, die Geschichte abzuschaffen — und die ganze Metaphorik der Ewigkeitssymbole und der Vorstellung des tausendjährigen Reiches war ein Versuch, die Geschichte abzuschaffen —, indem man sie nicht enden läßt in einer Utopie, sondern indem man sie schlicht leugnet, — wer dies versucht, kann dies in aller Konsequenz nur mit einer mörderischen Radikalität, die vor Vernichtung nicht halt macht, die alle Spuren auslöscht. Und nun sind nicht zufällig die Juden die, die für die Idee von Geschichte haftbar gemacht werden. Es ist nun einmal kein Zufall, daß die Schöpfungsgeschichte, eine jüdische Geschichte über den Ursprung der Geschichte, die quasi für die Hälfte der Menschheit als verbindlich gilt, vom Beginn der Geschichte als einer Katastrophe erzählt. Und jetzt ist das Problem, daß in der jüdischen Erinnerung, Katastrophen des eigenen Volkes, aber auch Katastrophen der Menschheit memoriert werden. D.h. der gesamte jüdische Glaube ist eine Erinnerung an die Katastrophen der Menschheit — und immer chiffriert in die Katastrophen des eigenen Volkes. Vor diesem Hintergrund vermochte sich das Projekt einer gewaltsamen und unumkehrbaren Auslöschung von Geschichte in einem Prozeß der Radikalisierung schrittweise in die Vernichtung derjenigen hineinzusteigern, deren bloße Präsens an diese Geschichte erinnerte. Und diese Geschichte ist eben auch die Geschichte und Vorgeschichte des Abendlandes mit allem, was dazu gehört.

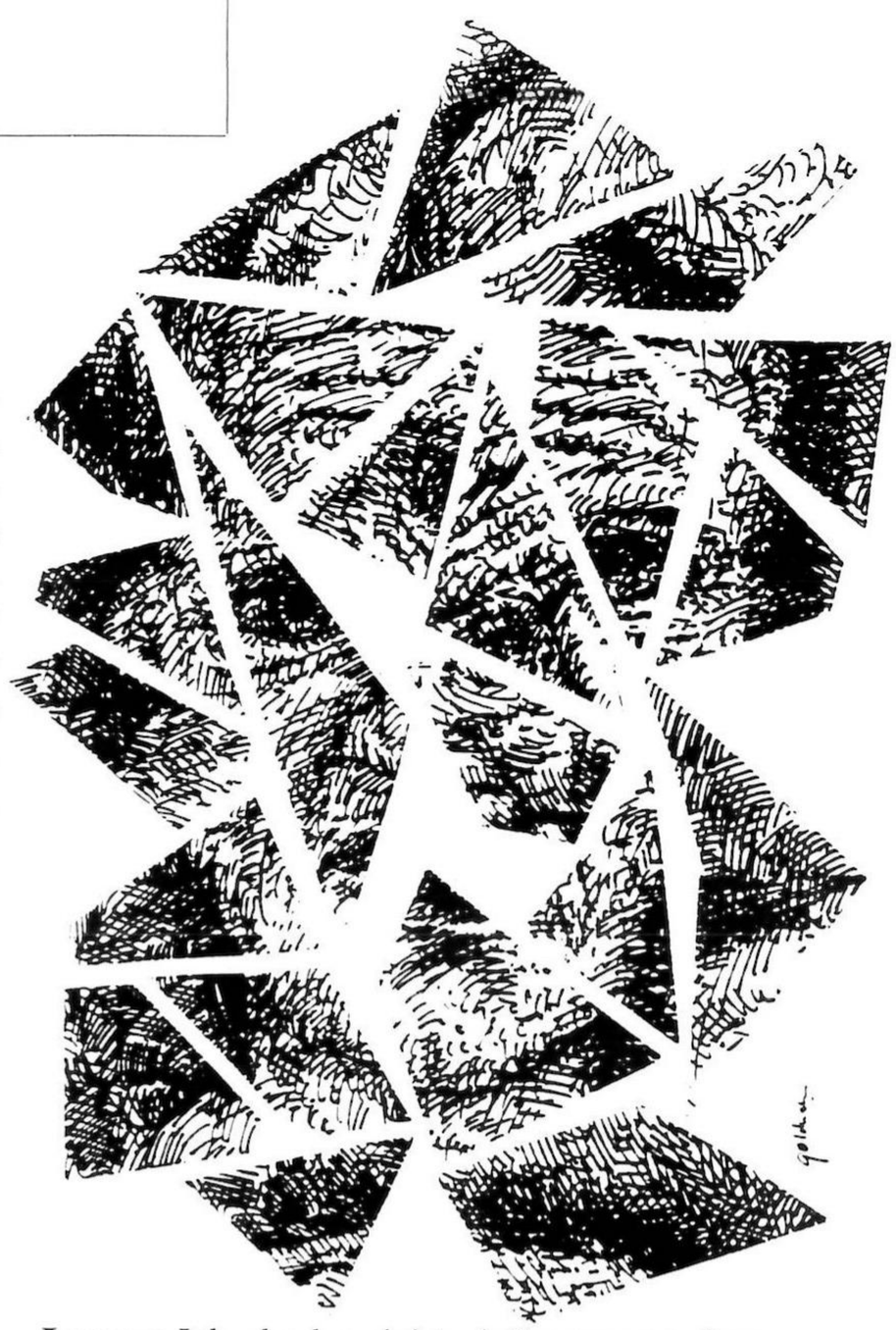
Aber dieser Vernichtungsprozeß bezog sich auch auf andere ethnische Gruppen, auf die Roma und Sinti beispielsweise, wie stellst Du hier den Zusammenhang her mit Deiner Geschichtstheorie über die Vernichtungsradikalität der Nazis?

Loewy: Das ist ein Thema, über das viel zuwenig geforscht worden ist — und das ist ein Defizit, an dem auch in dem Dokumentationszentrum gearbeitet werden muß, möglicherweise zusammen mit anderen Einrichtungen wie beispielsweise dem Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum der Sinti und Roma. Es gibt ja jetzt erst zaghafte Ansätze, daß man sich mit der Ermordung der Sinti und Roma überhaupt auseinandersetzt, was auch damit zu tun hat, daß diese sich jetzt endlich zu Wort melden. Nun ist aber gleichzeitig die Geschichtstradition der Sinti und Roma eine mündliche und viel weniger integriert in eine geistesgeschichtliche Tradition des Abendlandes, aus Ausgrenzungsgründen, aber auch aufgrund einer ganz anderen Kultur. Trotzdem hat das, was die Nazis an den Sinti und Roma im Kern verfolgten, gewisse Parallelen zu dem, was auch im Antisemitismus enthalten ist: die Sinti und Roma sind durch ihre von der Außenwelt stigmatisierte Lebensweise, natürlich genauso etwas wie ein Erinnerungsfaktor einer Zivilisation *vor* dieser Zivilisation. Und ihre mündliche Erzähltradition trägt, zum Beispiel in den Märchen, die Erinnerung an jene Grenzerfahrung der „Normalität" mit sich, die unsere Zivilisation zutiefst beunruhigt.

Aber dem Holocaust an den Juden ist das Dokumentationszentrum gewidmet?

Loewy: Das bezeichnet genau das Nadelöhr, durch das diese Einrichtung nicht einmal, sondern eigentlich immer wieder hindurch muß. Es geht nicht um den Holocaust an den Juden. Denn das Problem ist ja, daß der Antisemitismus nicht einfach Judenhaß ist und es ging ja den Nazis auch nicht darum, die Juden als Menschen zu vernichten, oder als ein definierbares anderes Volk, sondern es handelte sich bei den Nazis darum — und das ist genau das spezifische Element des Antisemitismus —, die Juden quasi als Metapher für das schlechthin „ Andere" zu verfolgen. In den Juden alles zu wittern, was einer ewigen Ordnung widerspricht, verweist darauf, daß sich diese Vernichtungslogik zwar im Kern gegen die Juden richtete und im weiteren Verlauf auch gegen die Sinti und Roma, aber natürlich auch gegen die Arbeiterbewegung, die durch die Idee gesellschaftlichen Fortschritts die Ordnung der Nazis bedrohte. Das gilt genauso für sexuelle Minderheiten, die die Ordnung des Geschlechterverhältnisses durcheinanderbrachten. Und natürlich gehört dazu ebenso die Vernichtung sogenannten „lebensunwerten Lebens", das Euthanasieprogramm.

In Deinen Thesen zum Dokumentationszentrum machst Du eine definitive Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Rassismus, worin begründet sich die? Haben Antisemitismus und Rassismus nicht dieselbe Wurzel, die Ausgrenzung des Fremden?



Loewy: Ich glaube nicht, daß man aus dem Antisemitismus monokausal den Holocaust herleiten kann, sondern ohne die Radikalisierung der technischen Mittel, ohne Radikalisierung der gesellschaftlichen Mobilisierung, ohne den Krieg, ohne die ganzen utilitaristischen Rationalisierungen, die die Nazis sich selbst und dem was sie taten, natürlich auch immer gaben, wäre das alles nie möglich geworden. Noch 1933 hat Göring weit von sich gewiesen, daß die Vertreibung der Juden aus Deutschland etwas mit Mord zu tun hätte. Das war ein Radikalisierungsprozeß der eigenen Eliminierungsabsicht der Nazis, eine Absicht, die sich zunächst einmal auf den sogenannten Einfluß der Juden, den geistigen und ökonomischen Einfluß richtete.

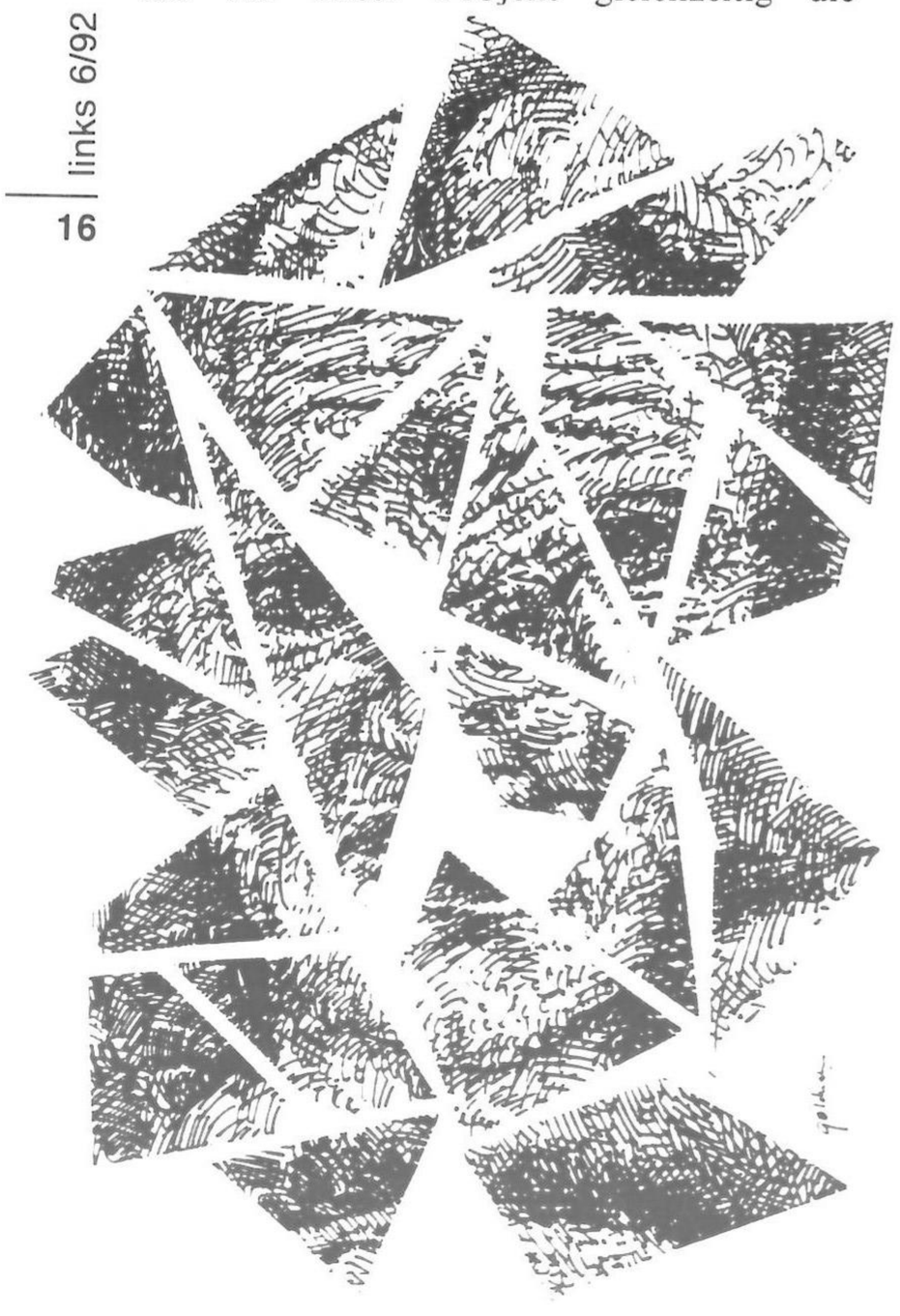
Aber ich will kurz ein Beispiel dafür erzählen, warum ich meine, daß Antisemitismus und Rassismus nicht dasselbe sind. Vor zwei Jahren lief hier der amerikanische Film „pretty woman" mit weltweitem Erfolg — sogar in Israel. Es ist keinem aufgefallen, daß diese Geschichte die klassische Geschichte von Jud Süß ist. Die Fabel des Film ist kurz erzählt die: ein Kapitalist begegnet einer Hure, sie verlieben sich ineinander und am Schluß heiraten sie. Beide sind am Anfang des Films dabei, ihre Unschuld zu verlieren. Der Kapitalist übernimmt die Firma von seinem Vater und ist dabei einen anderen Unternehmer kaputt zu machen, ihn zu „schlucken" — und die Hure ist zum ersten Mal auf der Straße, der smarte Kapitalist ist ihr erster Kunde. Soweit so gut. Hinter dem Kapitalisten steht aber als „Drahtzieher" ein jüdischer Rechtsanwalt, mit einem jüdischen Bilderbuchnamen, der aussieht wie aus einer *Stürmer*-Karikatur, der den Kapitalisten berät und ihn in die fiesen Geschäfte treibt. Und der auch versucht, das Mädchen zu beschmutzen, indem er dem Kapitalisten rät, sie wirklich als Hure zu benutzen. Wenn dies geschehen würde, hätte sie tatsächlich ihre Unschuld verloren und er auch. Wir haben hier also ein Reinheitsideal, das beschmutzt wird durch einen fiesen Rechtsan-

walt, der ein Jude ist.

Und das ist die Geschichte von Jud Süß, der den württembergischen König in die fiesen Geschäfte treibt, seinem Volk entfremdet und ihn von der Moral — in diesem Fall — der väterlichen Monarchie entfernt. Der Film „pretty woman" ist daher für mich ein Beispiel für klassischen Antisemitismus, der mit Rassismus und Fremdenhaß überhaupt nichts zu tun hat.

Nun glaube ich natürlich, daß es ein sehr enges Verhältnis zwischen Rassismus und Antisemitismus gibt, der Antisemitismus ist quasi die Bedingung dafür, daß man eine Gesellschaft rassistisch *ordnen* kann. Denn wenn man eine Gesellschaft rassisch trennen will, wenn man Vorstellungen vom Wert der verschiedenen Rassen hat und danach eine Hierarchie errichten will, dann darf es niemanden geben, der diese Rassenordnung durchbricht. Und nun ist in der Vorstellung des Antisemiten natürlich im Juden das klassische Durchbrechen der Rassenordnung verkörpert. Und wenn ich mir die rassistische Propaganda des Dritten Reiches in den Illustrierten ansehe, also in den Massenblättern, so wird dort nie vergessen, das Schuld an der rassischen Vermischung die Juden sind. Der Antisemitismus ist fast die Grundlage — oder wenn man so will — auch die Radikalisierung des Rassismus. Um sein eigenes Weltbild zu retten, braucht der Rassist irgendwann einmal den Antisemitismus. Der Rassist kommt letztlich an den Punkt, wo er Erklärungsbedarf hat und in Begründungsnotstand gerät, und er gezwungen ist, den „Schuldigen" zu suchen.

Das Problem des Antisemitismus und das Problem einer Radikalisierung bishin zu dem Ereignis Holocaust, liegt für mich erst einmal quer zu jeglichen Geschichtsbildern von links bis rechts. Und das ist der Punkt, der für unser Projekt gleichzeitig die Schwierigkeit, aber auch die Chance ist.



Welche Fragen sprichst Du damit konkret an?

Loewy: Die Frage zum Beispiel danach, inwieweit wir —und das ist die Frage, die durch den Holocaust eigentlich radikal gestellt wurde — in dieser Geschichte leben können, ohne daß wir immer wieder versuchen, dieser Geschichte zu entfliehen. Und indem wir entfliehen, eigentlich wiederum nur die nächste Katastrophe produzieren. Diese Frage führt auch dazu, inwieweit etwa im Konzept einer multikulturellen Gesellschaft nicht auch das Problem enthalten ist, mit einem romantischen Fremdenbild, die Fremden als etwas erkennbar Anderem, zur Illustration unseres eigenen Lebens von uns wegzuhalten, um uns dadurch nicht wirklich mit Ihnen auseinandersetzen zu müssen.

Ich möchte doch noch mal auf die Prämissen zu Deinem Gutachten zurückkommen. Dort schreibst Du, daß das Dokumentationszentrum ein „nationales" Projekt werden soll. Warum knüpft man denn nicht beim Aufbau eines solchen Zentrums an vorhandene historische Lokalitäten an, etwa an den Börneplatz, der jetzt unter der Haube der Stadtwerke als Vergangenheitsrelikt eingemauert ist. Oder warum errichtet das Jüdische Museum nicht eine Dependance für das Dokumentationszentrum? Daß man an diese historischen Lokalitäten nicht anknüpfen will, weckt doch den Verdacht, daß es sich um ein weiteres Repräsentationsprojekt des Frankfurter Magistrats handelt?

Loewy: Also besonders repräsentativ wird das, was wir machen wollen, nicht werden, insofern wären solche Hoffnungen von Politikern sehr trügerisch. Es geht hier um etwas anderes. Ich glaube auch nicht, daß Volker Hauff seine Idee eines Dokumentationszentrums instrumentell verstanden hat. Es war ihm wirklich ein Anliegen. Nur die Formen, in denen er sich so etwas denken kann, sind natürlich die einer sehr massenwirksamen klassischen Präsentation. Er kennt Yad Vashem und er kennt die Zentren in den USA. Und der Gedanke war zunächst ja auch sehr naheliegend, warum es solche Zentren, die dem Holocaust gewidmet sind, in Deutschland und gerade in Deutschland nicht gibt. Das war Hauffs Ausgangspunkt für das Projekt.

Was den Börneplatz betrifft: Da sind sicher eine Reihe von Fehlentscheidungen getroffen worden, die aber schon bei Hauffs Amtsantritt nicht mehr revidierbar waren. Ich meine allerdings, daß das geplante Dokumentationszentrum dort am Börneplatz, auch nicht gut situiert wäre. Das Problem ist ja gerade, daß es hier nicht um jüdische Geschichte geht, sondern um deutsche Geschichte. Die Juden sind von den Nazis verfolgt worden, weil sie für die Nazis die Inkarnation dessen bedeuteten, was sie verfolgten. Und genau darauf müssen wir den Blick lenken. Es geht uns deshalb bei diesem Projekt vor allem darum, zu analysieren, welche Bedeutung die Verbrechen der Nazis für sie selber und für die deutsche Gesellschaft hatten. Deshalb kann es sich auch nicht darum handeln, für das Zentrum einen klassischen jüdischen Ort zu wählen. Damit würde ja nur wieder passieren, daß man den Holocaust in die Geschichte der Opfer einordnet. Das hätte für die Deutschen in der Tat etwas sehr Beruhigendes.

Trotzdem: wie wollt Ihr eine Musealisierung der Geschichte der Opfer verhindern, wenn das Zentrum erst einmal eröffnet ist?

Loewy: Ja, das ist nun die Frage, *wie* mache ich Ausstellungen, *wie* gehe ich mit Zeugnissen um...

Es ist die Frage nach der Musealisierung von Geschichte...

Loewy: Ich denke die Musealisierung tritt dann ein, wenn das Ereignis, das ich darstelle, sich dafür auch eignet und ich es als abgeschlossene Erfahrung präsentiere. Wenn man von Musealisierung spricht, dann behauptet man natürlich mit Recht, daß in der Institution des Museums ein nicht wegzudidaktisierender Kern ist, der auf der auratischen Wirkung der Gegenstände und dem Zauber von Geschichte beruht. Ich denke, man kann diesem Zauber erliegen, dann wird man allerdings zu dem Thema Holocaust schlechte Ausstellungen machen — man kann diesem Reiz aber auch nicht erliegen...

Aber ist nicht doch die Institutionalisierung der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust ein erster „Schritt zur Normalisierung", wie Wolfgang Kraushaar es einmal in bezug auf das Deutsche Museum formulierte?

Loewy: Die Frage ist doch, was kann dieses Dokumentationszentrum real wirklich tun? Wenn es tatsächlich ein Museum wird, dann ist die beschriebene Gefahr wirklich gegeben und dann wird dieses Haus aber auch gleichzeitig scheitern mit dem, was es tun will. Wenn das Zentrum aber ein Haus wird, indem Fortbildungen, wissenschaftliche Tagungen und Wechselausstellungen stattfinden, die mit Projekten verbunden sind, an denen möglichst viele Leute aus verschiedenen Bereichen teilnehmen, wenn man solche Ausstellungen zum Anlaß nimmt, überhaupt Diskussionen in Gang zu bringen, dann wird die Wirkung nicht sein, daß solche Ausstellungen Themen abschließen und damit beenden, sondern sie werden die Themen überhaupt erst einmal ins Gespräch bringen. In der interdisziplinären Arbeit einer solchen Einrichtung, in ihrer Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, sehe ich vor allem produktive Reibungspunkte und nicht „Beruhigung". ■

Hanno Loewy ist Mitarbeiter des Kulturamtes Frankfurt.

Am Ende des Jahrhunderts

Aller Melancholie über die verlorene Zeit der Klassenkämpfe bei FIAT, der ,,Demokratischen Psychiatrie" in Triest, der linken Radiosender in Mailand oder der roten Fahnen in Bologna zum Trotz: es hat sich in der italienischen Gegenwartskultur Einiges vom Aufbruch der sechziger Jahre erhalten. Der Mut gerade vieler Frauen, der Mafia und dem *Machismo* Widerstand zu leisten, könnte hier erwähnt werden oder auch die Sysiphos-Arbeit vieler Journalisten gegen die Korrumpierung des politischen Systems. In den Medien hat es die kommerzielle Dampfwalze noch nicht geschafft, die vielfachen personellen Fäden zu den sechziger Reformjahren zu beseitigen. Es gibt noch ein Niveau des politischen Streites in den Spalten der Presse, um die man Italien beneiden kann. Und es waren nicht zuletzt auch linke Journalisten im Umkreis der mit dem Wind von '68 gegründeten Tageszeitung *il manifesto*, die diese Kultur der öffentlichen Polemik in den letzten Jahren besonders geprägt haben. Rossana Rossanda ist auch bei uns durch verschiedene Buchveröffentlichungen bekannt. Wenige kennen aber bei uns *Luigi Pintor*, der in Italien seit Jahrzehnten einen heute fast schon legendären Ruf als führender Journalist bei *il manifesto* besitzt.

Geboren wurde Pintor 1925 auf Sardinien als der jüngere Bruder des früh verstorbenen Schriftstellers und Widerstandskämpfers Giaime Pintor. Zwanzig Jahre arbeitete Pintor als Journalist bei der kommunistischen Tageszeitung *L'Unitá*. 1969 gehörte er neben Rossana Rossanda, Aldo Natoli und Valentino Parlato zu den Gründern der von der PCI unabhängigen linken Tageszeitung *il manifesto*, für die er bis heute regelmäßig Leitartikel verfaßt. Nach langen Jahren außerhalb der PCI (1969 erfolgte sein Ausschluß wegen ‚Linksabweichung') näherte Pintor sich innerhalb der achtziger Jahre wieder der Partei an und wurde Mitte der achtziger Jahre auf ihrer Liste in das italienische Parlament gewählt. Seit der Selbstauflösung der PCI und der von ihm abgelehnten Neugründung des PDS (Partito della Sinistra), ist er wieder ein *Sinistra Indipendente,* ein unabhängiger Linker oder, wie er sich selber definieren würde, *un comunista senza tessera*, ein Kommunist ohne Parteibuch. Auch seine Gegner, und von denen besitzt der Polemiker Pintor unzählige auf der politischen Bühne Italiens, bescheinigen ihm, eine ‚glanzvolle Feder' zu führen. Pintors jahrzehnte langen Scharmützel gegen die Führung der italienischen Christdemokraten sind ein Vorbild für einen scharfen, stilistisch brillant geschriebenen politischen Meinungsjournalismus. Warum findet sich kein deutscher Verlag, der eine Auswahl von den journalistischen Arbeiten Pintors übersetzt?

Einen ganz anderen, ruhigen, weniger journalistisch als poetisch schreibenden Luigi Pintor lernen wir in seinem kleinen Memoirenband *Servabo* kennen. Es ist eine Sammlung von kurzen, aber wunderbar formulierten Skizzen, in denen Pintor ,,am Ende des Jahrhunderts" und im Herbst seines Lebens Rückschau hält: kein Wort zu viel, keine überflüssige Rethorik, keine aufgeblähte Selbstdarstellung. Nach Namen sucht man hier vergebens. Alles bleibt anonym, aber nur für diejenigen, die die Vita Pintors nicht kennen.

Über alle Etappen seines Lebens schreibt Pintor, aber immer nur mit wenigen Strichen, vieles nur andeutend. Die Bilder, die bei den Lesern während der Lektüre dieser Memoiren entstehen, bleiben so unscharf, wie das Photo auf dem Umschlag der deutschen Ausgabe. Von seinen Jahren auf Sardinien erfahren wir genauso wie aus der Zeit in Rom bei der Unitá, von den Gefängnisaufenthalten im Faschismus, von den prägenden Kriegs- und Widerstandsjahren, von seiner Hochzeit, dem geliebten Handwerk des Schreibens, von der Generation der Söhne und Töchter. ,,Sie geht unbeschwerter durchs Leben, die Frauen sind sehr schön, alle tragen seltsame Kleider und schlafen seelenruhig in den Klassenräumen, bei deren Betreten wir noch vor Angst schlotterten". In einem melancholischen, aber nicht resignierten Ton ist der abschließende Epilog geschrieben. ,,Tatsächlich ist von den Dingen, die mir am Herzen lagen, fast nichts geblieben. Verglichen mit dem Gemisch aus Greuel und Nichtigkeiten um mich herum, das die Krönung des Jahrhunderts darstellt und selbst unser Innerstes zuschrieb, nur eine vorläufige Übung. Namen, Orte und Daten, die für mich ebenfalls von großer Bedeutung waren, habe ich lieber nicht genannt, um zu vermeiden, daß sie mir zwischen den Händen zu Staub zerfallen."

Luigi Pintor ist einer der letzten großen Stimmen der traditionellen Linken in Italien und Europa, von der man sich heute oft mit so viel Nonchalance verabschiedet.

CARL-WILHELM MACKE

Luigi Pintor
„Servabo. Erinnerung am Ende des Jahrhunderts"
(Aus dem Italienischen von Petra Kaier und Michael Becker)
Wagenbach-Verlag, Berlin, 1992, 113 Seiten

Ökologie und Entwicklung

"Ökologie und Entwicklung" ist das Thema der neuesten Ausgabe von PROKLA. Neben Einigem, das der Begriffsklärung dient, stehen drei substanzielle Texte. Peter Hennicke und Dieter Siefried schreiben zu „Stabilisierung des Klimas: ein anderer Umgang mit der Energie". Die „Verschmutzungsrechte" der Industrienationen an der Erdatmosphäre sind aufgebraucht. Würden alle so aasen wie wir, wäre der Schaden nicht mehr externalisierbar. Die Folgen der Energieverschwendung würden nicht mehr hauptsächlich die Länder des Südens mit ihrern verwundbaren Landwirtschaften treffen, sondern wahrnehmbar auch auf die Hauptverursacher zurückschlagen. Die Autoren fordern deshalb eine bewußte Energiepolitik statt der bisherigen Regulierung der Energiewirtschaft über den Markt. An einigen Beispielen werden Komponenten wie ökologische Folgen, Arbeitsplatzsicherung und Sozialverträglichkeit gegenübergestellt und es wird das Konzept einer „no regret"-(nicht bereuen)-Politik entworfen, einer Energiepolitik also, die das vorhandene Wissen in Handeln umsetzt, da das Risiko, das Falsche zu tun, gering ist gegenüber dem Risiko, nichts zu tun.

Leopoldo Mármora schreibt zu „Sustainable Development im Nord-Süd-Konflikt: Vom Konzept der Umverteilung des Reichtums zu den Erfordernissen globaler Gerechtigkeit". Der Autor gelangt zu der Schlußfolgerung, daß „nicht mehr aktive Ausbeutung, sondern stumme Marginalisierung in der Weltpolitik und Weltwirtschaft heute die Hauptquelle der Ungleichheit zwischen Norden und Süden" ist. Der Konflikt zwischen Norden und Süden hat sich von den Ausbeutungsrechten auf die ,,Verschmutzungs- und Belastungsrechte globaler Ökosysteme" verlagert. Die Verteilungskämpfe um ökologische Zerstörungsrechte dürfen nicht so geführt werden, daß der Süden auf einem Niveau gehalten wird, das ihr Emissionsvolumen objektiv begrenzt. Der Süden braucht eine sich selbst tragende Entwicklung, in die aber „Elemente der noch ausstehenden ‚reflexiven Modernisierung' des Nordens" eingefügt sind. Am Schluß spekuliert der Autor, ob die Industrieländer ihre bisher negative Vorbildfunktion nicht positiv zu einem „Faktor der Ökologisierung und Humanisierung der Weltgesellschaft" umwandeln können. Nachvollziehbare Hinweise dafür, wie dies vonstatten gehen könne, enthält uns Mármora vor.

Einiges Kopfzerbrechen bereitet Frank Beckenbachs Beitrag zu „Ökologisch-ökonomischen Verteilungskonflikten". Wir lesen über Eingangssätze wie „Es läßt sich insoweit eine Effizienzlücke in der Umweltpolitik konstatieren" hinweg und befassen uns mit Beckenbachs sachhaltiger Diskussion verschiedener Faktoren, die erst die ökonomische und dann die ökologische Verteilung kennzeichnen. Beide verhalten sich asymmetrisch zueinander. Die ökonomischen Verteilungskonflikte stützen sich auf eine ihnen innewohnende Dynamik, während ökologische Korrekturen ein gesellschaftliches Trägheitsmoment zu überwinden haben. Am Beispiel des Treibhauseffekts und der Klimakonvention zeigt der Autor, daß die industrialisierten Länder relativ weniger Verluste erleiden als die des Südens, wenn sie nicht gar regional einen Gewinn herausschlagen. In einem „zynischen Ausblick" konstatiert der Autor noch einmal seine These, daß „der Kern der ökologischen Erweiterung des Verteilungsproblems moderner Marktgesellschaften in der nichtlegitimierten Umverteilung von ökonomischem Reichtum und ökologischen Lebensbedingungen besteht". Während Teile der Erde dem Niedergang preisgegeben werden, verbleiben anderswo Zonen mit „unterscheidbaren Schadens- und Risikoniveaus', zu denen die Menschen je nach Zahlungsfähigkeit Zugang haben.

Neben einigen Beiträgen, die mit dem Thema des Heftes nur mittelbar zu tun haben, findet sich ein lesenswerter Aufsatz von Adam Przeworski „Wird der 'Osten' zum 'Süden'?". Beim nachdenklichen Blick auf das Deckblatt des Heftes heben Leserinnen und Leser der „links" die Augenbrauen: Ist da nicht ein neuer Untertitel? Ja, nach heftigem inneren Ringen hat die Redaktion das frühere „Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialitische Politik" ersetzt durch „Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft „. Was hieß PROKLA noch mal? Probleme des Klassenkampfs! Die solls auch weiter geben. Mehr dazu in der PROKLA 86, 1992, Nr. 1, Rotbuch-Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30.

DIETER MAIER

Bewegung in einem vergessenen Kontinent?

Zu den Demokratisierungsbewegungen in Afrika

Wo in diesem Jahr in Jubelfeiern oder im kritischen Gedenken an die Opfer der 500jährigen Entdeckung Amerikas durch Kolumbus gedacht wird, da wird nur selten daran erinnert, daß dieses Datum nicht nur für den amerikanische Kontinent weitreichende Folgen hatte.

Schon bald entwickelte sich ein Dreieckshandel zwischen Afrika, das den neuen Kontinent mit Sklaven versorgte, Amerika und Europa, der in doppelter Hinsicht folgenreich war: Die in diesem Handel erzielten Gewinne waren einer der treibenden Momente in der Etablierung der frühkapitalistischen Weltwirtschaft. Und so nebenbei zerstörte der Sklavenhandel in Schwarzafrika die bis dahin gewachsenen Lebensformen und sozialen Strukturen. Dies nicht allein durch die bloße numerische Auszehrung der Bevölkerung, obwohl schon die enorm war — zwischen 10 und 30 Millionen Menschen wurden verschleppt, hunderttausende starben allein auf der Überfahrt. Noch weitreichender waren die sozialen Folgen des Sklavenhandels, die Zerstörung der traditionalen Wirtschaft und Kultur, die den Weg ebneten für die später nachfolgende Eroberung und Kolonialisierung des Kontinents. Ihr fielen in Schwarzafrika Kulturen zum Opfer, die bis dahin den europäischen Staaten in vielen Belangen ebenbürtig waren. Der Mythos vom geschichtslosen Kontinent wurde von den Europäern im wahrsten Sinne des Wortes selbst produziert!

Damit ist ein Muster vorgezeichnet, das mit leichten Nuancen bis heute prägend geblieben ist. In den Länder Schwarzafrikas, d.h. im Gebiet zwischen dem südlichen Rand der Sahara und der Republik Südafrika, bündelt sich die Ungleichheit der neuen Weltunordnung im hohen Maße: Durch den Preisverfall bei den Rohstoffen, hervorgerufen und verbunden mit einer machtgestützten Subventionierung der Produkte der Industrienationen, hat Schwarzafrika in den 80er Jahren einen Einnahmeausfall von 137 Mrd. US $ erfahren (wären die Preise auch nur konstant geblieben, hätten sich die Geberländer alle Entwicklungshilfe sparen können, und Afrika wäre immer noch um 55 Mrd. US $ reicher!). Gemessen an der Wirtschaftskraft ist es die am höchsten verschuldete Region der Welt, 28 von 42 der ärmsten Lnder der Welt liegen in Afrika u.a.m. Dieser Situation steht ein Bild von Schwarzafrika gegebenüber, das nicht nur von Sachkenntnis kaum getrübt ist. Es wiederholt sich die Schematisierung einer Wahrnehmung, die Afrika auch heute wieder zu einem geschichtslosen, sich nicht aus sich selbst heraus entwickelnden Kontinent erklärt, und ihn damit lediglich als Objekt von zivilisierendem Handeln erfaßt.

In die Schlagzeilen gerät Schwarzafrika meist allein bei drohenden Hungerskatastrophen wie derzeit im südlichen Afrika. Es wird pauschal zum Hungerkontinent abstempelt, wo die wirklichen Zusammenhänge ungleich komplexer sind. In der neuen Weltunordnung stehen sich Zentrum und Peripherie nicht wie räumlich homogene Blöcke gegenüber (wie es das Bild vom Nord-Süd-Konflikt suggeriert), sondern es existieren auch innerhalb Afrikas extreme Ungleichheiten zwischen entwickelten Zonen und völlig abgekoppelten Gebieten mit einer absoluten Verelendung. Diese Forderung nach einem genaueren Hinsehen gilt besonders auch im Hinblick auf ein Thema, mit dem Afrika seit kurzer Zeit in die Schlagzeilen gerückt ist — *Demokratisierung*. Die Gefahr ist groß, daß auch hier eine grobe Schematisierung die Komplexität und Widersprüchlichkeit des Prozesses verdeckt. Tatsache ist, daß es in vielen Ländern Forderungen nach einer stärkeren Demokratisierung gibt, daß in einigen Ländern Schwarzafrikas diktatorische Regierungen beseitigt werden konnten oder sich die Machthaber nur noch mit Mühe und mit Zugeständnissen an die Bevölkerung halten können. Andererseits ist unklar, welche Chance die Demokratisierung angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit hat, was die Übernahme westlicher Institutionen wie Mehrparteiensysteme wirklich bringt und ob diese Entwicklung auch vom Westen in der Weise honoriert wird, wie es seinen offen verkündetem Anspruch entsprechen müßte.

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa hat den Prozeß der Demokratisierung in Afrika in verschiedener Hinsicht beeinflußt. Zunächst schien er das Modell für den Umbau abzugeben — sei es in den Hoffnungen vieler Menschen, sei es in den Reaktionen der Geberländer (auch wenn dem die Praxis entgegensteht, die Länder des Südens nun um so mehr abzukoppeln). Gravierend für alle sich bislang am sozialistischen Machtblock orientierende Länder war der Wegfall aller Handelsbeziehungen und aller Unterstützungen. Eng damit zusammen hängt allerdings auch die Erkenntnis, daß das aus den Staaten Osteuropas importierte Modell nicht nur auch in Afrika nicht funktionierte, sondern zudem auch frappierende Ähnlichkeiten mit dem westlichen Entwicklungsmodell aufwies — besonders was seine grundlegenden Schwächen und sein letztendliches Versagen angeht. Damit ist auch die Frage aufgeworfen, wie es mit den Chancen für eine soziale Entwicklung steht, die aus dieser Vergangenheit lernt und sich auf die Bedürfnisse und die Partizipation der Bevölkerung und der verschiedenen sozialen Bewegungen stützt?

Diese Frage weist zurück auf unsere eigenen Lebensverhältnisse, auf unser Wohlstandsmodell in seinen Auswirkungen auf die Länder des Südens — und auf die Chancen einer Politisierung dieses Zusammenhangs. Wie nicht zuletzt die Vorbereitungen zur Unced-Konferenz in Rio zeigen, können die sozialen und ökologischen Probleme von Süd und Nord nur noch als aufeinander bezogene begriffen werden — als Momente eines Systems internationaler Ungleichheiten, Abhängigkeiten und Zerstörungen, von globalen Machtverhältnissen und regionalem oder lokalem Widerstand. Zu fordern wäre heute ein entmystifizierter Internationalismus, d.h. eine Haltung, die von der konkreten Vermittelheit aller Lebensverhältnisse weiß, ohne diese Vermittlungsprozesse durch Projektionen zu einem einfachen Weltbild zurechtbiegen zu wollen. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Osteuopas birgt hier sogar eine, wenn auch etwas paradox anmutende Chance: Mit dem Wegfall der Blockkonfrontation entfällt die legitimatorische Floskel der Bedrohung oder der Rettung durch einen äußeren Gegner und es wird möglich, die Entwicklung der Lebensbedinungen auch auf dem afrikanischen Kontinent als eine Konsequenz unseres Wirtschaftsmodells zu begreifen — der Kapitalismus muß sich auch hier in Zukunft aus sich selbst heraus legitimieren. Machen wir ihm die Sache nicht allzu einfach.

Christoph Görg

CHRISTOPH GÖRG / FELIX SCHNEIDER

Die Demokratisierung kann einiges in Bewegung setzen

Gespräch mit Jean-Claude Diallo und Malte Rauch

Demokratie ist zu einem Thema geworden, daß in den afrikanischen Ländern viele Menschen bewegt. Aber unklar bleibt, welche Chance die Demokratisierung angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit hat, was die Übernahme westlicher Institutionen wirklich bringt und ob diese Entwicklung auch vom Westen in der Weise honoriert wird, wie es seinem offen verkündeten Anspruch entsprechen müßte. Diesen Fragen geht das folgende Gespräch ausgehend vom Beispiel Guinea nach.

C.G.: *Jean-Claude, du warst jetzt gerade in Guinea gewesen. Ist Guinea auch von der Hoffnung auf Demokratie, vom Fieber der Demokratisierung angesteckt?*

J.-C. Diallo: Ja, zur Zeit redet jeder von Demokratie, obwohl keiner weiß, was das bedeutet. Es gibt das Beispiel von Mali, einem Nachbarland von Guinea, wo sie Präsidentschaftswahlen organisiert haben, aber mit einer Wahlbeteiligung von nicht mehr als 25 Prozent. Aber man wird sagen, daß der Präsident doch demokratisch gewählt worden ist. Wir werden die gleichen Probleme auch in unserem Land haben. Tatsache ist, daß sich der Demokratisierungsprozeß in Guinea momentan durch viel Unsicherheit und Perspektivlosigkeit auszeichnet. Unsicherheit, weil die Armut und Verelendung immer größer wird. Und was passiert dann? Sobald es kriselt, überfallen die Leute alles, was ein bißchen nach Reichtum aussieht. Das fängt bei den Weißen an. Und das geht bis zu den Beamten, die überfallen werden, deren Häuser verbrannt werden. Und es gibt auch viel Selbstjustiz, denn man profitiert immer bei der Selbstjustiz...

F.S.: *Gibt es auch ethnische Spannungen?*

J.-C. Diallo: Ja, wir haben ja keine politische Spannungen zwischen Parteien, deswegen haben wir ethnische Spannungen. Weil — die ethnischen Gruppen sind ja die politischen Familien, würde ich sagen. Manche Parteien bemühen sich, alle ethnischen Gruppen unter sich zu haben. Aber alle politischen Parteien haben eine besondere ethnische Dominanz von egal welchen Ethnien.

C.G.: *Wenn sich also politische Strukturen nach Klientelbeziehungen aufbauen, ist dann ein Parteienbegriff nach westlichen Vorstellungen überhaupt anwendbar?*

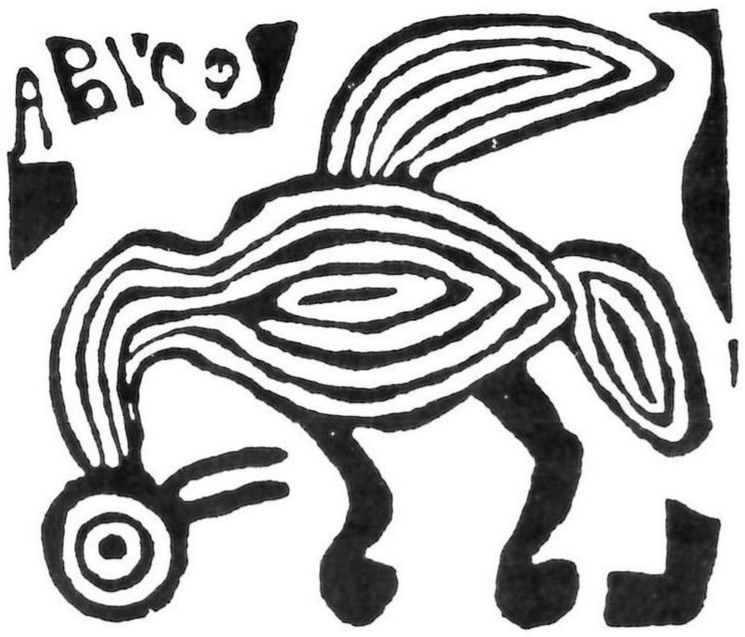
J.-C. Diallo: Ein solcher Begriff ist nach meiner Meinung nicht anwendbar. Aber es ist vielleicht der Weg dahin.

C.G.: *Anstrebenswert wäre er deiner Meinung nach schon?*

J.-C. Diallo: Es ist ja so, wir haben im Moment vierzig Parteien, die ihre Zulassung beantragt haben. Vierundzwanzig sind schon zugelassen. Da sind winzig kleine Parteien darunter, bei manchen weiß man genau, das sind nur drei Personen. Ich denke, nach der ersten Wahl, die Ende des Jahres stattfinden wird, wird das Parlament ein anderes Bild haben. Dann werden nur noch 4 - 5 Parteien herausragend sein. Aber: Diese Vorstellung von Demokratie, wie sie hier herrscht, daß man dahin geht, weil es ein politisches Programm gibt, weil man Genossen hat, mit denen man die gleichen Vorstellungen von der Gesellschaft hat, das ist noch nicht der Fall. Man geht dort viel mehr nach Persönlichkeiten. Diese Persönlichkeit kommt von diesem Landesteil, dann ist er eine wichtige Figur für diese Region und die Leute von dieser Region gehen zu ihm. Er braucht kein Programm. Die Parteien haben bei uns auch deswegen kein Programm, weil das wichtigste Programm von allen nicht von uns bestimmt wird. Das wichtigste Programm wird von der Weltbank, vom internationalen Währungsfond bestimmt.

F.S.: *Mich würde interessieren: Wer hat diese Idee von Partei, Demokratie, Staat in diesem Sinne, wie du es gerade angesprochen hast, überhaupt in dieses Land gebracht? Wo ist das verankert? Was stellen sich die Leute auf der Straße vor? Wenn du einerseits sagst, es gibt eine Verelendung bis an einen Punkt, daß die Leute Weiße überfallen, reden die auch von Demokratie, reden die auch von Parteien, und was stellen die sich dann vor? Wer hat welche Vorstellungen von Demokratie?*

Die folgenden Abbildungen sind Steindrucke aus Zimbabwe.



J.-C. Diallo: Die Leute sagen: Wir sind jetzt in einer Demokratie, wir dürfen alles machen, auch töten und so (lacht). Aber Tatsache ist, die Geberländer haben gesagt: Nur wer Menschenrechte achtet, nur wer sich bemüht, demokratisch zu werden, wird Geld von uns bekommen. Das Ganze geht ja sehr stark von La Boule aus, als Francois Mitterrand dort den Staatschefs der Francophonie gesagt hat: Wer Menschrechte nicht achtet, wer sich nicht bemüht das Land zur Demokratie hin in unserem Sinne zu öffnen, der wird Probleme haben, Geld zu erhalten.

So fingen Leute an, die nie in ihrem Leben Demokraten gewesen waren, die immer noch Diktatoren sind, die fingen an, zu sagen: Gut, ab heute werden wir uns in dieser Richtung bemühen.

M. Rauch: Wobei ja das tragische ist, daß schon viele Leute in der Bevölkerung das ernst genommen haben, auf die Straße gegangen sind, demonstriert haben für ihre Rechte, und dabei ziemlich Schiffbruch erlitten haben, d.h. die wurden beschossen von der Polizei, es gab viele Tote bei diesen Demonstrationen. Die Entwicklung zeigt, daß die Franzosen wie auch die Amerikaner nicht zu diesen schönen Maximen gestanden haben. Man kann inzwischen nachweisen, daß Regime, die demokratisch gewählt worden sind wie in Mali, daß die Finanzhilfen dort fast um die Hälfte reduziert wurden, während bei anderen Regimen, die nach wie vor diktatorisch geführt werden, aufgrund der besseren Rentabilität sich die Hilfen verdoppelt haben. Die Franzosen sind längst wieder abgekommen von ihrer Perestroika. Und die Amerikaner auch. Die Amerikaner machen Werbung für mehr Interesse an Afrika mit dem Argument: You can earn money in afrika! Was viele bestreiten, aber das ist so die eigentliche Maxime: Es lohnt sich, dort zu investieren. Und inzwischen merken sie: nicht unbedingt unter demokratischen Bedingungen, sondern viel mehr unter diktatorischen Bedingungen, wo alles besser unter Kontrolle ist.

C.G.: *Wie äußert sich dann der Einfluß der Geberländer? Stellen sich die Politiker in den afrikanischen Ländern nur auf eine Sprachregelung ein, oder gibt es auch eine direkte Einflußnahme personeller Art, bspw. auf Parteigründungen?*

J.-C. Diallo: Nein, es ist ja so, die Franzosen sind nicht so einfach auf die Idee gekommen. Das Ganze ging los als die Befreiungsbewegungen in den jeweiligen Ländern in Gabun, in der Elfenbeinküste, auch in Senegal — obwohl Senegal schon längst eine Demokratie ist — als dort die Leute auf die Straße gegangen sind, für ihre Rechte gekämpft haben, und die Regierungen dies ziemlich kraß niedergeschlagen haben, da hat die französische Öffentlichkeit so darauf reagiert, daß die Regierung gezwungen war, ihre Politik zu ändern. Aber daß sich die Leute tatsächlich befreien, dazu hat die französische Regierung nichts getan. Die sagen immer, sie beobachten das, aber sie geben immer noch den Machthabern die Strukturen, um sich zu schützen, um sich an der Macht zu halten.

M. Rauch: Bis hin zur direkten militärischen Intervention. In den letzten Jahren haben die Franzosen meines Wissens fünf mal militärisch direkt interveniert. Und in die Elfenbeinküste haben sie ihren Chef der militärischen Eingreiftruppe geschickt, demonstrativ, um zu sagen, wenn das hier so weitergeht mit den Demonstrationen, dann müssen wir militärisch eingreifen. Es gibt also viele direkte Interventionen, die *nicht* die demokratischen Kräfte unterstützt haben, sondern die alten Strukturen.

J.-C. Diallo: Letzte Woche, als ich in Conakry war, sollte der Präsident Conte zum 80. Geburtstag von Kim Il Sung nach Korea fliegen. Ein Tag, bevor er geflogen ist, kamen zwei französische Herkulesflugzeuge, voll mit Leuten, die dort anscheinend Übungen vorhatten. Aber es ging darum, das Land in Schach zu halten, weil Conte sechs Tage weggehen sollte. Obwohl sie genau merkten, das in diesem Land die Leute nichts mehr von Conte wissen wollten. Die verschiedenen politischen Gruppen, die dort existieren, verlangen, eine sogenannte nationale Konferenz. Conte regiert als Alleinherrscher, beruft sich auf eine Verfassung, die mit Hilfe von Frankreich redigiert worden ist und die ist so sehr widersprüchlich, das man das Ganze abschaffen sollte. Aber es läuft weiter mit Hilfe der Franzosen, die in allen Ministerien sind, die in allen Positionen sind, in allen Teilen des Landes, im privaten Bereich, im Regierungsbereich, die sind überall.

M. Rauch: Von Jean-Christophe Mitterrand, dem Sohn von Mitterrand, sagen die Afrikaner: Er macht uns das schöne Wetter und den Regen. Weil der wirklich überall die Finger drin hat. Und gleichzeitig auch Geschäftsmann ist, wie früher auch Focart, die graue Eminenz, die jahrzehntelang die Politik in Afrika bestimmt hat.

F.S.: *Ich hab jetzt ein Problem. Du hast einerseits gesagt, eine demokratische Struktur im westliche Sinne könnte ein politisches Ziel sein. Jetzt schaut es so aus, als wäre Demokratie eine Ideologie, eine Verkleidung von Weltbank und internationalem Währungsfond?*

J.-C. Diallo: Es ist gemischt. Weltbank und Währungsfond sind nie für Demokratie bei uns gewesen. Sie sind für wirtschaftliche Strukturen, die ganz eindeutig dahin zielen, daß das Geld, das sie reinstecken, wieder rauskommt. Damit ist ausgeschlossen, daß die Bevölkerung zu ihrem Recht kommt. Es gibt eine bestimmte politische und wirtschaftliche Klasse, die damit gut leben kann. Aber die Bevölkerung kann da nichts rausholen, denn das ganz klare Ziel einer Strukturanpassung ist Privatisierung. Ins Schulwesen wird dann nichts investiert, ins Gesundheitswesen auch nicht, weil das alles Bereiche sind, die nicht sofort Geld bringen. Wichtig ist dagegen alles, was schnell Geld bringt: Bodenschätze, crash-cop, Produkte, die in den Export gehen usw.

M. Rauch: Es ist ja so, daß die Auslandsverschuldung Afrikas südlich der Sahara ungefähr dem Bruttosozialprodukt entspricht. D.h., wenn du die Schulden zurückbezahlen willst, bleibt nichts mehr übrig. Es ist aber das Ziel der internationalen Politik, daß die Schulden bezahlt werden. Und es ist ja auch interessant, wenn du siehst, wie in Haiti Aristide, der von der Bevölkerung gewählt wurde, um sich der internationalen Schuldenpolitik entgegenzustellen, im Nu weg war vom Fenster. Die drei Demokratiemodelle in Afrika, die so halbwegs funktionieren, im Kongo, in Benin und in Mali, werden alle von drei Politikern geprägt, die jahrzehntelang bei der Weltbank gearbeitet haben. Und die vertreten diese Politik, nämlich die Restrukturierung des Landes zugunsten der Schuldenrückzahlung. Das ist natürlich nicht das, was die Bevölkerung will. D.h., wenn jetzt schon die Wahlbeteiligung gering ist, wird sie nach deren Politik beim nächsten mal sicher noch geringer werden, weil das eben nicht das Ziel der Demokratisierung ist. Das Ziel wäre so eine Entwicklung wie in Haiti, und da ist für alle Welt deutlich zu erkennen, daß das international schnell fallengelassen wurde.

C.G.: *Es scheint also zwei Bedeutungen von Demokratisierung zu geben. Einmal eine Legitimationsideologie, die sowohl von IWF oder westlichen Regierungen, aber auch von lokalen Eliten gebraucht wird, um bestimmte Interessen zu verschleiern. Dann gibt es aber gleichzeitig, und diese Verschränkung finde ich interessant, einen Anspruch an Demokratie, der mehr ist als eine Legitimationsideologie. Denn offensichtlich gibt es ja Bewegungen, die auf diese Floskeln anders reagieren und den Anspruch ernstnehmen und mit Inhalt füllen wollen. Das scheint mir ein Konflikt zu sein, der nicht zwischen Nord und Süd abläuft, sondern im Süden* **und** *im Norden ausgetragen wird, was ja auch durch das Beispiel des öffentlichen Drucks in Frankreich und seinen Konsequenzen für Afrika belegt wird. Stellt das ein Potential dar, mit dem man in Zukunft politisch arbeiten kann?*

J.-C. Diallo: Doch, auf jeden Fall. Das er-

laubt tatsächlich, das man bestimmte Bevölkerungsschichten bewegen kann, zu partizipieren, sich nicht mehr für blöd verkaufen zu lassen, mehr Rechte zu fordern, sich zusammenzuschließen, und Forderungen zu stellen.

Demokratisierung bei uns dient einer politischen Klasse. Aber in dieser Bewegung werden andere gesellschaftlichen Gruppen tatsächlich ihre Chance wahrnehmen, und mit der Zeit — das kann fünf bis zehn Jahre dauern — werden solche Kräfte von der Basis ausgehend, von Studenten, von Schülern, von Mittelschichten, usw, die werden die neue Kraft werden. Es wird zwar lange dauern, aber das wird das Ziel sein.

F.S.: *Gibt es denn autochtone demokratische Bewegungen, d.h. Bewegungen, die als Forderung einen emphatischen Begriff von Demokratie haben?*

J.-C. Diallo: Ja, die gibt es überall heute in Afrika. Auch in Guinea. Wenn man z.B. die *Union de la Force Démokratique* (UFD) nimmt, das ist eine Gruppe, die aus kleinen Beamten oder Studenten, Schülern und Bauern besteht, die in winzig kleiner Arbeit Schritt für Schritt erklären, warum wir nicht mehr alles, was von oben kommt, akzeptieren müssen. Die machen das systematisch. Das sind keine reichen Leute, das sind Leute, die aus Überzeugung in der Demokratiebewegung eine Chance sehen, um einmal tatsächlich die Verhältnisse im Land zu verändern. Und da sind zwei, drei andere kleine Bewegungen, die genauso denken und genauso arbeiten. Leider sind diese demokratischen Bewegungen so sehr ethnisch gefärbt, daß sie nur in ihren Landesteilen aktiv sind. Sie haben auch keine Mittel, um über das ganze Land zu arbeiten, sondern nur dort, wo sie ansäßig sind. Nur da bewegen sie auch etwas.

F.S.: *Und diese UDF, die hat ein Programm, das man demokratisch nennen muß, und nicht etwa sozialistisch...*

J.-C. Diallo: Ich würde sagen, die sind sehr nationalistisch, nicht im negativen Sinne, sondern im schönsten Sinne des Wortes. Das sind demokratische Kräfte, die für eine säkulare Gesellschaft sind, die für gleiche Rechte für Männer und Frauen sind und dafür eintreten, daß die Bevölkerung mitredet in jedem politischen Gestaltungsprozeß, daß man die Leute nicht vor Projekte stellt und sagt: Das ist für euch!, während andere sich bereichern. Daß die Kontrollinstanzen, was die Wirtschaft, was die Finanzen betrifft, viel stärker ausgebaut werden.

C.G.: *Ist da auch ein Unterschied zu den Bewegungen in Afrika zu Beginn der Entkolonialisierung? Das waren ja auch Hoffnungsträger, aber wenn ich das recht sehe, ist die starke Betonung von Parizipation, der Selbsttätigkeit der Bevölkerung, doch neu. Früher waren das doch eher Erziehungsmodelle, die mehr von oben nach unten gingen?*

J.-C. Diallo: Als die ersten Unabhängigkeitsbewegungen kamen, hatte man diese Vorstellungen auch, deswegen sind Leute wie Sekou Touré oder Nkrumah sehr groß geworden, weil man sagte: *Tout par le peuple, tout pour le peuple!* (Alles vom Volk, alles fürs Volk.) Aber das wurde sehr schnell eine Floskel. Weil das Volk nicht mitgemacht hat. Man sagt heute aber, das Volk hat inzwischen so gelitten, das es bereit ist, mitzudenken, mitzutun. Es ist zwar sehr sehr schwierig und es wird sehr lange dauern...

C.G.: *Eine ketzerische Zwischenfrage: Das eingangs erwähnte Banditentum spricht aber eine andere Sprache?*

J.-C. Diallo: Dieses Banditentum gehört zu allen Veränderungssystemen, zu allen Ländern, die im Umbruch sind, wo Armut und Elend ist. Nimm doch nur die neuen Bundesländer. Das sind Dinge, die man nicht trennen kann.

M. Rauch: Oder nimm doch nur die Vereinigten Staaten. In Washington hat sich die Polizei aus mehreren Stadtteilen zurückgezogen, weil sie gesagt hat, die andere Seite, die Mafia, das Bandenwesen, die sind besser bewaffnet, die haben mehr Personal, also ziehen wir uns zurück. Das war nach den Reaganschen Einsparungen im Haushalt, wo Polizeistellen gekürzt wurden, die öffentlichen Ausgaben reduziert wurden. Das ist also ein Phänomen, das weltweit auftritt.

C.G: *Nun weiß man aber auch, daß Demokratie nicht etwas ist, was später, nach der ökonomischen Konsolidierung, quasi zusätzlich dazukommmen kann, sondern daß sie von Anfang an mitwachsen muß, um überhaupt die Entwicklung eines Landes voranzubringen. Wie kann ein Demokratisierungsprozeß eingeleitet und erfolgreich durchgeführt werden? Werden diesbezüglich in den afrikanischen Ländern konkrete Konzepte diskutiert?*

J.-C. Diallo: Nein. Schließlich wurden unsere Länder sehr plötzlich und von außen zur Demokratie „gepfiffen". Und die Leute verstehen darunter nur die Gründung von Parteien und die freie Meinungsäußerung. Sie denken: Es wird freie Wahlen geben, aus denen eine starke Partei hervorgehen wird. Ich persönlich teile diese Hoffnung nicht.

Wer in den demokratischen Ländern Europas lebt, weiß, daß die europäische Demokratie ihre Grenzen hat. Bestimmte Teile der Bevölkerung, die Machthaber, entscheiden stärker, wo es lang geht, als die anderen. Das ist bei uns in Afrika erst recht so, wir sind praktisch schon vor der Demokratie da, wo Europa nach einer langen demokratischen Entwicklung hingekommen ist. Nur haben wir keine Parteien, keine demokratische Infrastruktur, und wir sind in einer viel schlimmeren wirtschaftlichen Lage. Aber die ganzen Begleiterscheinungen — Gewalt, Korruption, Lügen, Langeweile der Politik, Rassismus — die haben wir schon.

C.G: *Geht die Vorstellung dahin, die Länder Afrikas müßten die demokratische Entwicklung Europas nachholen?*

J.-C. Diallo: Die Leute denken: Wie in Frankreich, so soll es bei uns sein. Daher sage ich: Armes Afrika.

M. Rauch: Es heißt ja nicht umsonst „Paristroika".

F.S.: *Gibt es eine Rückbesinnung auf afrikanische Traditionen, ein Anknüpfen an die „négritude"?*

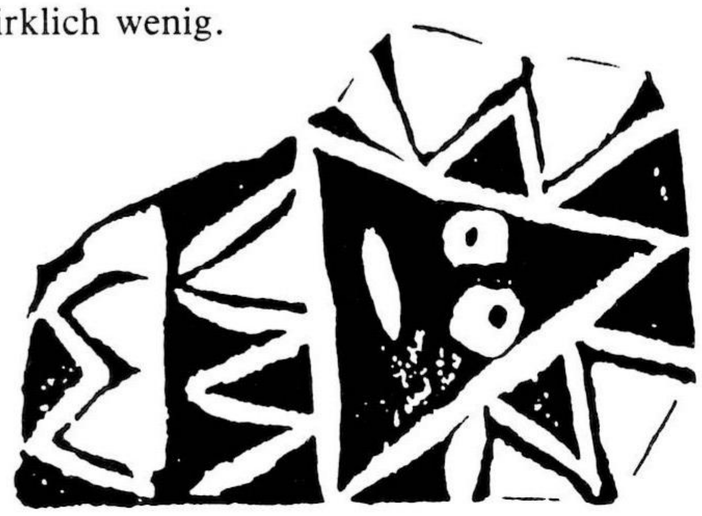
J.-C. Diallo: Wir haben bestimmte Formen der politischen Konsensfindung gehabt, bestimmte Formen von Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen. Auf diese politischen Formen greift niemand zurück, keine politische Gruppe.

Der Afrikaner greift aber auf traditionelle Werte zurück, wenn er sich bedroht fühlt. Wenn er krank ist, z.B., dann geht er zurück aufs Land zu unseren traditionellen Heilern. Er bringt Opfer im Wald, sucht Ruhe, besinnt sich. Aber sobald seine Kraft wiederhergestellt ist, geht er wieder in die Großstadt. Ein derartiges Verhalten stabilisiert noch die Abkoppelung der Eliten vom breiten Volk, das sagt: Wir überlassen euch die politische Macht und behalten die andere Macht, die zwar auch immer mehr bröckelt, weil die Natur und die Umwelt, in die man sich zurückziehen kann und die uns Kraft gibt, immer mehr zerstört wird.

C.G.: *Was macht der Afrikaner, wenn er nicht mehr in sein Dorf gehen und sich dort regenerieren kann, weil sein Dorf durch die Modernisierung zerstört wird.*

J.-C. Diallo: Die Gefahr droht, daß Fundamentalisten mehr Chancen haben, denn die kommen mit moralistischen Thesen: Die Weißen und ihre Lakaien, die in ihre Schulen gegangen sind, haben unser Land zerstört, daher müssen wir jetzt sie zerstören.

M. Rauch: Die afrikanische Identität ist ja auch sehr mißbraucht worden. Ausgerechnet Mobutu hat den Kult der authenticité bis zum Exzess getrieben. Er hat sich ein Leopardenmützchen aufgesetzt und man durfte nur noch afrikanische Begriffe verwenden. Er war aber ein Mann des Westens und er brüstet sich heute damit, daß er in 23 Jahren Herrschaft nur ein Vermögen unter 50 Millionen Dollar angehäuft habe. Das sei doch wirklich wenig.

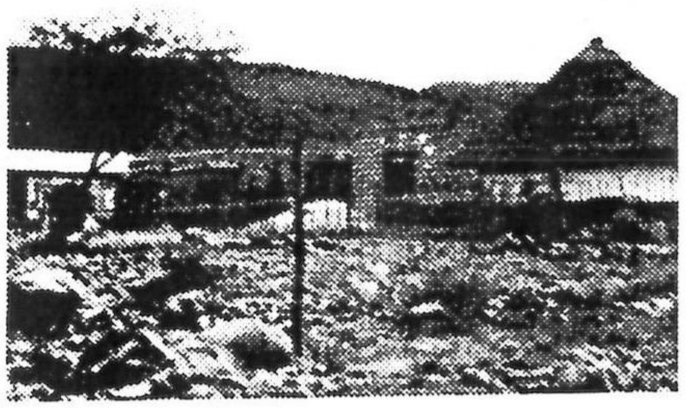


Werona Rosenke - Thomas Siepelmeyer (Hg.)
Arbeitskreis Afrika - AKAFRIK - Münster

Afrika

Der vergessene Kontinent?

Zwischen selektiver Weltmarktintegration und ökologischen Katastrophen



W.Rosenke - T.Siepelmeyer
Arbeitskreis Afrika - AKAFRIK -

Afrika - der vergessene Kontinent ?

UNRAST-Verlag, 1991

Das Jahr 1992 wird als Stichdatum für 500 Jahre der Ausbeutung und Unterdrückung der südlichen Halbkugel "gefeiert". Daß das nicht nur für den von Columbus entdeckten Kontinent gilt, zeigt dieses Buch.
Afrika gilt heute als der Hunger- und Krisenkontinent: Hungerkatastrophen und latente Fehlernährung, Bürgerkriege, Cliquenwirtschaft und korrupte Regimes ziviler und militärischer Provenienz, chronischer Bildungsnotstand. Kaum Informationen gibt es über die alltägliche soziale und ökologische Zerstörung, die mit der selektiven Integration Afrikas in den Weltmarkt einhergeht.
Dieses Buch beschäftigt sich mit den sozialen, ökologischen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Großprojekten im Minen- und Agrarsektor, der Ausbeutung von Mensch und Natur für den Reichtum der "Ersten Welt", der Vernichtung des Regenwaldes, der Frage von Reparationszahlungen für 500jährige Unterdrückung ... etc.
21 Autorinnen aus Afrika, Europa und den USA schreiben zudem über aufkeimenden Widerstand und erfolgversprechende Alternativen zum gegenwärtigen Entwicklungsmodell.

Afrika
- der vergessene Kontinent?,
ISBN 3-928300-09-1,
258 Seiten, 19,80 DM

Bestellungen an: AKAFRIK,
Albersloher Weg 27,
4400 Münster
oder
UNRAST-Verlag, Querstr.2,
4400 Münster

J.-C. Diallo: Négritude, die Ideen von Aime Cesaire, Senghor und anderen, waren eine Quelle für die Elite und für den Unabhängigkeitskampf. Seither ist das aber verloren gegangen, weil die Träger dieser Theorien versagt haben.

Ich denke: Irgendwann werden wir die Revolution haben in Afrika. Die neuen Studentenbewegungen, die Kerle, die nicht nach Europa kommen, weil Europa zu ist, die werden auf diese Werte, auf sich selbst, auf ihre eigenen Kräfte, zurückgreifen. Man wird sehen, daß unsere Gesellschaften einigermaßen funktionieren werden, auch mit den Leuten, die in Afrika ausgebildet worden sind. Man muß nicht unbedingt von Harvard oder aus Paris kommen, um als Chefingenieur in Afrika arbeiten zu können.

Die Ministerien sind alle voller Experten, die Riesengehälter verdienen. Es gibt ein Beispiel von einem Landwirtschaftsprojekt in Conakry, das 19 Millionen Dollar kostet. Von dieser Summe gehen die Gehälter für die Experten ab, für deren Leben und Wohlbefinden, zum Schluß bleiben für das Projekt selbst im Dorf noch fünf Prozent. Aber das Land Guinea muß 19 Millionen Dollar zurückzahlen plus die Zinsen. Es bezahlt also sogar die ausländischen Experten. Die kriegen Riesengehälter, aber wir stellen ihnen noch kostenfreies Benzin zur Verfügung, Wohnungen, Köche, Häuser, alles wird von diesem Projekt bezahlt.

C.G.: *Hierzulande geht die Diskussion soweit, daß den lokalen Eliten überhaupt die Möglichkeit bestritten wird, sinnvoll noch etwas zu machen. Ulrich Menzel hat die Idee der Treuhandschaft in die Debatte geworfen. Da würde jeder lokale Einfluß ausgeschlossen, die Länder würden von den Industriestaaten aus alimentiert. Du würdest das Gegenteil fordern?*

J.-C. Diallo: Auf jeden Fall. Ich will keine nationalistischen Theorien entwerfen und sagen: Nur wir werden das Land aus dem Schlamassel ziehen. Aber: Man soll uns in Ruhe lassen, daß wir unsere eigenen Wege finden. Wenn wir Hilfe brauchen, da, wo wir wollen, dann rufen wir euch zurück. Es ist merkwürdig, daß es gerade im Rundfunkhaus von Conakry keine Experten gibt. Es gibt dort Fachkräfte, Experten werden nur geholt, wenn Mitarbeiter im Rundfunk etwas selbst nicht machen können. Und die wissen genau, was sie jeweils brauchen und rufen die Experten für konkrete Einzelprojekte. Das würde nicht bedeuten, daß bei uns weniger Geld verplempert oder geklaut würde, aber wir hätten unsere Sache selbst in der Hand und könnten auch lernen.

M. Rauch: Der gegenwärtige Präsident würde wahrscheinlich keine Woche länger regieren können, wenn die Franzosen ihre Schutzmannschaft dort abziehen würden. Das ist die Basis seiner Macht, daß die Franzosen ihm seine Präsidentenwache stellen, und wenn die weg wäre, würde die Bevölkerung innerhalb von einem Tag seinen Palast stürmen und alles in Schutt und Asche legen.

J.-C. Diallo: Präsident Conte hat sehr lange Zeit sich nur von seinen eigenen Landsleuten schützen lassen. Aber man sagt bei uns: Ab der Zeit, wo du Ausländer brauchst, um dich zu schützen, hat deine Macht keine Grundlagen mehr.

C.G.: *Wenn man in erster Linie die Partizipation der Bevölkerung einklagt: Warum muß man dann den Revolutionsgedanken noch so hochhalten, wie Du das vorhin getan hast?*

J.-C. Diallo: Das ist die Frage, was man unter Revolution versteht. Gerade die neuen Bewegungen, die Studenten u.a., die sagen, das Volk muß tatsächlich die Macht ausüben. Die müssen gefragt werden, und es muß dafür gesorgt werden, daß die mitmachen. Nicht nur eine winzigkleine Elite, mit ihren weißen Beratern. Ich denke nicht an die „dictatur de peuple" usw., aber: Wenn das Volk mehr Macht ausüben will, dann muß es mehr dafür tun! Ich sehe nicht mehr ein, z.B., das die Zentralregierung alles finanzieren muß. Partizipation bedeutet auch, das die Bevölkerung sich an kleinen Projekten vor Ort beteiligt. Das betrifft auch die Schulpflicht. Schulpflicht bedeutet im Dorf, daß alle Kinder später in die Großstadt gehen. Viele Leute sagen dann: Gut, ich habe 15 Kinder, 5 gehen in die Schule der Weißen, 10 gehen auf's Feld. Sowas darf man nicht einfach nur als archaischen Rest sehen, sondern man muß das auch als einen notwendigen Entwicklungsprozeß betrachten. Aufs Land will ja heute bei uns niemand mehr. Aber, zu denken, daß nur der, der zu den Weißen gegangen ist, gebildet ist, ist falsch. Man darf nicht so tun, als ob die Schule der Weißen die allerwichtigste Ebene ist, durch die alle hindurch müssen. Viele Leute z.B., die arabisch lesen und schreiben können, werden bei uns als Analphabeten bezeichnet! Nur wer Französisch oder Englisch kann, gilt etwas. Wir müssen das Leben auf dem Land attraktiver machen, damit die Leute dort bleiben können. Wir haben heute Wasserköpfe in unseren Län-

dern, eine Hauptstadt, die so langsam an die zwei Millionen Einwohner kommt, und das ist eine Bombe. Die meisten afrikanischen Städte sind ein Pulverfaß. Man kann jedoch die Leute nicht mit Gewalt nach Hause zurückschicken. Aber wenn das Land attraktiver geworden ist, dann gehen die Leute von selbst zurück. Ich erinnere mich, als ich ein Kind war, wollte keiner unserer Eltern gern nach Conakry gehen, um in der Hauptstadt zu leben. Aber heute geht jeder nach Conakry. Weil man dort organisieren kann, man kann sich arrangieren.

C.G.: *Ist denn die Demokratiebewegung auf dem Land auch schon angekommen?*

J.-C. Diallo: Das ist leider der Fehler, den viele machen, die orientieren sich nur nach Conakry, weil das die Meinung, die Politik bestimmt. Alle internationale Organisationen sind in Conakry. Ich rate jetzt noch der kleinen Partei, für die ich viel Sympathie habe, gesagt, weil ich viel Kontakt mit Leuten vom Inland habe: Geht aufs Land! Redet mit den Leuten! Das sind eure selbstverständlichen Partner. Ich war jetzt Weihnachten und Sylvester auf dem Land und habe dort Leute getroffen, mit denen man so wie wir hier reden kann. Sie sagen, wir möchten hier Strom und fließendes Wasser haben. Ich habe ihnen gesagt: Wenn ihr Strom und fließendes Wasser habt, müßt ihr davon ausgehen, dann kommen auch Hochhäuser, Supermärkte, Alkohol, Prostitution usw. „Ja, das müssen wir uns noch überlegen!" Und ich habe ihnen gesagt: Es liegt an euch, ob ihr das alles haben wollt! Ich finde es wichtig, daß ihr Strom und Wasser habt, damit ihr nicht kilometerweit Wasser holen müßt, aber...

F.S.: *Mich interessiert jetzt noch, du sagst immer: Die Leute auf dem Dorf sagen, wir wollen das oder das! Wie sieht das aus, sagen das Einzelne? Welche Strukturen gibt es? Gibt es Versammlungen?*

J.-C. Diallo: Die Leute aus einem Umkreis von 15 Kilometer kommen am Freitag in die Moschee und reden über ihre Angelegenheiten. Wenn du die dann besuchen willst, dann gehst du dahin und redest mit ihnen. Die haben eine traditionelle Struktur, da gibt es die Dorfältesten, die dort das Sagen haben. Das sind nicht Einzelne. Solche Gespräche finden im großen Rahmen statt, wo jeder seine Meinung sagen kann.

C.G.: *Wenn ich dich richtig verstehe, dann kommt es also ganz entscheidend darauf an, das wechselseitige Lernprozesse stattfinden zwischen denen, die die europäische Kultur kennengelernt haben und auch ihre Schwächen kennen, und denen, die noch in den traditionellen Strukturen und nach den traditionellen Werten leben, die aber nicht einfach bewahrt werden können, sondern die sich auch entwickeln müssen. Beide Aspekte sind offensichtlich notwendig. Die einen können die Leute auf dem Dorf darauf vorbereiten, was ihnen blühen kann, was sie aber auch an Möglichkeiten haben; umgekehrt ist die Tradition des Dorfes wohl die einzige Hoffnung, die katastrophale Entwicklung in den Städten zu verhindern und rückgängig zu machen?*

J.-C. Diallo: Das ist genau das, was wir behaupten. Die jetzigen Machthaber haben dem Land den Rücken zugedreht. Alles kommt in die Haupstadt, alles wird dort bestimmt. Sie reden nicht mehr mit den Leuten, und sie wissen auch, das sie gar nicht mehr glaubwürdig sind. Die Revolution würde auch bedeuten, das Gespräch mit den Leuten wieder aufzunehmen.

M. Rauch: Die Grundvoraussetzung wäre aber, daß die Menschenrechte geschützt werden. Wenn die Machthaber in der Stadt ihre Truppen schicken, um wie Segou Touré die Steuern einzutreiben und willkürlich Leute zu verhaften, dann hat das alles keinen Sinn. Das wäre eine Minimalforderung von Demokratie, das erst einmal ein Katalog von Menschenrechten aufgestellt wird, die dann auch tatsächlich geschützt werden.

J.-C. Diallo: Aber es ist eindeutig so, daß die Menschenrechte von denen verletzt werden, die mit aller Gewalt an der Macht bleiben wollen. Das sind Leute, die auch nicht bereit sind, mit dem Volk zu reden. Es sind diejenigen, die nur mit Paris, mit Washington, mit Londen reden. Und die Regierungen in Paris, Washington und London wissen auch ganz genau, daß sich diese Leute nur mit Gewalt an der Macht halten können. Und dafür müssen sie Knäste bauen, foltern und so weiter. Ich habe Bilder von Gefolterten jetzt in Conakry gesehen, das ist grausam. Bei uns ist es schon eine Menschenrechtsverletzung, wenn man dich in den Knast steckt. Denn die Verhältnisse sind so, wenn dich im Knast deine Familie nicht versorgen kann, dann stirbst du innerhalb von zwei Tagen.

M. Rauch: Du bist ja damals als Minister vor allem deswegen zurückgetreten, weil du gesagt hast, es verschwinden schon wieder Menschen in den Gefängnissen, und Du möchtest die Verantwortung dafür nicht übernehmen.

J.-C. Diallo: Das ist richtig, aber obwohl ich weggegangen bin, sind trotzdem die Menschen weiter verschwunden. Gut, ich bin nicht zum Komplizen geworden. Aber Menschen werden weiterhin gefoltert. Ich habe jetzt wieder Leute getroffen, von denen ich wußte, daß sie im Gefängnis waren, während ich in der Regierung tätig war, und das hat mit sehr weh getan. Die waren über Jahre im Gefängnis, für gar nichts. Das wird sich nicht so schnell ändern. Jetzt droht allerdings die Gefahr, das sich die Dinge gewaltsam verändern. Es gibt heute Gruppen in Conakry, die sind so gegen die Regierung aufgebracht, daß sie mit Kanistern voll Benzin durch die Gegend fahren und alles verbrennen.

Rauch: Wenn die Wut und der Widerstand in demokratischen Strukturen nicht organisiert werden kann, dann wird das in Guinea so enden wie in Somalia: daß einfach Banden, verschiedene Machtgruppen, marodierende Soldaten herumwüten, daß jeder gegen jeden kämpft und das Land zerstört wird.

J.-C. Diallo: Nicht Demokratisierung allein hilft uns — wenn nicht zugleich mehr Gerechtigkeit geschaffen und wenn nicht Verelendung abgebaut wird... ■

Zu den Personen: Jean-Claude Diallo war von Ende '84 bis März '86 Kultur- und Informationsminister und Regierungssprecher in Guinea gewesen, leitet heute das Psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge in Frankfurt/M.
Malte Rauch ist Filmemacher und hat Dokumentarfilme über Afrika (u.a. „Frankfurt — Conakry" mit J.-C. Diallo) gedreht.

Literatur zu Schwarzafrika:

Einen guten Überblick über die Probleme des Kontinent und seine Geschichte gibt:
Walter Michler: Weißbuch Afrika, Bonn 1991 (2. überarb. Auflage)
Zur Geschichte überhaupt:
Joseph Ki-Zerbo: Die Geschichte Schwarzafrikas, Ffm 1981 (erste umfassende Geschichtsdarstellung eines afrikanischen Historikers)
Und zum Sklavenhandel im besonderen:
Basil Davidson: Vom Sklavenhandel zur Kolonialisierung, ...
Zum kulturellen Hintergrund:
Edith Brosintzky-Schwabe: Kultur in Schwarzafrika. Geschichte, Tradition, Umbruch, Identität; Köln 1988
Und seiner Zerstörung durch die Arbeitsgesellschaft:
Reimer Gronemeyer (Hg.): Der faule Neger. Vom weißen Kreuzzug gegen den schwarzen Maiggang; Reinbek 1991
Einen Einblick in die Vielfalt der afrikanischen Literatur vermittelt:
Ilja Trojanow/ Peter Ripken (Hg.): Afrikanissimo, München 1991

CLAUDIA VON BRAUNMÜHL

Kampf zweier Logiken

Postsozialistische Gedanken über Post-Kapitalistische Perspektiven in der 3. Welt

Die Niederlage des Sozialismus, der sich selbst real existieren sah, mag die Überlegenheit des Kapitalismus auf der bislang gelaufenen Rennstrecke beweisen. Daß es dem Kapitalismus oder, wie er sich selber nennt, der freien Marktwirtschaft gelungen sei, ihre eigenen Versprechen einzulösen, beweist sie, nicht. Im Folgenden — gerade wenn man auf die 3. Welt blickt — wird von Claudia von Braunmühl der Anspruch, sozialistische Verhältnisse in den nachkolonialen Gesellschaften, insbesondere in Afrika, zu installieren, kritisch reflektiert. Es werden von ihr allerdings auch Wege skizziert, die Alternativen zum Kapitalismus andeuten und bei den sozialen Bewegungen Afrikas aufzuspüren sind.

,,Der Kapitalismus hat seinen Freund verloren und wir unseren Diskurs.''
(Xabier Gorostiaga, SJ, Costa Rica)

Was war die Perspektive, was die Strategie und worin sind die Gründe des Scheiterns zu suchen?

Nach der marxistisch-leninistischen Formationslehre reifen die ökonomischen Voraussetzungen für die sozialistische Gesellschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen selber heran. Die Revolution verhilft ihnen politisch zum Durchbruch. Sie kann aber, nach Lenin, erst dann erfolgreich sein, wenn die Entfaltung der Produktivkräfte die Existenz einer die Klassenverhältnisse tendenziell dominierenden Industriearbeiterschaft trägt. Die Existenz schon bestehender sozialistischer Länder indes eröffnet auch für solche Kolonien und Halbkolonien günstige Perspektiven, in denen die Bedingungen für die sozialistische Revolution noch nicht herangereift sind. Solche Länder können einen ,,nicht-kapitalistischen'' Weg einschlagen, wobei das sozialistische Weltsystem die Funktion der ,,internationalen Avantgarde'' ausübt.

Die offizielle Rhetorik unterschied zwischen Entwicklungsländern mit eindeutig sozialistischer Orientierung, den sozialistischen Brüderländern, und Ländern mit nicht unbedingt sozialistischem, aber doch nicht-kapitalistischem Entwicklungsweg. Beiden gemeinsam ist ein die fehlende Klassenbasis ersetzender von den ,,nationalen Zwischenschichten'' beherrschter Staatsapparat, der durch fortdauernde Mobilisierung und Produktivkraftentwicklung eine materielle Basis und einen gesellschaftlichen Konsens für den nicht-kapitalistischen, bzw. sozialistischen Weg nachzuholen sucht. Eben wegen der unausgereiften Klassenverhältnisse und aus Gründen des internationalen Systemkonflikts muß der Staatsapparat mit großen Machtbefugnissen ausgerüstet sein und sich zusätzlich auf einen starken Militär- und Polizeiapparat stützen.

Das Modell, mit dem die Länder sozialistischer Orientierung so ganz andere Resultate hatten erzielen wollen, unterschied sich nicht sehr von der kapitalistischen Modernisierungsvariante. Da ist vom ,,Beseitigung der technisch-ökonomischen Rückständigkeit'' ,,durch die Industrialisierung des Landes, durch tiefgehende Agrarumwälzungen und die Rekonstruktion der Landwirtschaft'' die Rede und von der ,,Erringung eines etwa gleichen Entwicklungsstandes wie dem der kapitalistischen Industrieländer''. Es handelt sich um denselben Mythos der Möglichkeit und Wünschbarkeit sogenannter nachholender Entwicklung im Wege der Industrialisierung von Agrargesellschaften, wie sie auch westliche Vorstellungen und Interessen vom einzuschlagenden Entwicklungsweg bestimmten. Mit der Zielvorgabe und dem Maßstab des westlichen Modells wurde jede andere gesellschaftliche Realität in den Dimensionen einer zu überwindenden Rückständigkeit gesehen. Beide Entwicklungskonzepte begründen aus dem abweichenden Ist-Zustand die Notwendigkeit zentralistischer Regime mit großer Machtfülle. In dem einen Fall als Avantgarde, in dem anderen als patrimonialer Staat bezeichnet, auf eine mehr oder weniger diktatorische Einparteienregierung lief es allemal hinaus.

Es wäre sicherlich unhaltbar, das Scheitern des sozialistischen Entwicklungsweges allein auf innere Gründe zurückzuführen. Krieg, Sabotage, Boykott und Pressionen aller Art, machtvoll von westlichen Ländern unterstützt bzw. inszeniert, haben das Ihre getan. Es bleiben aber charakteristische Deformationen. Ob die für sich allein genommen auch zum Scheitern geführt oder korrigierende Gegenkräfte hervorgebracht hätten, ist eine historisch müßige Frage.

Ideologie entsprach nicht der sozioökonomischen Realität

In den Ländern des Südens — noch mehr als in denen des nördlichen realen Sozialismus — war auffällig die Selbstverständigung mit Hilfe eines ideologischen Sprachgebäudes, dessen Denkinhalte der sozioökonomischen Realität kaum entsprach. Arbeiterklasse, Massenversammlung, Avantgarde, korrekte Linie etc. hatten herzlich wenig mit dem tatsächlichen Leben in überwiegend ländlich geprägten Entwicklungsgesellschaften von großer kultureller Heterogenität zu tun. Ein weit gefächertes, an Rabulistik gemahnendes Repertoire von Kategorien — halb-sozialistischer Charakter des Staates, antagonistische und nicht-antagonistische Verhältnisse des Klassenkampfes und der Klassenzusammenarbeit, Nutzung der ökonomischen Potenzen aller Klassen und Schichten etc. — erlaubte, die jeweils in Machtkämpfen obsiegende Politik als Vollzug der ,,korrekten Linie'' auszugeben. Die Politik selbst

aber, bzw. ihre Träger, die national-demokratisch oder auch revolutionär-demokratisch gesinnten ,,Zwischenschichten" und ihre realen Interessen, entzogen sich sowohl kontrollierender Analyse als auch tatsächlicher demokratischer Einflußnahme. Kriterien wie Nationalismus, Volksfrontregierung, Verstaatlichung, staatlicher Anteil an der Wirtschaft, selber Gegenstand von Interpretationen, ,,ließen keinen sicheren Schluß darauf zu, ob eine Gesellschaft sich auf einem nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg befindet." (A. Buro). Letztendlich avancierte die Bindung an die sozialistischen Bruderländer zum zentralen Beleg. Die konnte nun aber genügend andere Gründe, wie Rohstoffsicherung oder geostrategische Interessen, haben. Ob die Staatsklasse tatsächlich die Bauern, die Massen, das Proletariat mobilisierte oder nicht vielmehr alle jene Kräfte, die ihre ureigendsten Interessen bedienen, ob das Schwanken zwischen den Lagern nicht sehr viel mehr mit Interessenkalkülen als mit sozialistischen Strategien zu tun hatte, zur Erfassung all dessen gab es wenig politischen Raum und kaum taugliche theoretische Instrumentarien.

Das gesamte Entwicklungsmodell überdenken

Mit einem klassenmäßig begründeten Mißtrauen gegenüber ,,rückständigen" Kleinbauern wurden systematisch großflächige Landwirtschaftseinheiten aufgebaut. Der weitaus überwiegende Teil der Ressourcen floß nicht dörflichen Genossenschaften, sondern den kapitalintensiven Staatsfarmen zu, die ihrerseits wegen schlechten Managements oft riesige Verluste einfuhren, wie z.B. in Mocambique. Andernorts, bspw. in Tansania, wurden mit Zwangskollektivierung und der gewaltsamen Zusammenfassung staatlich leichter zu bedienender (und zu kontrollierender) Dörfer künstliche Sozialeinheiten geschaffen, die der Mobilisierung ländlicher produktiver Ressourcen eher abträglich waren. Im produzierenden Gewerbe wurden in industriellen Kombinatsstrukturen (z.B. Kongo, Mali) Technologien und Arbeitsprozesse eingeführt, die in geringer Verbindung zum Rest der Produktion standen. Versorgungs- und Aufstiegsinteressen der Staatsklasse und Bindungen an die sozialistischen Brüderstaaten begünstigten das Festhalten an kolonial geprägter Exportproduktion. Zugleich gelang es noch weniger, diese Marktmechanismen ersetzenden Planungsinstrumente zu entwickeln. Schon vor 1989 begannen viele der Länder mit sozialistischer Orientierung sich der Marktwirtschaft zuzuwenden.

Wäre die Frage nach der Zukunft des Sozialismus als Frage nach diesem real nicht existierenden Sozialismus formuliert, dann wäre sie leicht und mit nicht sehr viel Trauer zu beantworten: No future. (Was nicht heißen soll, daß es nicht die eine oder andere wirkliche Errungenschaft gab, deren Verlust durchaus schmerzlich ist.) Die Übereinstimmung des Entwicklungsmodells einer industriellen Wachstums- und Konsumgesellschaft, die Erkenntnis, daß in dem einen wie in dem anderen Südteil der Welt mehr Verarmung und ökologische Zerstörung als Entwicklung angerichtet wurden, während eben die Lebensweise, die für die sogenannte 2. Welt der ehemaligen sozialistischen Staaten als mächtiger Antrieb wirkt, im Norden selbst so weder zu erreichen (Ost), noch weiterzuleben (West) ist, ohne daß die materielle Lebensbasis gegenwärtiger und zukünftiger Generationen unwiederbringlich ruiniert wird, diese Einsicht macht es zwingend, das gesamte Modell für alle zu überdenken.

Die bislang in Ost wie West dominierende Modernisierungsstrategie mit extern vorgegebenen Problemdefinitionen und Lösungstechniken hat allenthalben zwei strukturelle Deformationen hervorgebracht:

- eine Polarität zwischen Bevölkerung und Regierung, die mit Mischungen von Klientelismus, Repression, Populismus, partieller Interessenwahrnehmung auch, die Bevölkerung lediglich zum Befolgen, bzw. Nachvollzug vorgegebener Handlungsstrategien aufforderte;
- vorherrschende Handlungslogiken, insbesondere der Masse der ländlichen Bevölkerung, galten als rückständig und irrelevant für irgend so etwas wie Entwicklung. Frauen, obwohl sie nicht nur die familiale Versorgung tragen, sondern auch den weitaus überwiegenden Teil des in die Selbstversorgung gehenden Anteils der Nahrungsmittelproduktion, wurden schlicht ,,übersehen".

Es läßt sich möglicherweise die gegenwärtige Krise der Entwicklungsgesellschaften überhaupt dadurch ,,definieren, daß die eine Logik die andere, nämlich die der Bevölkerung, völlig gelähmt hat." (Lachenmann) Fehlend oder ungenügend ausgebildet ist, so die Argumentation, eine entfaltete Gesellschaftlichkeit, die zwischen Staat und politisch unstrukturierter Bevölkerung die unmittelbare Artikulation und Durchsetzung von Interessen gegen die ,,Handlungsrationalität bürokratischer Art" ermöglicht.

Diese Ebene emanzipatorischer Gesellschaftlichkeit ist vor Jahrzehnten von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci mit dem Begriff ,,Zivilgesellschaft" bezeichnet worden. Zivilgesellschaft meint die Rückeroberung des Politik- und Handlungsmonopols von Staatsapparaten und etatistischen Großorganisationen in den Bestimmungsbereich der zu solchem Zweck in Gruppen, Verbänden, Organisationen zusammengeschlossenen Betroffenen. Zivilgesellschaft, emanzipatorische Entstaatlichung und soziale Bewegungen gehören unmittelbar zusammen.

Das Scheitern des nord-orientierten Entwicklungsmodells hat die entwicklungsländerbezogenen Strategien des Westens, bei dem nun das nördliche Monopol liegt, bislang kaum beeinflußt. Verbal wird das Scheitern weitgehend anerkannt; faktisch wird das Modell weiter forciert und zugleich auf eben jene als Überlebenskraft und Entwicklungspotential geadelten Kräfte zurückgegriffen, deren bornierte Rückständigkeit so lange beklagt und bekämpft wurde. Wo Entwicklung im eigentlichen Sinne abgemeldet ist, wo es ums bloße Überleben geht und die internationale Neuauflage eines ökologisch begründeten Neo-Merkantilismus Platz greift, sind die in Selbstversorgung und Subsistenzwirtschaft gebundenen Kräfte durchaus hoffähig, weil entlastend und nützlich.

Protestpotential innerhalb der sozialen Bewegungen

Die Selbsthilfekräfte der sozialen Bewegungen bergen aber auch ein Potential, das sich schlichter Funktionalisierung möglicherweise doch entzieht. Eben das, was viele von ihnen auszeichnet, ihre Sperrigkeit gegen Modernisierung, der zunehmend bewußte politische Protest dagegen auch, enthalten ja eine praktische Kritik an dem nördlichen Produktions- und Konsummodell. Indem sie sich der negativen Folgen erwehren, leben, entwickeln und bekräftigen sie Alternativen, die vielleicht hinausweisen können über dieses Modell.

In der Tat haben viele der Organisatio-

nen, die sich im letzten Jahrzehnt herausgebildet bzw. gekräftigt haben, in der einen oder anderen Weise die Schattenseiten der Modernisierung zum Thema. Wachsende ökologische Problemlagen, die keinem entgehende Ressourcenauszehrung durch nördliche und südliche Metropolen, die alarmierend zunehmende Gewalttätigkeit auch gegenüber Frauen und Kindern, sie mobilisieren die unterschiedlichsten Formen von gegensteuernden Handlungsstrategien und begünstigen Koalitionen, die über traditionelle Bündnisbildungen hinausweisen.

In Afrika und Lateinamerika zum Beispiel arbeiten seit Jahren die regionale Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, ECA und ECLAC, gemeinsam mit einem breiten Spektrum von Organisationen (Frauen, Ökologie, Menschenrechte, Gewerkschaften, Kirchen etc.) an Konzepten und Programmen, die sie sowohl den großen multilateralen Organisationen wie auch ihren eigenen nationalen Regierungen entgegenstellen. Die aus dieser Zusammenarbeit heraus im Februar 1989 verabschiedete „Afrikanische Charta für demokratische Partizipation von unten" ist ein aufregendes Dokument, das wichtige Elemente einer gerechteren, weniger abhängigen und langfristig lebbaren Entwicklungsalternative benennt. Kritische Wissenschaftseinrichtungen wie das Institut für Afrikanische Alternativen (IFFA) in London oder das Institut für Entwicklungsstudien in Dar-es-Salaam, haben wenig später die „Grundrisse für einen alternativen Entwicklungsweg in Afrika" vorgelegt. Dort wird die unbestrittene Notwendigkeit von Strukturveränderungen mit einer an Eigenständigkeit und Nachhaltigkeit orientierten Strategie beantwortet und damit den strikt exportorientierten Positionen von IWF und Weltbank eine formulierte Alternative entgegengehalten.

In Asien gehen Frauen- und Umweltorganisationen Koalitionen mit Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, z.T. mit kommunalen Entscheidungsträgern ein, um sich gegen die die ökologischen Lebensgrundlagen auszehrende Verwertungs- und Modernisierungslogik zu wehren. Gerade in Asien sind diese Kräfte mit einer fundamentalen Kritik am westlichen Wachstumsdenken und westlicher auf Naturunterwerfung und -ausbeutung basierenden Technik- und Wissenschaftsverständnis verbunden. In Lateinamerika hat der feministische 3.-Welt-Frauenbund DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) eine enge Zusammenarbeit mit ECLAC insbesondere auf dem Gebiet von Nahrungsmittelversorgung, Arbeitsmarktpolitik und Informalisierung der industriellen Produktion entwickelt. Auch DAWN hat eine Art Manifest erarbeitet, das traditionelle linke Elemente mit alternativen Entwicklungsansätzen verbindet (Sen, Grown, 1988).

Objekte, auf der gegenwärtigen Tagesordnung stehende Ansatzpunkte für alternative Strategien, sind damit schon mehrfach benannt. Zum einen ist da die zunehmende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie mobilisiert Selbstverteidigungskräfte, Protest und Fundamentalkritik. Im Norden wie im Süden hat die „Umweltfrage" zu neuen Koalitionen bislang getrennt operierender Gruppen (z.B. Frauen, Ökologie, 3. Welt) geführt. Zum anderen ist mit der horrenden Verarmung der Masse der Bevölkerung im Süden in den letzten beiden Jahrzehnten der „informelle Sektor" mit seiner Handlungslogik von Überleben, Risikominimierung und sozialen Sicherheitsnetzen immens gewachsen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß er im nächsten Jahrzehnt zugunsten formeller Arbeitsverhältnisse zurückgedrängt wird.

Im Gegenteil, es weist alles darauf hin, daß, wie schon vor Jahren von Bielefelder Soziologinnen analysiert, (v. Werlhof et al., 1983) der Subsistenzsektor weiterhin anwachsen wird und dem formellen Sektor als Ausbeutungsressource dient. Es ist aber die Frage, ob in diesem Sektor nicht Gegenkräfte erwachsen, die sich aus Gründen der Absicherung dieser ihnen alternativlos verbleibenden Existenzform mit dem allzu freien Spiel der Marktkräfte anlegen. Auch dafür gibt es Beispiele aus Indien und Lateinamerika (gewerkschaftliche Organisierung von im informellen Sektor arbeitenden Frauen). Als „Kampf zweier Logiken" liegen hier Ansätze zu der demokratischen Kontrolle von Marktmechanismen, die unerläßlicher Bestandteil einer Alternative zum Kapitalismus sein muß.

Diese Rationalität zu entwickeln, ihr zu Gehör zu verhelfen, sie durchzusetzen ist eine der Aufgaben, die ganz stark auf Gegenkräfte in den Gesellschaften des Nordens angewiesen ist. Ob sich das *internationale Solidarität* (alte Fassung) oder *internationale Vernetzung* (neue Fassung) nennt, wichtig ist, daß enge und verbindliche Formen der Zusammenarbeit im Bereich von Ökonomie, Politik, Ökologie, Soziales, Kultur entwickelt und gepflegt werden. In ihnen sollte unbedingt das derzeit vom Norden usurpierte Monopol von Problem- und Lösungsdefinition zugunsten von Zuhören und zurückhaltender Kommunikation aufgegeben werden. ■

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Die erste theoretische feministische Zeitschrift in der BRD

Die Zeitschrift will Ernst machen mit der Erarbeitung einer Gesellschaftstheorie, die von der Frauenperspektive aus gesellschaftliche Verhältnisse im kapitalistischen Patriarchat analysiert einschließlich des Verhältnisses zur Dritten Welt und zur Natur.

Die „*beiträge*" verstehen sich als ein Forum der internationalen Frauenbewegung und bringen im Rahmen von Themenschwerpunkten Analysen, Praxisberichte und Theoriediskussionen, die zur Klärung unterschiedlicher Positionen in der Frauenbewegung beitragen sollen.

Heft 8	**Gegen welchen Krieg – für welchen Frieden?** (1983) 14,– DM
Heft 9/10	**Neue Verhältnisse in Technopatria – Zukunft der Frauenarbeit** (1983) 28,– DM
Heft 11	**Frauenforschung oder feministische Forschung?** (1984) 14,– DM
Heft 12	**alltag: Natur, Technik, Magie** (1984) 14,– DM
Heft 13	**unser Staat?** (1985) 16,– DM
Heft 14	**Frauen zwischen Auslese und Ausmerze** (1985) 16,– DM
Heft 15/16	**Geld oder Leben** (1985) 28,– DM
Heft 17	**Neue Heimat Therapie** (1986) 16,– DM
Heft 18	**Politik: Auf der Spur – gegen den Strich** (1986) 16,– DM
Heft 19	**Politik: Zeit zum Streit** (1987) 16,– DM
Heft 20	**Der neue Charme der sexuellen Unterwerfung** (1987) 16,– DM
Heft 21/22	**Mamalogie** (1988) 28,– DM
Heft 23	**Modernisierung der Ungleichheit – weltweit** (1988) 16,– DM
Heft 24	**Der Kaiserinnen neue Kleider – Feministische Denkbewegungen** (1989) 16,– DM
Heft 25/26	**Nirgendwo und überall – Lesben** (1989) 28,– DM
Heft 27	**Geteilter Feminismus: Rassismus · Antisemitismus · Fremdenhaß** (1990) 19,– DM
Heft 28	**Femina Moralia** (1990) 19,– DM
Heft 29	**Trotz Fleiß kein Preis** (1991) 19,– DM
Heft 30/31	**Feministische Öffentlichkeit – patriarchale Medienwelt** (1991) 34,– DM
Heft 32	**Fundamentalismen – Religionen – Spiritualität** (Arbeitstitel, erscheint Frühjahr 1992) 19,– DM

Die „*beiträge zur feministischen theorie und praxis*" erscheinen ca. dreimal im Jahr ● Bezug: über den Buchhandel sowie Abonnement- und Einzelbestellungen direkt beim Verlag ● Umfang: ca. 144 Seiten ● Einzelhefte (ab Heft 27) 19,– DM, Doppelhefte 34,– DM, Abonnement 48,– DM (rückwirkende Abonnements bis einschließlich Heft 25/26 drei Nummern für 38,– DM) ● Verlag und Redaktion: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 52 64 22 ● Hrsg.: Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

256 Seiten, Preis 34,– DM

Aus dem Inhalt:
Heidrun Ehrhardt: Wirklichkeit ● *Ute Bertrand, Ingrid Hüchtker:* Die Spiegelung oder Die Bio-Informationsgesellschaft, eine Skizze ● *Lissi Klaus:* Die Entwicklung der Frauenmedien nach 1945 ● *Christa Wichterich:* Berichte von den Fronten ● *Ulrike Baureithel:* Samt und Sonders — Als (Alibi)Feministin im Ost-West-Zeitungsprojekt: über das Problem institutionalisierter Sonderlichkeiten ● *Ulrike Röttger, Petra Werner:* Anspruch prallt auf Wirklichkeit – Regionale Frauenzeitungen auf der Suche nach Redaktions-Konzepten ● *Interview mit Lilian Abracinskas und Lucy Garrido (Anja Wollny):* „Alle beginnen damit, daß kleine Jungen himmelblau angezogen sind" – Ein feministisches Medienprojekt in Uruguay ● *Monika Maaßen, Claudia Lueg:* Zwischen Paradies und Fegefeuer — Schlangenbrut, ein feministisch-theologisches Zeitungsprojekt ● *Ulrike Bergermann:* Annas Frisur oder das Berliner Meer — Das Projekt Videonachrichten ● *Brigitte Geiger, Margit Hauser, Lieselotte Hirl, Ursula Rosmanith, Rosa Zechner:* Frauen-/lesbenbewegte Praxis in feministischen Printmedien – Eine (quantitative) Untersuchung am Beispiel Österreich ● *Interview mit Tamara Braam (Asgedet Ghirmazion):* „Wir fragen uns, wen die weißen Frauen überhaupt unterstützen" – ERASE, ein alternatives Bildungsprojekt in Südafrika ● *Hilke Schlaeger:* Von der Peripherie ins Zentrum oder: Was Erfolg ist, definieren wir selbst ● *Regina Dackweiler, Barbara Holland-Cunz:* Strukturwandel feministischer Öffentlichkeit ● *Autorinnenkollektiv: Melanie Beyer, Margrit Bürer, Bettina Busse, Susanne Kappeler:* Die Macht der Veranstaltung ● *Anja Wollny:* Verbot der Arab Women Solidarity Association ● *Madhu Kishwar:* Wie man lernt, Menschen ernst zu nehmen ● *Lea Morien:* Sinnverbindungen ● *Interview mit der Redaktion der „beiträge" (Barbara Böttger):* Gegen ein Konzept der politischen Selbstgenügsamkeit ● *Sheila Mysorekar:* Die medienwirksamen Katastrophen und der undramatische Alltag ● *Gisela Wuttke:* Wo die Welt aus allen Nähten platzt — eine polemische Kommentierung der Medienberichterstattung zur Bevölkerungspolitik

JEAN-PIERRE ALAUX

Inkonsequenzen und Interventionen

Die Widersprüche der französischen Entwicklungspolitik in Afrika

Bei dem französisch-afrikanischen Gipfeltreffen in La Baule im Juni 1990 unterstrich Franǫis Mitterrand „seine Erwartung, daß sich echte Demokratien mit Mehrparteiensystem, freien Wahlen und Geltung der Menschenrechte behaupten mögen". Er erinnerte bei dieser Gelegenheit daran, daß „die Grundwerte, deren sich die EG verschrieben hat, die (französische) Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte seien". Ein Jahr vorher hatte eine Meinungsumfrage unter Schülern in Lateinamerika und Afrika ergeben, daß die 1989er Erklärung für 47,5 % der Kongolesen, 61 % der Senegalesen und 78 % der Algerier zwar nach wie vor ein Maßstab bedeutete, sie diese aber dennoch als eine „internationale Heuchelei" oder als „politischen Flitter" werteten.

An dem krassen Unterschied zwischen armen und reichen Ländern indes, haben die Demokratisierungsversuche gar nichts geändert. In Algerien, Burundi, im Kamerun, in der Elfenbeinküste, usw. zahlen die Bürger für ihren Willen zum Wandel einen sehr hohen Preis. Am 16. Februar d.J. schossen in Kinshasa Soldaten in eine Menge tausender christlicher Demonstranten, die nichts anderes als „Frieden und Hoffnung" forderten; am gleichen Tag wurde in N'Djamena (Tschad) der stellvertretende Vorsitzende der Liga der Menschenrechte ermordet; zwei Tage später brachen in Abidjan (Elfenbeinküste) Meuterei und Volksaufruhr aus, woraufhin die Regierung mit der Verhaftung zahlreicher Oppositioneller reagierte. Es ist dies nur eine Momentaufnahme aus einer langen Reihe von Ereignissen: im Januar die mehr oder weniger verdeckten Staatsstreiche in Algerien und der Volksrepublik Kongo, im Dezember in Togo, Ende September auf Haiti, wo innerhalb eines halben Jahres über 1500 Menschen umgekommen sind. Ereignisse, die zeigen, wie groß die Schwierigkeiten der Demokratisierung sind.

Frankreichs Reaktion auf das brutale Vorgehen gegen diejenigen, die sich ja gleichsam zu Vorkämpfern von Mitterrands Erwartung gemacht haben? Großes Schweigen — die Regel; ausnahmsweise schon mal vornehme Beschwörung von „Vernunft" und Mäßigung". „Die Dinge müssen sich ändern", hatte der Papst 1985 in Port-au-Prince gerufen. Sie änderten sich wenig später, als die Duvalier-Diktatur wie ein Kartenhäuschen zusammenbrach. Dann wurde Jean-Betrand Aristide, Priester, Befreiungstheologe dazu, zum Präsidenten gewählt. Bald darauf erfolgte der Staatsstreich nach altem Muster. Während die USA und Frankreich ihren Botschafter zurückriefen, delegierte der Vatikan einen neuen apostolischen Nuntius zu den Putschisten. Offenbar sollten sich die Dinge zwar ändern, aber so auch wieder nicht!

Ähnliche Inkonsequenzen lassen sich freilich auch in der französischen Entwicklungspolitik nachweisen. Es geht keineswegs so zu, wie es, ausgehend von der politischen Rhetorik, logisch zugehen müßte. Weit gefehlt! Benin, oft als Vorbild gepriesen, weil es 1990 den Übergang von der Diktatur zur Demokratie schier reibungslos, ohne Blutvergießen, ohne Wahlfälschungen vollzog, erhielt 1989 — davor — vom französischen Staat eine Wirtschaftshilfe von 588 Mio. Francs, 1990 — danach — nur noch 300 Mio. Die Hilfe für Kamerun, Togo oder Zaire, allesamt Länder, in denen Autokraten sich mit Gewalt der Demokratisierung widersetzten, wurde unbeirrt von Jahr zu Jahr erhöht.

Die eigene Tradition verpflichtet: Frankreich war immer schon stolz auf seine Verwaltung. Dem guten Verwalter ist das freie Walten aller anderen Kräfte außer der Berechenbarkeit ein Greuel, beim Spiel der Demokratie ist jedoch nicht gewiß, daß Soll und Haben, Einsatz und Ausbeute sich die Waage halten. Kanonenbootpolitik ist da kalkulierbarer, weshalb Frankreich in jener Disziplin Weltmeister des letzten Jahrzehnts ist: Zwischen 1986 und 1989 gab es die Interventionen im Tschad, Togo, auf den Komoren, Gabun, Rwanda und, ob man es wahrhaben will oder nicht, in der Elfenbeinküste, wo die „nur symbolische Entsendung" des Oberbefehlshabers der Gendarmerie ausreichte, die meuternden Hitzköpfe zur Ruhe zu bringen. Desgleichen im September 1991 in Zaire, wo eine ähnliche Intervention mit dem Attribut „,humanitär" versehen wurde.

Gewiß haben diese Interventionen die Demokratisierung nicht direkt im Keim erstickt. Gewiß haben sie in einigen Fällen dazu beigetragen, eine Anarchie zu verhindern, die der blutigen Auseinandersetzung förderlicher als der Demokratie gewesen sein dürfte. Aber liest man im Haushaltsentwurf 1992 die Begründung für die Mittel, die für den militärischen Teil der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereitgestellt werden, muß man zwar die Absicht anerkennen, mit der inneren Sicherheit jener afrikanischen Klientelstaaten auch die Demokratie gewährleisten zu wollen, man kann aber nicht um die etwas zynische Feststellung umhin, daß erstere, weil da, wenn auch bedroht, leichter zu sichern ist als letztere, die noch nicht da ist .. wenn sie auch droht.

Die liberale Demokratie, unfähig wie sie ist, in einer sich der physischen Vernichtung nähernden Verelendung preisgegebenen Dritten Welt, Wohlstand und Gerechtigkeit herzustellen, verliert gerade in dem Augenblick an Glaubwürdigkeit, als ihrer Geltung als universales Modell politischer und wirtschaftlicher Organisation nach dem Einbruch des realsozialistischen Widersachers nichts mehr im Wege zu stehen schien. Man lasse sich nicht blenden: in Benin haben nur wenige gewählt, obwohl das Recht auf freie Meinungsäußerung dort kein Schein war; in Burkina Faso wählten 75 Prozent der Bevölkerung nicht. In Haiti dagegen gab es eine hohe Wahlbeteiligung, weil die Leute wirklich hofften, ein Mitspracherecht zu erhalten, bis die Vertreibung des gewählten Präsidenten Aristide sie eines Besseren belehrte.

Die Demokratie scheint dort auf eine gewisse Unterstützung des Westens zählen zu können, wo ein durch die liberale Schule gegangener ,,Techniker" die Regierung führt. In Benin: Nicéphore Soglo, früherer Weltbankfunktionär; im Kongo: André Milongo, ehemaliger Funktionär der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank; in der Elfenbeinküste: Alassane Wattara, ehemaliger Vorsitzender der Zentralbank Westafrikas.

Es muß sich noch erweisen, ob nicht diese finanztechnisch verheißungsvolle Voraussetzung in Wahrheit eine politisch untilgbare Hypothek ist. Mit 139 Mrd. Dollar ist die Verschuldung des subsaharischen Afrika fast genau so groß wie das Bruttosozialprodukt. Die seit über einem Jahrzehnt im Rahmen von Umstrukturierungsprojekten praktizierte Austeritätspolitik hat die Bevölkerung in die Verzweiflung getrieben. Insofern hat diese von dem IWF verordnete Austeritätspolitik tatsächlich dem Verlangen der breiten Bevölkerung nach mehr Demokratie zugearbeitet, als in der Demokratisierung ein Weg gesehen wird, bessere Ausbildung, bessere ärztliche Pflege, mehr Beschäftigung und weniger Teuerung zu erreichen. Außer als Peitsche ist ihre Wirkung freilich ausgeblieben. An Zuckerbrot hatte sie noch nichts zu bieten.

Diejenigen aber, die die alten, an westlichen Hochschulen gebildeten Eliten ablösen können, sind in westlich geprägten internationalen Institutionen ausgebildete Technokraten, eingestimmt auf monetäre Disziplin und Marktöffnung, jene Konzepte, die seit zwölf Jahren versagen.

Wie sagte doch Michel Camdessus, Generalsekretär des IWF, in Lima: ,,Es kann nicht angehen, daß sich die ganze Welt für Peru mobilisiert, wenn die Peruaner selbst die Armut produzieren." Heißt wohl: Wenn die Theorie nicht den Himmel auf Erden bringt, dann zur Hölle mit dieser Art von Erden. ■

aus: ,,Le Monde Diplomatique", März 1992
Übersetzung: Bob Detobel

Was hier nicht steht, steht in der taz.

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Ich teste die tageszeitung

Nur gegen Vorauszahlung
☐ 4 Wochen für 30,– DM
☐ 8 Wochen für 60,– DM
Auslandsporto (Europa) zzgl. 19,–/monatl.

Vorname, Name: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

☐ Scheck liegt bei

Datum, Unterschrift: _____

Coupon (mit Verrechnungsscheck) in einen Umschlag und senden an: taz Abo-Abteilung, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

Abonnieren Sie die tageszeitung.

BERNWARD CAUSEMANN

Hunger und Reformen

Zur Zeit taucht das südliche Afrika in unserer Presse mit zwei Themen auf: Die Demokratisierung in Südafrika und die Hungersnot aufgrund der Dürre in der ganzen Region. Beide Themen hängen zusammen. Bernward Causemann zeigt dies am Beispiel Zimbabwes.

Noch im Januar 1991 kündigte der Informationsdienst Frontfile ein Dreiecksgeschäft Zimbabwes mit Südafrika an. Zimbabwe werde größere Mengen Mais in die nördlichen Regionen Südafrikas liefern, damit Südafrika, das schon damals eine schlechtere Ernte erwartete, mit Mais aus den südlichen Anbaugebieten seine Lieferverpflichtungen auf dem Weltmarkt erfüllen könne. „Zimbabwe ernährt mal wieder Südafrika," titelte der Dienst.

Tatsächlich hatte Zimbabwe, ein traditionell Mais exportierendes Land, schon öfter das Grundnahrungsmittel an Südafrika geliefert. Solche Wirtschaftsbeziehungen hat es trotz Apartheid und Sanktionen zwischen Südafrika und seinen Nachbarn immer gegeben, und seit der neuen Reformpolitik von Präsident de Klerk nahmen die Wirtschaftskontakte zu.

Doch in der zweiten Jahreshälfte kamen Berichte, daß die Exportpläne gestrichen würden. Die katastrophale Dürre im südlichen Afrika, die schlimmste des Jahrhunderts, war da noch nicht absehbar. Zimbabwe hatte in den Vorjahren solche Maisüberschüsse, daß die Regierung die Erzeugerpreise niedrig hielt. Hohe Erzeugerpreise und ein ausgebautes Vermarktungssystem hatten seit der Unabhängigkeit 1980 die schwarzen Kleinbauern ermutigt, für den Markt zu produzieren — einer der wesentlichen Erfolge der Regierung Robert Mugabe. Die Regierung schuf daher Anreize, daß die schwarzen Kleinbauern ebenso wie die großen weißen Farmer Exportprodukte statt Nahrungsmittel anbauten.

Es ging darum, die staatliche Wirtschaftsstrategie zu finanzieren: Hohe Exportüberschüsse in Landwirtschaft und Bergbau sollten Industrialisierung und Sozialprogramme bezahlen. Mit dem an der Weltbank orientierten Strukturanpassungsprogramm wurde diese Politik ab Ende der 80er Jahre noch zugespitzt — mit der Folge, daß die Bauern den Anbau von Grundnahrungsmitteln immer mehr aufgaben — 1991 in einem unerwarteten Maße. Und nun plötzlich die Dürre. Die Maisernte fällt auf ein Zehntel des Vorjahres. Riesige Mengen müssen importiert werden — für weit mehr Devisen, als ein vorsorglicher Maisanbau gekostet hätte. Zimbabwe erfährt wie viele Länder davor, daß die Weltbankstrategie der exzessiven Exportförderung nicht nur die ärmeren Teile der Bevölkerung trifft, sondern letztlich an ihren eigenen Widersprüchen versagt. Zimbabwe kann nun zwar Blumen und Kaffee exportieren, aber seine Bevölkerung nicht mehr ernähren.

In einem der am stärksten betroffenen Distrikte, Chivi im Süden Zimbabwes, waren Anfang Mai bereits mehr als 80 % der Bevölkerung auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Aber weniger als 50 % erhielten tatsächlich Mais aus öffentlichen Quellen — denn weder die Verwaltungsstrukturen noch die Transportkapazitäten reichen für solch ein Problem aus (normalerweise erntet die Landbevölkerung den großen Teil ihres Mais selber, so daß dafür keine Lastwagen gebraucht werden). Es ist bereits verstärkt Unterernährung bei Kindern zu beobachten. Und der nächste Regen wird, wenn es nicht wieder eine Dürre gibt, erst im Oktober fallen — die nächste Ernte ist erst Anfang 1993.

▶ Treibhauseffekt ◀

Zimbabwe ist ein Sonderfall. Die anderen Länder der Region (mit wenigen Ausnahmen, darunter Südafrika) mußten auch in früheren Jahren in der Regel Nahrungsmittel importieren. Sie sind von der Dürre noch stärker betroffen. Im Bürgerkriegsland Mosambik, das seit vielen Jahren auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen ist, weil die Rebellen der Renamo Landwirtschaft in weiten Bereichen unmöglich machen, sind die ersten Menschen verhungert.

Es ist absehbar, daß uns demnächst Bilder von hungernden Menschen präsentiert werden, wie wir sie aus Äthiopien — dort weil Krieg und Dürre zusammenkommen — und aus den 70er Jahren aus der Sahel-Zone kennen. Doch diesmal handelt es sich nicht einfach um eine Naturkatastrophe. Die Dürre ist — so wie vor einigen Monaten die Flutkatastrophe in Bangladesh — aller Wahrscheinlichkeit nach eine erste Folge der weltweiten Klimaveränderungen, und damit vor allem des hohen CO_2-Ausstoßes in den Industrieländern.

Selbst relativ stabile Entwicklungsländer wie Zimbabwe haben es schwer, damit fertigzuwerden. Ihre extreme Abhängigkeit von Devisen und damit Rohstoffexporten macht Krisen wie diese zu einem schweren Rückschlag. Und einseitige Konzepte wie die Strukturanpassungsprogramme der

Steindruck aus Zimbabwe Ausstellungsstück aus dem Frankfurter Museum für Völkerkunde

Weltbank und des internationalen Währungsfonds verschärfen diese Probleme noch. Reaktionen auf die Reformen in Südafrika Und was hat die Dürre mit den Reformen in Südafrika zu tun? Die ganze Region begrüßt das Ende der militärischen Destabilisierung, redet von den Chancen eines großen Wirtschaftsraums und hofft auf Hilfe vom wirtschaftlich viel potenteren südlichen Nachbarn — auf Südafrika entfallen zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der Region, die insgesamt nur so groß ist wie die von Finnland. Die Befreiung Südafrikas kann der ganzen Region Stabilität bringen — so wie in Angola bereits ein Waffenstillstand geschlossen wurde.

Die Befreiungsdividende ist aber begrenzt. Südafrika wird angesichts der internen Probleme keine Kapazitäten haben, um den noch ärmeren Nachbarn zu helfen. Eher zu erwarten ist eine Fortsetzung der bisherigen Politik der Ausbeutung mit überteuerten Industriewaren — das südliche Afrika war bisher Hauptexportgebiet für diese südafrikanischen Produkte, die auf dem Weltmarkt ganz unabhängig von Sanktionen nicht konkurrenzfähig sind. Der ANC hat zwar eine partnerschaftliche Regionalpolitik zugesagt, und ist angesichts der Unterstützung für den Befreiungskampf, die er von den Frontstaaten erfahren hat, dazu moralisch verpflichtet. Wie weit das aber angesichts der Wirtschaftsprobleme tragen wird, ist nicht absehbar. Vorrang werden mit Sicherheit die sozialen Probleme, die hohe Arbeitslosigkeit und Armut haben.

Die Nachbarn haben daher Grund zur Befürchtung, daß ihre wenigen Industrieunternehmen von südafrikanischen Produkten niederkonkurriert und die lukrativen Sektoren von den Großkonzernen im Süden aufgekauft werden. Dagegen wollen sie mit Wirtschaftsreformen vorsorgen. Bisher konnten die meisten Länder einigermaßen überleben, u.a. unter dem Schutz der internationalen Solidarität gegen die Apartheid. Nun ist zu befürchten, daß Entwicklungshilfe aus den Frontstaaten nach Südafrika umgelenkt wird — oder gleich nach Osteuropa geht.

Schon jetzt wandern viele gut Ausgebildete aus den Nachbarstaaten nach Südafrika ab, weil sie dort besser bezahlt werden — und die Wissenschaftler, weil sie ein interessanteres intellektuelles Klima finden.

Strukturanpassungsprogramme

Um diesem Sog etwas entgegenzusetzen, haben fast alle Mitglieder der SADCC (Konferenz zur Koordination der Entwicklung im südlichen Afrika, gegründet 1980, um die Entwicklung gegenüber Südafrika zu fördern) Strukturanpassungprogramme nach Weltbank-Muster begonnen. Kräftig gepuscht wurde das von den westlichen Regierungen. So verzögerte die Bundesregierung ihre Entwicklungshilfe an Zimbabwe 1991 bis zum Ende des Jahres, bis die zimbabwische Regierung mit der Weltbank ein Kreditabkommen geschlossen hatte — und war dann etwas großzügiger als üblich.

Derartige Programme senken das Staatsdefizit und den Staatsanteil an der Wirtschaft, orientieren die Wirtschaft auf den Weltmarkt und setzen auf Kapitalimport durch Investitionen aus dem Westen — die nicht kommen, wodurch die Kreditabhängigkeit noch steigt. Gemeinsam ist den Programmen, daß die ärmeren Teile der Bevölkerung besonders betroffen sind, u.a. durch die verstärkte Inflation und durch Entlassungen. Es sind zwar Sozialprogramme vorgesehen, die Armen und der informelle Sektor werden aber nicht organisch einbezogen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird nicht an den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Mehrheit ausgerichtet.

Hinzu kommt ein Wildwuchs in den Programmen. Die einzelnen Länder haben ihre Programme ohne Abstimmung miteinander entworfen. Es kommt kaum zu einer Arbeitsteilung, die bei einem kleinen Markt sinnvoll wäre. Letztlich werden die Programme von nationalen Eigeninteressen geprägt — Folge nicht zuletzt der Marktideologie in den neuen Programmen, die Planung ablehnt. SADCC, die eine solche planende Rolle haben könnte, hat vor allem Entwicklungsprojekte koordiniert und weniger zu einer alle Sektoren umfassenden Planung beigetragen.

Mittlerweile allerdings hat eine Diskussion in diese Richtung eingesetzt. SADCC bemüht sich um mehr Integration. Es ist in der Diskussion, ob ein Südafrika mit Mehrheitsregierung der SADCC beitreten wird, oder ob eine neue Struktur geschaffen wird, und im ANC wird eine staatliche, mit den Unternehmen und Gewerkschaften abgestimmte Planung in Anlehnung an die Erfahrungen der ostasiatischen Tiger für wesentlich gehalten.

Bisher sind wesentliche Teile der Bevölkerung bei der Konzeptionierung der Strukturanpassungsprogramme, mit denen die Region auf die südafrikanischen Reformen reagiert, nicht berücksichtigt worden. Es hat auch kaum eine öffentliche Diskussion vor Verabschiedung der Programme gegeben. Bei der Planung wurden z.B. westliche Experten herangezogen, statt welcher aus der Region. So führt die Dürre nun zu einem Rückschlag für die von der Weltbank-geleiteten, am Weltmarkt orientierten Wirtschaftsreformen. Der Gewinn an Sicherheit, den die politische Entwicklung in Südafrika versprach, ist gefährdet. In Zimbabwe müssen inzwischen Lebensmitteltransporte bewacht werden. ■

RAINER HUHLE

Irgendwann steht der ‚Kaiser' nackt da

Zu Fujimoris Coup d'état in Peru

Als in der Nacht vom 4. auf den 5. April '92 der gemäß den Regeln der peruanischen Verfassung gewählte Präsident Fujimori eben diese Verfassung außer Kraft setzte, das Parlament auflöste, zahlreiche Grundrechte außer Kraft setzte und über das ganze Land den Ausnahmezustand verhängte, war vielleicht der Zeitpunkt, nicht aber der Akt als solcher überraschend.

Zu deutlich hatte dieser Präsident in den vergangenen Monaten seine Verachtung für das Parlement, die demokratischen Institutionen und demokratische Verkehrsformen überhaupt demonstriert, zu eindeutig sich zu den Militärs als einzigem Garanten für die Durchsetzung seiner politischen Zielvorstellungen bekannt.

Das Paket von Gesetzesdekreten, das Fujimori Ende letzten Jahres am Parlament vorbei durchsetzen wollte, war im Grunde bereits der Versuch eines Staatsstreichs mit legalen Mitteln. Hätte das Parlament diese Maßnahmen geschluckt, wäre von der verfassungsmäßigen Ordnung kaum mehr übrig geblieben als jetzt. Vermieden hätte Fujimori lediglich den Bruch mit der Mehrheit der politischen Klasse des Landes und das Stigma des Verfassungsbruchs mit all seinen, vor allem auch außenpolitisch, negativen Konsequenzen. Das Parlament tat ihm den Gefallen nicht, sondern setzte entscheidende Teile seines autoritären Gesetzespakets außer Kraft. Dem Präsidenten blieb, nachdem er so weit gegangen war und seine Pläne obendrein mit ständigen heftigen Verbalinjurien gegen die Parlamentarier begleitet hatte, nur die Wahl zwischen Rücktritt und der Flucht nach vorn in den *Putsch von oben*. Er blieb seinem Image des „samurai" treu.

Hinter Fujimoris Coup d'état, der Peru nach einer der längsten verfassungsmäßigen Regierungsperioden seiner Geschichte (immerhin 12 Jahre mit drei regulären Wahlen in Folge) wieder in eine Militärdiktatur führte, steht sein Anspruch, die besseren Antworten auf ungelöste Überlebensfragen der peruanischen Gesellschaft zu haben. In erster Linie geht es um: 1. die kontroverse Wirtschaftspolitik, 2. die Bekämpfung der Subversion, 3. die Frage nach der Qualität des Staats selbst und seiner Institutionen.

Wieder eine Militärdiktatur

Alle drei Ebenen sind in der politischen Diskussion aufs heftigste umstritten, ohne daß konkrete Fortschritte erkennbar würden. Für die Masse der Peruaner geht es dabei aber nicht um politischen Diskussionsstoff sondern um ihr Überleben. Fujimori versprach endlich klare Entscheidungen auf allen drei Ebenen und kann den Staatsstreich damit offenbar fürs erste auch vor der Mehrheit der Peruaner legitimieren. Worum geht es dabei?

Bekanntlich hat sich Fujimori entgegen seinen populistisch-vagen Verheißungen während des Wahlkampfs sehr schnell zu einem radikalen Neoliberalen entwickelt, der die Sanierung des Staatshaushalts, die Wiedereingliederung Perus in die internationale Finanzwelt durch Rückzahlung der Außenschuld und die Schaffung von Investitionsanreizen für das Aus- und Inlandskapital zu Eckpfeilern seiner ökonomischen Roßkur für das Land erklärte. Rechtsbürgerliche wie linke Abgeordnete folgen ihm nur halbherzig und wagten es, am Budget durch Mehrausgaben zu flicken. Ohne Mehrheit im Parlament war Fujimori immer wieder von Kompromissen abhängig. Der Streit um die Höhe der Parlamentariereinkommen war da nur das auch in Peru beliebte demagogische I-Tüpfelchen.

Die Bekämpfung der Subversion spielte in Fujimoris Politik zunächst keine erkennbare Rolle. Untätigkeit war der stärkste Vorwurf der Opposition auf diesem Gebiet. Das wurde anders, als Fujimori erkannte, daß seine neoliberalen Maßnahmen zur Schaffung eines günstigen Investitionsklimas auch daran scheiterten, daß niemand gern in einem Land investiert, in dem täglich Bomben hochgehen, Betriebe zwar wenig Steuern an den Staat, dafür zunehmend an „die Revolution" zu zahlen haben, und Unternehmer sich kaum noch aus dem Haus trauen.

Da Fujimoris Wirtschaftspolitik den sozialen Boden für das Wachstum der Subversion durch seine Verarmungspolitik immer reicher düngte, griff er, wie seine Vorgänger, zur nächstliegenden Waffe: dem Militär. Mit dem Ergebnis, daß die Menschenrechtsvereltzungen unter seiner Präsidentschaft weiter zunahmen. International wie national unter Legitimationsdruck geraten, optierte Fujimori dennoch klar für die militärische Karte. Anders als seine Vorgänger begann er aber, die Militärs auch in nichtmilitärische Aufgaben einzubinden. In Ansätzen war zuletzt eine Strategie erkennbar, wie sie etwa schon 1984 der damalige Militärkommandant von Ayacucho, General Huaman konziptiert hatte (und dafür von Belaunde geschaßt worden war), die auf einer Integration von politischen, militärischen und gesellschaftspolitischen Komponenten in der Bekämpfung von *Sendero*

Hinter Fujimoris Coup d'état, der Peru wieder in eine Militärdiktatur führte, steht sein Anspruch, die besseren Antworten auf ungelöste Überlebensfragen der peruanischen Gesellschaft zu haben.

Luminoso beruht. Die Besetzungen von Armenvierteln Limas durch Militär in den Wochen vor dem Putsch, bei denen die Bevölkerung nicht nur kontrolliert, sondern in gewissem Umfang auch unterstützt wurden, zielten in diese Richtung. Eine solche Strategie ist aber mit den Normen der Verfassung, die auch in Peru den Auftrag der Streitkräfte begrenzen, nicht machbar. Fujimoris militärisch-strategisches Kalkül ttrifft sich hier mit dem dritten wichtigen Strang seiner Politik: der harschen Kritik am Funktionieren aller Institutionen der rechtsstaatlichen Demokratie in Peru. Der Vorwurf der Ineffizienz und Korruptheit ging ebenso freigiebig an die Parlamentarier wie an die Justiz und an den größten Teil der Verwaltung und Exekutivorgane, bishin zur Polizei, ausgenommen blieben die Militärs. In den Wochen vor dem Putsch hatte sich Fujimori wieder einmal besonders mit der Justiz angelegt. Er wiederholte nicht nur seine heftigen verbalen Angriffe, sondern weigerte sich auch, die von den zuständigen Gremien vorgeschlagenen neuen Mitglieder des Obersten Gerichtshofs zu ernennen.

80 % der Peruaner unterstützen den Präsidenten

Laut Umfragen, deren Korrektheit hier zwar nicht kontrolliert werden kann, die aber durchaus plausibel erscheinen, unterstützen rund 80 % der Peruaner derzeit den Präsidenten, der vom Kongreß seines Amtes enthoben wurde und die Verfassung gebrochen hat. Die Parlamentarier, die Führer der politischen Parteien, die Juristen und Menschenrechtler, die Intellektuellen laufen zumindest vorerst mit ihren Aufrufen zu Protest und Widerstand ins Leere. Präsident Fujimori trifft offenbar mit seinem autoritären Projekt auf hohe Erwartungen.

Linke und Militärs gegen Sendero

Sie sind durchaus nachvollziehbar. Am leichtesten bei Fujimoris Kritik an den demokratischen Institutionen: Die Korruption von Justiz, Gefängnisverwaltung und Polizei erlebt jeder, der mit ihr zu tun hat. Was sollen die Peruaner, die immer öfter auch in der eigenen Familie direkt vom Terror Senderos betroffen sind, von Richtern halten, die selbst hohe Kader entweder nicht verurteilen oder nach kurzer Zeit ,,auf Bewährung" freilassen, die selbst den Prozeß gegen den (gar nicht in ihren Händen befindlichen) Führer Senderos, Abimael Guzmán, wegen ,,Mangels an Beweisen" einstellen?

Seit den spektakulären Attentaten von Sendero gegen Führerinnen der autonomen Volksorganisationen in Lima war bereits ein Stimmenumschwung in der Bevölkerung auszumachen. Meinungsführende Linksintellektuelle wie der ehemalige Guerrillero Héctor Béjar oder der frühere Herausgeber der linken Wochenzeitung ,,Amauta", Carlos Iván Degregori, sprachen sich un- oder verblümt für ein Zusammengehen der Linken und der Volksbewegung mit den Militärs gegen Sendero aus. Sie waren dabei nur Sprachrohr einer Tendenz, die auch in den Armenvierteln erkennbar war: Die Militärs wurden immer mehr als das kleinere Übel betrachtet. Und das, obwohl ihre Menschenrechtsbilanz weiterhin bestürzend ist.

Am erstaunlichsten ist zweifellos, daß Fujimori selbst für seine Wirtschaftspolitik, die den Peruanern eine Verelendungsphase wie nie zuvor beschert hat, noch Zustimmung selbst unter den Armen findet. Die hatten uner Alan García erlebt, wie ihnen zunächt eine gewissen Einkommensverbesserung verschafft wurde, dann aber alles und noch viel mehr wieder genommen wurde. Der gestrenge Fujimori ging umgekehrt vor: Er verlangte Opfer und versprach erst für die Zukunft Besserung. Die Resignation angesichts der Ergebnisse der alten Politik und der erkennbaren weltpolitischen und -wirtschaftlichen Rahmenbedingungen war bisher groß genug, daß Fujimoris Image des ehrlichen Maklers und des klugen Technokraten genügte, dieser Wirtschaftspolitik Zustimmung zu sichern, zumal der Präsident es geschickt verstand, ausbleibende Erfolge der Obstruktion anderer, insbesondere der parlamentarischen Mehrheit zuzuschreiben.

Diese Taktik wird nach dem Staatsstreich nicht mehr funktionieren. Mit der uneingeschränkten Macht wird Fujimori auch die ungeteilte Verantwortung für seine Politik übernehmen müssen. Offensichtlich ist er der Meinung, daß durch die Ausschaltung des Parlaments und die Möglichkeit zur direkten Kontrolle der übrigen staatlichen Institutionen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchsetzung seiner Politik verbessert wurde. Genau dies wird sich rasch als Irrtum erweisen. Mit dem Staatsstreich ist keines der realen Probleme des Landes gelöst. Dafür wird die Lösung dieser Probleme in mancher Hinsicht noch schwieriger.

Daß die Militärs, die in den Gebieten, die zum Teil ja schon seit 1983 unter Ausnahmezustand stehen, mit ihren Mitteln gegen die Subversion nichts erreicht haben, steht fest. Warum sie jetzt erfolgreicher sein sollten, ist nicht zu erkennen. Sendero jedenfalls, der seine Attentate auch nach dem Putsch unbeeindruckt weitertreibt, hat immer auf die jetzige Konfrontation hingearbeitet, in der Hoffnung, durch eine klare Polarisierung einen größeren Teil der Bevölkerung auf seine Seite zu zwingen. Dafür ist es zwar vermutlich zu spät, zu sehr hat sich sein unmenschliches Gesicht gerade im Verlauf des letzten Jahres gezeigt. Dennoch wird der Staatsstreich die Möglichkeiten einer Annäherung zwischen Militär und Bevölkerung, wie sie sich in den letzten Monaten gezeigt hatten, eher bremsen. Es bedürfte schon eines Maßes an Selbstdisziplin und Umkehr im Verhalten des peruanischen Militärs, wie es aufgrund der Erfahrungen der letzten 10 Jahre kaum zu erwarten ist, um ein neues Verhältnis zur Bevölkerung herzustellen. Die wenigen Tage, die seit der Machtergreifung vergangen sind, und in denen eine Bemühung um maßvolles Vorgehen bei den Militärs durchaus zu erkennen war, genügen nicht, um das Verhalten der Militärs bei anhaltenden Mißerfolgen abzuschätzen. Es gab bekanntlich vor nicht allzulanger Zeit auch Äußerungen führender Militärs, wonach im Kampf gegen die Subversion mit einer halben Million Toten gerechnet werden müsse. Im übrigen sei daran erinnert, daß die Kluft zwischen Militär und Volk selbst in den ersten Jahren der aufrichtig reformwilligen Velasco-Regierung nach 1968 nicht überbrückt wurde.

Fehlkalkulationen in der Wirtschaftspolitik

Was die Reform der staatlichen Institutionen angeht, genügt die Absetzung der unliebsamen Richter, die Fujimori sofort vorgenommen hat, und etlicher anderer Funktionäre sicher nicht. Die sozialen Wurzeln der Korruption sind nicht auf bestimmte politische Parteien oder Institutionen beschränkt. Bezeichnenderweise war die Familie des Präsidenten selbst wenige Tage vor dem Staatsstreich unter heftige Korruptionsvorwürfe geraten. Und daß gerade die Militärs mit ihren bescheidenen offiziellen Gehältern stark an korrupten Geschäften, nicht zuletzt an dem Rauschgifthandel betei-

ligt sind, davon sind nicht nur die US-Berater überzeugt. Die Ausschaltung der wenigen Kontrollmechanismen gegen die Korruption, die der peruanischen Gesellschaft zur Verfügung stehen, also des Parlaments und insbesondere der freien Presse, und die Herstellung fast absoluter Machtvollkommenheit der Herrschenden kann niemand für eine gute Basis für den Kampf gegen Korruption halten.

In der Wirtschaftspolitik schließlich dürfte sich Fujimori gleich mehrere Beine gestellt haben. Auch wenn direkte Sanktionen des Auslands ausbleiben, ist die Eingliederung Perus in die Mechanismen der internationalen Finanzwelt politisch erschwert worden. Genau diese Eingliederung war und ist aber ein Eckpfeiler seiner Strategie. Die USA sind derzeit grundsätzlich nicht geneigt, Militärregime in Lateinamerika zu unterstützen. Den peruanischen Militärs gegenüber sind sie besonders mißtrauisch, weil sie sie der Zusammenarbeit mit dem Rauschgifthandel beschuldigen. Es wird Fujimori schwer fallen, in dieser für die US-Hilfe entscheidende Frage überzeugende Antworten zu geben. Ob Japan bereit ist, hier in die Bresche zu springen, worauf Fujimori zu setzen scheint, bleibt abzuwarten. In Peru selbst hat Fujimori sicherlich einen Teil der Unternehmer hinter sich, einen andern Teil, der sich durch Vargas Llosa und die traditionellen rechtsbürgerlichen Parteien vertreten sieht, aber gegen sich. Seine beiden mit ihm gewählten Vizepräsidenten, der protestantische Kirchenmann Carlos Garcia und der Repräsentant des nationalen Kleinunternehmertums, Máximo San Román, haben sich gegen ihn gestellt. Der populäre San Román wurde inzwischen zum Gegenpräsidenten im Untergrund gewählt. Nur mit massiven wirtschaftlichen Erfolgen könnte es Fujimori gelingen, den breiten politischen Widerstand der politischen Klasse gegen sein Vorgehen zu überwinden. Wahrscheinlicher ist das Gegenteil: Daß die politische Konfrontation ein weiterer Faktor des wirtschaftspolitischen Mißerfolgs werden wird.

Die große Unbekannte in der Bewertung der Situation ist derzeit die Rolle der Militärs selbst. Sie haben sich vorerst öffentlich ausgeschwiegen über ihre gesamtpolitischen Absichten. Es fällt allerdings schwer, sich die peruanischen Militärs in der bloßen Rolle eines Vollzugsorgans neoliberaler Wirtschaftspolitik vorzustellen. Eine Konzeption von antisubversivem Kampf mit sozialpolitischer (oder auch nur sozialdemagogischer) Komponente bringt aber ebenso wie die logischerweise zu erwartenden Forderungen nach mehr Militärausgaben neue Widersprüche in die auf öffentliches Sparen angelegte Wirtschaftsstrategie. Wie Fujimori und die Militärs all diese Widersprüche in die versprochene klare Politik auflösen wollen bleibt vorerst ihr Geheimnis. Noch steht Kaiser Fujimori in seinem neuen Waffenrock glänzend da. Doch irgendwann werden die Leute mit dem Finger auf seine neuen Kleider zeigen... ■

Der Mord an Maria Elena Moyano: Chronik eines angekündigten Todes

Am 15. Februar 1992 wurde Maria Elena Moyano von einem Mordkommando der Organisation „Sendero Luminoso" durch MG-Salven niedergemäht. Zuletzt warfen die Mörder noch Dynamitstangen auf sie. Eine Reihe weiterer Personen wurde schwer verletzt. Maria Elena Moyano war 31 Jahre alt, Mutter von zwei Kindern und unter den zahlreichen Vertreterinnen der Frauenbasisbewegung eine der bekanntesten, die in ganz Lima respektiert und gehört wurde. Und genau deswegen wurde sie umgebracht. Seit Ende der 70er Jahre ist die Armut in Peru derart angewachsen, daß viele Familien nur noch durch die gemeinschaftliche Organisation ihrer Ernährung überleben konnten. Es entstand eine hervorragend organisierte Kette von „Volksküchen", die ganz entscheidend von Frauen gebildet wurde. Zugleich begannen diese Frauen, sich politisch eigenständig zu organisieren. Maria Elena Moyano war eine dieser Frauen. Schon 1984, gerade 24 Jahre alt, wurde sie zur Präsidentin des Volksfrauenverbandes von Villa El Salvador (FEPOMUVES) gewählt, dem praktisch alle organisierten Frauen des über 200 000 Einwohner zählenden Distrikts angehörten. 1990 wurde Maria Elena Moyano zur stellvertretenden Bürgermeisterin des für seine wirkungsvolle und demokratische Selbstorganisation in aller Welt bekannten Distrikts gewählt, mit dem übrigens die Stadt Tübingen eine Partnerschaft unterhält.

Seit Ende der achtziger Jahre wird es für die Volksorganisationen durch die immer brutalere Wirtschaftspolitik der Regierung (und den Druck der reichen Länder auf Peru, seine Wirtschaft zu „stabilisieren") zunehmend schwieriger, ihren Mitgliedern das Überleben zu sichern. Doch nicht nur von oben wird den Volksorganisationen das Leben schwer gemacht. Zugleich mehrten sich die unverhüllten Erpressungsversuche des „Sendero Luminoso", die von den Volksorganisationen die Unterwerfung unter seine Strategie des „bewaffneten Volkskriegs" und damit unter sein Kommando verlangen. Die autonomen Organisationen des Volkes stören so sehr bei diesem „Volkskrieg", daß Sendero sie rücksichtslos zu beseitigen versucht. Im September 1991 wurde z.B. Juana Lopez, eine Leiterin des Ein-Glas-Milch-Programms ermordet. Neben ihrer Leiche hinterließ Sendero einen toten Hund und ein Schild: „So sterben die verräterischen Hündinnen." Viele Verantwortliche treten unter den Morddrohungen zurück, oft bricht dann die Organisation zusammen. Viele aber widersetzen sich dem Druck. Eine Frau, die diesen Todesmut aufbrachte, ist Emma Hilario, ehemalige Präsidentin des Dachverbands der Volksküchen. Sie überlebte drei Attentate von Sendero Luminoso, das letzte mit Kugeln im Körper und einem zerschmetterten Arm, ehe sie vor kurzem ins Exil ging.

Eine weitere war Maria Elena Moyano. Schon nach dem Mord an Juana López hatte sie eine große Protestdemonstration von zehntausenden von Frauen mitorganisiert. Am Tag ihres Todes war sie ebenfalls dabei, die Frauen und die Bevölkerung von Villa El Salvador gegen einen von Sendero so genannten, zwangsverordneten „bewaffneten Streik" zu verteidigen. Und trotz permanenter persönlicher Drohungen hatte sie öffentlich aufgerufen, diesen ohne jede Konsultation des Volkes verhängten anmaßenden Befehl des „Sendero Luminoso" zu mißachten. Während einer Versammlung mit Frauen wurde sie am 15. Februar in Gegenwart ihrer eigenen Kinder umgebracht. Im Namen des Volkes. Im Namen des Volkskriegs.

Von einer Freundin und Mitarbeiterin Maria Elena Moyanos erhielt die Perugruppe einen Brief. Darin heißt es u.a.: „Wir bestehen auf unserem Glauben, daß der Tod von Maria Elena nicht umsonst war. Wir bestehen auf unserem Glauben, daß Peru noch einen Ausweg hat und auch für seine Frauen und Männer jeden Alters, jeder Rasse und Klasse, einen Platz zum Leben hat. Die Frau hat heute eine politische Rolle in Peru wie nie zuvor: Als Bürgerin und Leiterin in Volksorganisationen, als Verteidigerin der Rechte der Frauen, im Kampf der Bevölkerung für ihr Überleben gegen die Krise, als Anwältin des Lebens und als Beschützerin der demokratischen Freiräume, deren Aufbau uns so viel gekostet hat. Wir haben Kraft, aber auch Angst. Angst vor dem mörderischen Wahnsinn von Sendero; Angst, unsere Freundinnen und Freunde zu verlieren; Angst, den unheilvollen Vormarsch von Sendero nicht aufhalten zu können; Angst, daß wir nicht wissen, wie wir uns dem Terror und der Verdummung entgegenstellen sollen. Der Mord an Maria Elena läßt uns unsere Schwäche und Verwundbarkeit auf schreckliche Weise spüren, aber er weckt in uns auch den Zorn und Widerstand, mit dem wir diese Ängste überwinden werden. Wir werden uns die Hoffnung nicht nehmen lassen, daß wir es schaffen werden, eine bessere Zukunft zu gestalten."

GILLES KEPEL

Der lange Marsch der Islamisten

Zwischen der iranischen Revolution im Jahre 1979 und dem Sieg der algerischen Islamischen Heilsfront Anfang dieses Jahres ist der Re-Islamisierungsbewegung vom Nahen Osten bis zum Maghreb ein spektakulärer Durchbruch gelungen. Es wäre jedoch falsch, sich diese Entwicklung als eine unaufhaltsame Welle vorzustellen, die einem einzigen Ziel gehorchte und, unabhängig von den jeweiligen Umständen, sich nach den gleichen Regeln vollzöge.

Bis in die Mitte der 80er Jahre hat es islamistische Gruppen gegeben, die versuchten, die Macht im Staat zu erringen, um danach eine Re-Islamisierung ,,von oben" durchführen zu können, so wie es ihnen die iranische Revolution vorexerziert hatte. In jüngster Zeit wurde eine andere Strategie dominierend, die darin bestand, den Alltag zu durchdringen und das soziale Terrain, die zivile Gesellschaft ,,von unten" her zu erobern, bis die Staatsgewalt ihnen wie eine überreife Frucht in den Schoß fallen würde. Diesen Weg ist die Islamische Heilsfront in Algerien gegangen. Beides: der erstaunliche Anhang bei den Massen wie die Schwierigkeit, die Macht im Staate tatsächlich zu ergreifen, folgt aus dieser Strategie.

Die Lage der FIS in Algerien erinnert in mancher Hinsicht an das Dilemma, dem sich die Moslembrüder in Ägypten, jener Bewegung also, die für alle anderen zeitgenössischen Re-Islamisierungsbewegungen das Muster abgibt, nach dem II. Weltkrieg gegenübersahen. Das Ziel der Moslembrüder war von Anfang ihrer Gründung an durch den Lehrer Hassan al-Bana im Jahre 1928 die Errichtung eines islamischen Staates. Sie waren außerordentlich aktiv im sozialen Bereich, bauten ein dichtes karitatives Netz von Schulen und Polykliniken auf, deren Klientel ein ausgezeichnetes Rekrutierungsreservoir für ihre politische Arbeit darstellte. Trotz ihrer Massenbasis (sie zählten Ende der vierziger Jahre Millionen Mitglieder und Sympathisanten) besaßen die Moslembrüder, obwohl sie über Milizen und andere paramilitärische Verbände verfügten, kein klares Konzept für die Machtübernahme im Staat. Der Putsch der freien Offiziere im Juli 1952, der schließlich Nasser an die Spitze des Staates brachte, wurde von den Moslembrüdern bejubelt. Nasser aber sah in ihnen seine größten Rivalen, liquidierte die Bewegung, indem er ihre Führer und Aktivisten hinrichtete, einsperrte oder ins Exil zwang.

Das Scheitern dieser Massenbewegung rief bei ihren Anhängern eine große Verunsicherung hervor. Bis zu den 60er Jahren zwangen die in der Zeit nach der Unabhängigkeit über eine solide Machtbasis verfügenden Staaten die Moslembrüder in den Untergrund. Bei denjenigen ihrer Anhänger, die den Kampf für die Re-Islamisierung fortsetzen wollten, bildeten sich zwei verschiedene Ansichten über die zu befolgende Strategie heraus:

Die einen bevorzugten eine Strategie, die darin bestand, alle Energien für eine Machtergreifung innerhalb kürzester Frist einzusetzen, damit man nicht abermals einer unerbitterlichen Repression zu erliegen drohte. Ihr Vordenker war der 1966 auf Nassers Befehl gehängte Sayyid Qutb; halbklandestine paramilitärische Verbände wurden gebildet. Zu den aufsehenerregendsten Handlungen solcher Gruppen gehören die Ermordung Sadats 1981, die Erhebung in der syrischen Stadt Hama 1982 und die Übergriffe der ,,Buyali-Bande" Mitte der 80er Jahre in Algerien sowie diverse andere Aktionen mit putschistischem oder aufständischem Charakter in muslimischen Mittelmeerländern. Dieser Richtung galt der Aufbau einer Massenbasis durch soziale Basisarbeit als Zeitvergeudung, da sie den Machthabern die Gelegenheit böte, die Repression zu organisieren. Die Logik dieser Gruppen ist durchaus jener verwandt, die man vom europäischen Linksradikalismus kennt. Aber keine dieser Gruppen erreichte ihr Ziel.

In ihrer Bewunderung für die iranische Revolution übersahen diese Militanten, daß die Re-Islamisierungsbewegung im Iran, Archetypus einer Re-Islamisierung ,,von oben", deshalb erfolgreich war, weil es dort gelungen war, zwei unterschiedliche soziokulturelle Gruppen miteinander zu verbünden: die radikalisierten jungen islamistischen Intellektuellen einerseits und die von Chomeini geführte Fraktion des schiitischen Klerus andererseits.

Die junge Generation islamistischer Intellektueller beginnt sich Mitte der 70er Jahre zu bilden, und zwar in erster Linie unter Studenten der angewandten Wissenschaften: Ingenieure, Mediziner, Informatiker, Agronomen, denen nach Abschluß ihrer Studien nicht die erhoffte Eingliederung in die Gesellschaft gelingt, weil die Eliten an der Macht Ressourcen und Pfründen für

sich und ihre Angehörigen monopolisierten. Als Kinder der Landflucht und der demographischen Explosion sind sie noch ganz von der islamischen Tradition ihrer Familien durchdrungen. Die Denkkategorien der verwestlichten Intelligenz, die im Umkreis der politischen Macht lebt, ist ihnen fremd geblieben. Hingegen erscheint ihnen der politische Re-Islamisierungsdiskurs in Ali Schariatis oder Sayyid Qutbs Werken als Träger eines mit der etablierten Ordnung brechenden Projektes, das zu einer gerechteren Gesellschaft führen wird, in der sie ihren Platz werden einnehmen können. Diese ,,islamistischen Ingenieure", die seit den 70er Jahren die aktiven Kader der Bewegung stellen, verbünden sich im Iran mit dem Teil des hinter Chomeini stehenden schiitischen Klerus.

In der arabischen Welt dagegen hegen die gleichen ,,islamistischen Ingenieure" eine regelrechte Aversion gegen die *Ulama*, die islamischen Rechtsgelehrten, denen sie pauschal vorwerfen, sich an die etablierte Macht verkauft zu haben. Als sich eine radikale Gruppe 1981 für die Ermordung Sadats auf ein Manifest eines Elektroingenieurs beruft, der auf seine Art und Weise die heiligen Texte auslegt, sprechen die *Ulama* letzterem das Recht, im Namen Gottes zu reden, mit der Begründung ab, seine Ausbildung als Ingenieur berechtige ihn nicht, sich über Koran und Sunna zu verbreiten. Diese Feindschaft der islamischen Rechtsgelehrten gegenüber den ,,islamistischen Ingenieuren" schneidet diese von den Massen ab, die im Iran dem Aufruf der Mullahs zur Revolution folgten. Dieses Scheitern ließ das Pendel der Re-Islamisierungsstrategien wieder zu einer ,,Strategie von unten her", d.h. zu einer Bearbeitung des sozialen Raums zurückschwingen.

Seit der Mitte der 80er Jahre ist diese Tendenz dominierend. Allerdings beschränkt sich diese Basisarbeit in den Stadtvierteln, an den Universitäten oder in den Slums nicht auf eine um politische Klienten werbende Karitas. Sie wendet sich an jede Person in sämtlichen Aspekten ihres Alltags, damit sie in Denken, Verhalten, angeprangerten Verhalten des sozialen Umfeldes vollzieht. Diese Bewegung baut Solidaritätsnetzwerke innerhalb der Gemeinschaft der *wahren Gläubigen* auf, die *in vivo* die *dula islamyya*, den islamischen Staat von morgen abbilden.

Diese Form des Eiferertums greift über die Tradition der Moslembrüder hinaus auf eine 1927 in Indien ins Leben gerufene pietistische Bewegung, die *dschamat al-tabligh* (,,Vereinigung für die Verbreitung des Glaubens") zurück, die heute die mitgliederstärkste Re-Islamisierungsbewegung in der ganzen Welt ist. Die tabligh wendet sich von der konflikt- und kompromißträchtigen Politik ab und vertritt die Ansicht, daß jeder Muslim in seinem privaten alltäglichen Verhalten das Beispiel Muhammeds nachleben soll, wie dies in den *hadiths*, der Sammlung seiner Worte und seines Tuns, überliefert ist. Und zwar bedeutet dies: man hat sich so zu kleiden wie er; den Bart so wachsen zu lassen wie er; sich wie er schlafen zu legen, d.h. auf dem Boden, nach Mekka gewandt, auf der Seite liegend; diese oder jene Gottesbeschwörung zu sprechen, die er sprach, als er auf dem Kamel saß, wenn man heute mit Bus oder Zug reist. Die Bedeutung dieses den Alltag einzwängenden Verhaltens liegt zunächst darin, daß sie eine Ablehnungspraxis gegenüber den im gesamtgesellschaftlichen Kontext vorherrschenden ,,verirrten" Sitten und Bräuchen begründen, die als zerstörend für die muslimische Identität betrachtet werden. Gleichzeitig werden diese individuell re-islamisierten Gläubigen im Schoße der Gläubigergemeinde resozialisiert.

Schutz vor dem Tempo der Modernisierung

Die Tatsache, in einer Umgebung, nl. Indien, entstanden zu sein, in der die Muslime gegenüber der überwältigenden Masse der Hindus deutlich in der Minderheit waren, trägt einiges zur Erklärung des weltweit großen Erfolges der *dschamat al-tabligh* bei. Mehr noch als in dieser entstehungsgeschichtlichen Ursache ist dieser Erfolg in ihrer Funktion als Zufluchtsort gegen die Verwerfungen der Modernisierung zu sehen: Sie bietet all denjenigen Schutz, die befürchten, bei dem rasanten Tempo der Modernisierung auf der Strecke zu bleiben, eine Modernisierung, die sie als Fremdkörper betrachtet, als destabilisierend, als anomisch, als Vernichtungsschlacht gegen die traditionellen Sinngebungen, ohne alternative Werte an deren Stelle setzen zu können. Deshalb hat die tabligh in den beiden letzten Jahrzehnten sehr starken Zuspruch unter den in Westeuropa seßhaft gewordenen muslimischen Bevölkerungsgruppen gewinnen können, dort also, wo die kulturelle Distanz am schwierigsten zu überbrücken war.

Aber sie hat zum Beispiel auch großen Anhang in einem Land wie Algerien, wo der eingeleitete Modernisierungsprozeß zerstörerische soziale Umwälzungen wie etwa jene Konstellation von ländlichem Exodus und Bevölkerungsexplosion hervorgerufen hat, die zu der deprimierenden Entwicklung maßlos überbevölkerter, verkommender Stadtzentren und überhandnehmender Vorortslums geführt hat. Diese Schlechtweggekommenen waren eine ideale Zielgruppe für die von der *tabligh* ins Werk gesetzte Re-Islamisierung ,,von unten".

Ein Großteil derer, die heute für die Errichtung eines islamischen Staates eifern, sind aus der *tabligh* gekommen, der sie sich im Allgemeinen in dem Augenblick zugewandt haben, als sich in ihrer persönlichen Lebensgeschichte der Bruch mit einem *früheren Leben* vollzog, das nachträglich als unfromm stigmatisiert wurde. Den engagiertesten oder ehrgeizigsten unter ihnen stellten sich dann allerdings die Perspektiven der *tabligh* als zweischneidig dar.

Es entging ihnen nicht, daß diese kommunitäre Islamisierung letztlich der verhaßten etablierten Macht bestens ins Konzept paßte: indem die islamistischen Kader ihre Versorgungsnetzwerke in den Vierteln aufbauten, übernahmen sie damit die Verantwortung für jene Leute, die zu den größten Opfern der gesellschaftlichen Entwicklung gehörten und ermöglichten es ihnen, sich halbwegs zufrieden in einer unerträglichen Situation einzurichten, was wiederum ihren Willen zur Rebellion, ihr revolutionäres Potential zur Beseitigung des *unfrommen Staates* minderte. Tatsächlich verfolgten die Staaten vom Nahem Osten bis zum Maghreb anfangs die Aktivitäten der *tabligh* mit Wohlwollen, da sie in dieser Bewegung, die sich bemühte, ihre Anhänger in *Betmaschinen* zuverwandeln und sie damit aus dem politischen Feld entfernte, eine Gegenkraft zum Druck des revolutionären Islamismus erblickten.

Die FIS hat es sehr geschickt verstanden, die Re-Islamisierung der Gesellschaft auf das Ziel eines islamischen Staates hinzulenken. Die Tatsache, daß in Algerien das islamische Terrain institutionell schier herrenlos war, hat es ihr erleichtert, nahezu konkurrenzlos die Vorherrschaft über den religiösen Diskurs zu gewinnen. Es kann daher nicht verwundern, daß die Re-Islamisierung *von unten* in Marokka und Ägypten mit ihren zahlreichen, in der Bevölkerung auch wirklich Gehör findenden und zur Vorsicht und zum Konservatismus neigenden *ulamas* bislang zu keiner solchen massiven und offenen Ablehnung des herrschenden Regime übergegangen ist.

Die in dem hohen Wahlsieg der FIS beim ersten Wahlgang am 26. Dezember des Vorjahres zum Ausdruck gekommene bemerkenswerte Verwurzelung in der Bevölkerung bedeutet jedoch nicht unbedingt, daß diese Bewegung auch über die konkreten Mittel zur Ergreifung der politischen Macht verfügt.

Ihre Zusammensetzung aus unterschiedlichen Strömungen — weshalb sie eine Front und keine Partei nach leninistischem Muster ist — bedeutet einen ersten Schwachpunkt, den die militärischen Machthaber in Algier sich zu nutze machen dürften, um die Widersprüche zwischen den Richtungen zu schüren, wie sie einerseits von Ali Belhayj und andererseits von Abdelkader Haschani verkörpert werden. Und vor allem bleibt die Frage, ob die Millionen FIS-Wähler, die durch die ,,Re-Islamisierung von unten" für die Sache gewonnen werden konnten, angesichts einer im Kampf gegen sie zu allem entschlossenen Staatsmacht, bereit sein werden, den Sprung zur aufständischen Aktion zu wagen?

Wenn auch, absolut gesehen, die Zeit für die FIS arbeitet, ist der Präzedenzfall der ägyptischen Moslembrüder da, um uns daran zu erinnern, daß schon einmal eine islamistische Massenbewegung von einem Militär zerschlagen wurde. ■

aus: Libération vom 22. Januar 1992
Übersetzung: Bob Detobel

LUDWIG MEHLHORN

„Landschaften der Lüge“

Dimensionen der Schuld — Zur Kontinuität deutscher Tätergeschichte

22./23. Februar 1992 fand in der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg ein Seminar zur Stasi-Aufarbeitung unter dem Titel „Mit der Wahrheit leben — Zum Umgang mit den Stasi-Akten“ unter der Leitung von Ulrike Poppe statt. Wie gehen die Deutschen mit ihrer Vergangenheit um, wie können Täter und Opfer miteinander in einer neuen Gesellschaft leben? Wie kann verhindert werden, daß die Stasi-Geschichte nicht zur Kettenreaktion von Denunziationen verkommt, sondern stattdessen zu einer Analyse des repressiven Systems wird? — Mit diesen Fragen setzte man sich in Ostberlin — hauptsächlich in bürgerbewegt-kirchlichem Kreis auseinander. Ludwig Mehlhorn, Gründungsmitglied der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ hielt auf diesem Seminar einen Vortrag über die „Dimensionen der Schuld“, den wir hier leicht gekürzt veröffentlichen.

„Wir müssen uns in Deutschland miteinander geistig zurechtfinden. Wir haben noch nicht den gemeinsamen Boden. Wir suchen zusammenzukommen. (...) Wir müssen die Bereitschaft zum Nachdenken wiederherstellen. Dazu gehört, daß wir uns nicht berauschen in Gefühlen des Stolzes, der Verzweiflung, der Empörung, des Trotzes, der Rache, der Verachtung, sondern daß wir diese Gefühle auf Eis legen und sehen, was wirklich ist.

Runde zwei Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur lesen sich diese Sätze, als seien sie heute geschrieben. Das Zitat ist aber fast ein halbes Jahrhundert älter, was beweist, daß wir ähnliche Geisteszustände schon öfter durchlebten. Es stammt aus der „Einleitung zur Vorlesungsreihe über die geistige Situation in Deutschland“, die Karl Jaspers im Wintersemester 1945/46 hielt und unter dem Titel „Die Schuldfrage — Von der politischen Haftung Deutschlands“ veröffentlichte.

Karl Jaspers war sich darüber im klaren, daß es lebenswichtig ist, mit den vergangenen Jahren ins Reine zu kommen. Jeder einzelne hatte seine je eigene Verantwortung für das, was geschehen war, zu prüfen und zu klären. Jaspers hält keine akademische Vorlesung im üblichen Sinn. Er öffnet vielmehr für seine Hörerschaft den Raum eines gemeinsamen Nachdenkens, das zum gemeinsamen Sprechen führt: „In solchem Sprechen ist keiner des anderen Richter, jeder ist zugleich Angeklagter und Richter. All die Jahre haben wir das Verächtlichmachen anderer Menschen mit angehört. Das wollen wir nicht fortsetzen.“ Jaspers zielt auf die Schärfung der unterschiedlichen Urteilsfähigkeit: „Die Erörterungen der Schuldfrage leiden an der Vermischung von Begriffen und Gesichtspunkten.“

Auch heute leiden wir an einer ähnlichen Verwirrung der Begriffe. Die aktuelle Debatte über Schuld und Verantwortung ist keine Ausflucht, die von den Aufgaben der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft ablenkt. Sie läßt sich ohne weiteres mit den Worten von Jaspers charakterisieren — so viele Menschen „suchen nur Schlagworte und Gehorsam. Sie fragen nicht, sie antworten nicht, außer durch Wiederholung eingelernter Redensarten.“

Niemand solle den ersten Stein werfen, sagen die einen und wollen mit der Autorität eines Bibelzitats doch nur Maulkörbe ver-

Im Mittelpunkt steht der Mensch. *aus: telegraph, Dezember 1991*

passen. Täter und Opfer sind präzise unterscheidbar, antworten die andern und schlagen sich auf die Seite der Unschuldigen. Andere wieder beschreiben im Bemühen um Differenzierung das Grau zwischen dieser Schwarz-Weiß-Dichotomie mit Begriffen wie ,,Opfertäter" und ,,Täteropfer".

Viele Westdeutsche — von denen wir übrigens irrtümlich annehmen, sie wollten in ihrer Mehrheit den Osten ,,plattmachen" und seiner Hoffnungsträger berauben — sehen mit der Öffnung der Stasi-Archive den Rechtsstaat bedroht, erklären das Problem zu einer ostdeutschen Angelegenheit und fürchten doch nur, ein paar kritische Nachfragen könnten die verinnerlichten Denkfiguren ihrer politischen Philosophie beschädigen. Die gewohnten und deshalb bequemen Frontlinien, wie sie sich über die Stationen Ostpolitik, Friedensbewegung, Historikerstreit herausbildeten, könnten durch den Blick in die Abgründe neuerlicher totalitärer Hybris auf deutschem Boden immerhin in Bewegung geraten.

Die Auseinandersetzung über den Umgang mit den Stasi-Akten gehört deshalb in den größeren Kontext einer fälligen Debatte über Schuld und Verantwortung, der sich niemand entziehen kann. Nur so werden wir auf Dauer das Recht auf diese Akten legitimieren und verteidigen können. Die Öffnung der Archive ist noch kaum in Gang gekommen, und schon regt sich Widerspruch. Der hessische Ministerpräsident rief nach dem Reißwolf und die Bundestagspräsidentin forderte eine Denkpause (welch doppelbödiger Begriff!). Heiner Geißler will die Behörde schließen, dessen Leiter von der PDS zum ,,Großinquisitor" ernannt wird. Jahrelang mußten Frieden, Stabilität und Entspannung herhalten, um die Unterdrükkung im Osten nicht ganz so ernst nehmen zu müssen. Nun ist es die Gefährdung des ,,inneren Friedens", die den Aufschwung im Osten bedroht. Noch gibt es keine Mehrheit für eine Änderung des Stasiunterlagengesetzes, wohl aber eine parteiübergreifende Koalition der Beschwichtiger, Vertuscher und Instrumentalisierer. Es liegt nahe zu fragen, woher diese gesamtdeutsche Angst vor der Wahrheit kommt.

Dimensionen der Schuld

Karl Jaspers' öffentliches Nachdenken im ersten Nachkriegsjahr hilft auch heute zur begrifflichen Klärung. Der geschichtliche Hintergrund seiner Meditationen ist die so ganz andere und doch vergleichbare, weil zur damaligen Zeit bedrückend nahe Periode der Naziherrschaft. Millionen Deutsche hatten Hitler in demokratischen Wahlen ihre Stimme gegeben, ,,Sieg heil" gebrüllt und waren ,,für Deutschland" in einen verbrecherischen Krieg gezogen.

Die Schuldfrage war unabweisbar. Jaspers unterscheidet kriminelle, politische, moralische und metaphysische Schuld, und er benennt die jeweiligen Instanzen für deren Sühne bzw. Aufarbeitung. ,,Die Differenzierung deutscher Schuld" — so lautet eine Zwischenüberschrift — wird nicht zuletzt deshalb vorgenommen, um die Kollektivschuld-These abzuwehren, die damals bei den Siegermächten und ehemaligen Feindstaaten Hochkonjunktur hatte. Dieses patriotische Moment scheint mir durchaus der Erwähnung wert, weil es auch heute seine Bedeutung hat — nämlich als dezenter Hinweis an jene Westdeutschen, die uns pauschal als Gesellschaft von Angepaßten und Spitzeln hinstellen, um daraus politisches und moralisches Kapital zu schlagen.

Kriminelle Schuld erwächst aus Verbrechen — ,,objektiv nachweisbaren Handlungen, die gegen eindeutige Gesetze verstoßen." Instanz ist das Gericht. 1946, ein Jahr nach dem Krieg war das insbesondere der Nürnberger Gerichtshof, der die Hauptkriegsverbrecher verurteilte.

Politische Schuld besteht ,,in den Handlungen der Staatsmänner und in der Staatsbürgerschaft eines Staates, infolge derer ich die Folgen der Handlungen dieses Staates tragen muß." Jaspers führt hier den Begriff der ,,politischen Haftung" ein und betont: ,,Es ist eines jeden Menschen Mitverantwortung, wie er regiert wird." Politische Haftung geschieht kollektiv. Instanz ist — damals — der ,,Wille des Siegers". Allen Deutschen wurde — ohne Unterschied, ob sie das Lager überlebt hatten oder aktive Parteigänger waren — das alliierte Besatzungsregime auferlegt.

Moralische Schuld hingegen bezieht sich immer auf den einzelnen Menschen, seine konkreten Handlungen und Unterlassungen. Sie ist individuell. Instanz ist das eigene Gewissen und die Kommunikation mit dem Freund. Moralische Verurteilung von anderen soll unterbleiben. Diese Dimension der Schuld kann nur durch kritische Selbstbefragung bewußt gemacht werden. Ich nenne zur Illustration Stichworte, an denen Jaspers moralische Schuld während der nationalsozialistischen Ära festmacht: ,,das Leben in der Maske"; das Leben nach dem Motto ,,Befehl ist Befehl" (und nicht erst die kriminelle und politische Schuld, die zuhauf daraus folgte); die ,,innere Angleichung und Abfindung" mit dem Nationalsozialismus" — wir würden sagen die Resignation, daß man nichts ändern kann; weiter: die ,,bequeme Selbsttäuschung", das System von innen heraus ändern zu können, der sich vor allem die Intellektuellen hingaben; unterlassene Hilfe für Bedrohte und Verfolgte; ,,die Blindheit für das Unheil der anderen, diese Phantasielosigkeit des Herzens, und die innere Unbetroffenheit von dem gesehenen Unheil"; schließlich ,,das Mitläufertum".

Metaphysische Schuld folgt daraus, daß es ,,eine Solidarität zwischen Menschen als Menschen" gibt, die einen jeden mitverantwortlich macht für alles Unrecht in der Welt, ,,daß irgendwo zwischen Menschen das Unbedingte gilt, nur gemeinsam oder gar nicht leben zu können". Weil wir aber an diesem Anspruch zwangsläufig scheitern — und zwar selbst dann, wenn wir moralisch einwandfrei handeln — sind wir im metaphyischen Sinne schuldig. Richtende Instanz ist allein Gott.

Soweit Karl Jaspers. Er wollte bewahren ,,vor der Flachheit des Schuldgeredes, in dem alles stufenlos auf eine Ebene gezogen wird." Zu welchen Einsichten könnten uns diese Unterscheidungen heute verhelfen? Zum letzten — der metaphysischen Schuld — gibt es nichts hinzuzufügen. Sie ist ohnehin nur für die Menschen relevant, die eine solche Dimension ihrer Existenz bejahen.

Politische Schuld und Verantwortlichkeit

Was kriminelle Schuld angeht, haben wir darauf zu bestehen, daß sie strafrechtlich verfolgt wird. ,,Das Recht in den Herzen der Menschen wieder aufrichten" war für Helmuth James von Moltke, den spiritus rector des Kreisauer Kreises, die zentrale Aufgabe nach der Niederlage des Nationalsozialismus. Wir werden heute das Recht nicht aufrichten, ohne daß kriminelle Handlungen insbesondere die sog. ,,Regierungskriminalität" und die von den Organen des Staates ausgegangene Gewalt ihren Richter findet. Schwierigkeiten mit der Beweislage dürfen nicht abschrecken. Nicht erst für die Aufdeckung politischer Schuldzusammenhänge ist die mit dem unglücklichen Wort ,,Tribunal" bezeichnete Idee nützlich. Wenn sich die Staatsanwaltschaften schwertun, hat Ermittlung von Straftaten und die Enttarnung von Tätern ihren guten Sinn genauso wie ihn das Simon-Wiesenthal-Zentrum hatte und hat. Warum hat zum Beispiel noch kein inoffizieller Mitarbeiter, der zur Zusammenarbeit mit dem MfS erpreßt wurde, seinen Führungsoffizier angezeigt?

Mehr noch muß politische Schuld und Verantwortlichkeit benannt werden. Was ist von der politischen Macht der DDR ausgegangen — sowohl nach innen gegenüber den eigenen Bürgern als auch — was wir häufig vergessen — nach außen? Die Errichtung der Diktatur ohne demokratische Legitimation, die Niederschlagung des 17. Juni, der Mauerbau, die gewaltsame Intervention in der Tschecheslowakei, die Vertreibung der Schriftsteller, aber auch der Aufbau der Staatssicherheit in afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, die Waffenlieferungen in den Irak, die Unterstützung des Terrorismus. Bei der Frage nach politischer Schuld handelt es sich um den Großteil der politischen Geschichte der DDR.

Abgesehen von einzelnen politisch schuldhaften Handlungen machen die Stasi-Akten einen weiteren Umstand deutlich. Das DDR-Regime ist weder in den kriminellen Handlungen seiner regierenden Exponenten noch in den politischen Auswirkungen des staatlichen Handelns mit der Nazi-Diktatur auf eine Stufe zu stellen. Wir haben kein reales Auschwitz zu beklagen. Auschwitz als Verbrechen an einem ganz bestimmten Ort zu einer ganz bestimmten Zeit ist und bleibt

singulär. Als Jürgen Fuchs, konfrontiert mit dem Material in den Akten, das Diktum vom ,,Auschwitz in den Seelen" prägte, brachte ihm das den harschen Protest des liberalen Feuilletons ein. Aber gerade wegen der Einzigartigkeit und Eindeutigkeit von Auschwitz als geschichtlichem Ereignis dürfen, ja müssen wir den Begriff auf der Täterebene verwenden. Die ,,LTI", die von Victor Klemperer analysierte Sprache des Dritten Reiches, in der das Verbrechen konzipiert, organisiert, verharmlost und verschleiert wurde, hat in der Sprache der Akten eine Fortsetzung gefunden. Es ist wiederum eine Sprache der Verachtung. Auch darin besteht die Kontinuität der deutschen Tätergeschichte.

Als Instanz für politische Schuld nannte Jaspers bezüglich der nationalsozialistischen Epoche ,,Gewalt und Wille der Sieger". Wer sind heute die Sieger? Läßt sich ein Analogon zu den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition denken? Die Westdeutschen sind es nicht, obwohl sich manche als ,,Sieger der Geschichte" gebärden. Doch die Siegerpose — wir spüren es deutlich — ist durch und durch falsch. Politisch haben sie keineswegs mehr als wir selbst zum Ende der Diktatur beigetragen. An diese Stelle im Jasperschen Raster gehören heute die allgemeinen Menschenrechte und die politischen Grundfreiheiten. an dieser Instanz muß sich politische Schuld der Vergangenheit und politisches Handeln heute messen lassen.

Die Haftung für politische Schuld der Vergangenheit fällt freilich uns allen zu, unabhängig vom konkret zumeßbaren Schuldanteil des einzelnen. Hier gibt es keine individuelle Gerechtigkeit. Deshalb haften wir alle gemeinsam für ruinierte Betriebe, verseuchte Landschaften und verschwundene Milliardenbeträge aus Schalcks Koko-Konzern. Wir haften auch für das Mißtrauen bei unseren Nachbarvölkern in unsere Fähigkeit zur Demokratie. Wir haften für die Verwirrung in den Köpfen eines Teils der Jugend, die ihrer Frustration in gewaltsamen rassistischen Ausbrüchen Luft macht.

Kontinuität deutscher Mitläufergeschichte

Bei der Frage nach der moralischen Schuld helfen uns die Aufklärung konkreter politischer Vorgänge, insbesondere die Stasiakten, nur noch begrenzt weiter. Auf dieser Ebene muß jeder nach seinem eigenen Versagen fragen. Im vorauseilenden Gehorsam und freiwilliger Unterwerfung manifestiert sich die Kontinuität einer deutschen Mitläufergeschichte. Moralisch waren wir, die Gesellschaft der DDR, nämlich nicht besser als die Gesellschaft unserer Eltern und Großeltern. Dies einzugestehen, gibt uns gleichzeitig die Möglichkeit, moralisierende Arroganz abzuwehren, insbesondere dann, wenn sie von Außenstehenden herangetragen wird, die unsere Prüfungen nicht zu bestehen hatten. Ich weise auf Ralph Giordano hin, der in seinem Buch über die gesamtdeutsch gescheiterte Entnazifizierung feststellte: *,,Die Deutschen haben noch nicht gelernt, daß sie sich nicht nur für ihre Befehle verantworten müssen, sondern auch für ihren Gehorsam."* Dieses zwanghafte Sich-Anpassen an die gerade herrschenden Umstände, dieser moralische Relativismus ist keineswegs nur unser ostdeutsches Problem.

In der Dimension moralischer Schuld spricht jeder von sich — ich von mir und wir von uns. Genau an dieser Stelle — und selbstverständlich nur an dieser — wäre ich deshalb bereit, auch von der Schuld der Opposition in DDR zu sprechen. Wir müssen kriminelle und politische Schuld weiter thematisieren, dann aber auch — unter uns — irgendwann einmal bis zu dieser Ebene vorstoßen. Moralische Schuld der Nichtangepaßten, die sich dem Zugriff der Macht auf den Geist verweigerten, Autonomie und Würde der Person verteidigten — was für ein großes Thema! Auch der Rückzug in die innere Emigration und in die Nischen der unbedrohten Freiheit, die unvermeidlichen kleinen Kompromisse aus Angst können schuldhaft sein, auch der Ausreiseantrag. Wir können gelassen darüber sprechen. An den Unterscheidungen von Karl Jaspers zerschellt das demagogische und beleidigende Gerede, wir seien alle ,,Opfer und Täter zugleich".

Die Komplexität von biographischen und politischen Zusammenhängen erlaubt es natürlich nicht, Schuld stets eindeutig unter einem der vier Jasperschen Begriffe zu subsumieren. Bei der Verfolgung von Regierungskriminalität ist nicht leicht zu unterscheiden, wo politische Verantwortungslosigkeit und Machtbesessenheit kriminelle Züge annimmt. Diese Schwierigkeit springt bei der täglichen Zeitungslektüre ins Auge — ich nenne nur die Stichworte Mauerschützenprozeß, Schalck-Golodkowski, Wahlfälscherprozeß gegen Wolfgang Berghofer, Honecker-Anklage, Mielke-Prozeß.

Ebenso gibt es zwischen moralischem Versagen vieler einzelner und politischer Schuld gesellschaftlich relevanter Gruppen und Milieus fließende Übergänge.

An dieser Stelle ist es sicher erlaubt, auch an die Westdeutschen, zumal die Linke, kritische Fragen zu richten. Warum habt Ihr den alltäglichen, den geistigen Terror im Osten nicht sehen wollen und bis zuletzt festgehalten an sozialistisch-utopischen Vorstellungen, die mit der Wirklichkeit schon lange nichts mehr zu tun hatten? Warum war (ist) euch das abstrakte ideologische System wichtiger als die Lebenswirklichkeit der Menschen? Wie konnte es geschehen, daß ihr mitgeholfen habt, durch das Paktieren mit den Herrschenden im Ostblock Werte wie ,,Solidarität" und ,,Frieden" fast völlig ihres Inhalts zu entleeren? Warum schlägt uns manchmal immer noch das Ressentiment entgegen, wir hätten durch die Abwicklung der DDR und die deutsche Einheit die zivile, multikulturelle Toleranz der guten alten Bundesrepublik aufs Spiel gesetzt? Was sind das postmoderne westliche Lebensgefühl und eine linkselitäre Diskussionskultur wert, wenn sie den ,,Schutz" der Mauer brauchen? Solche Fragen zu stellen, hat nichts mit billigen Schuldzuweisungen zu tun. Sie gehören indessen auf die Tagesordnung des deutsch-deutschen Dialogs derer, die mit dem gemeinsamen Deutschland noch einige andere Erwartungen verbinden als zusätzliche Steuerbelastungen im Westen oder die ,,Angleichung der Lebensverhältnisse" im Osten.

Szczypiorskis Kritik an der Stasi-Aufarbeitung

Nicht nur bei uns, auch im Ausland wird der Sinn unserer Beschäftigung mit den Stasi-Akten nicht selten mißverstanden. Für den polnischen Autor Andrzej Szcypiorski ist sie ein ,,Zeichen des deutschen Masochismus", ,,eine geistige Krankheit". Er erklärte in der ,,Süddeutschen Zeitung", diese ,,riesige Dummheit" führe dazu, daß ,,die Stasi sich jetzt zur höchsten politischen und moralischen Instanz für die deutsche Gesellschaft" entwickelt. Diese Beschäftigung sei ,,ein polizeilicher Weg", der ,,das geistige Leben des Volkes zerstört". Sie lenke von der Hauptfrage ab: ,,Wie hat sich das deutsche Volk gegenüber der totalitären Herausforderung benommen? (...) Wie sehen die geistigen Landschaften dieses Volkes aus? Das ist die Herausforderung durch die Geschichte, der Stoff für die deutsche Kultur."

Ich teile diese Sicht nicht. Szczypiorski hat bei anderer Gelegenheit erklärt, im Osten Europas sei ,,politisch niemand im Stande der Unschuld einer Jungfrau". Er, der Häftling des KZ Sachsenhausen, hat sich in seinen Büchern über diese Zeit differenziert mit den Fragen nach Schuld und Verantwortung, Verrat und Treue, mit dem Dilemma von Grenzsituationen auseinandergesetzt. Es sind wichtige Bücher, voll von menschlicher Tragik, in denen Deutsche nicht nur als Teufel, Polen und Juden nicht nur als Unschuldslämmer gezeichnet sind. Seine Warnungen für den Umgang mit den Stasi-Akten dürften indessen in Deutschland nicht nur von denen eifrig zitiert werden, die an seinen weiterführenden Fragen an uns interessiert sind, sondern auch von denen, die die Archive wieder schließen wollen.

Sich in diesem Sinne auf Szczypiorski zu berufen, heißt, grob zu verkennen, daß dessen polnischer Hintergrund — eine Kultur der Verweigerung, des Widerstands, der Selbstbehauptung — mit der deutschen Situation nicht vergleichbar ist. Wir finden in den Akten ja gerade unsere geistigen Landschaften, eben die ,,Landschaften der Lüge", die wir ohne sezierende Analyse nicht werden verlassen können. Szczypiorski würde allerdings recht behalten, wenn wir die Stasi-Akten nicht vor allem dazu benutzen, Anworten auf seine Fragen zu suchen. ■

Ludwig Mehlhorn ist heute Mitarbeiter der Ev. Akademie in Berlin Brandenburg.

MEINHARD CREYDT

Diners ,,Krieg um die Erinnerung‘‘

Was man ,,postsozialistisch‘‘ über den Golfkrieg und die ‚Linke‘ denken soll

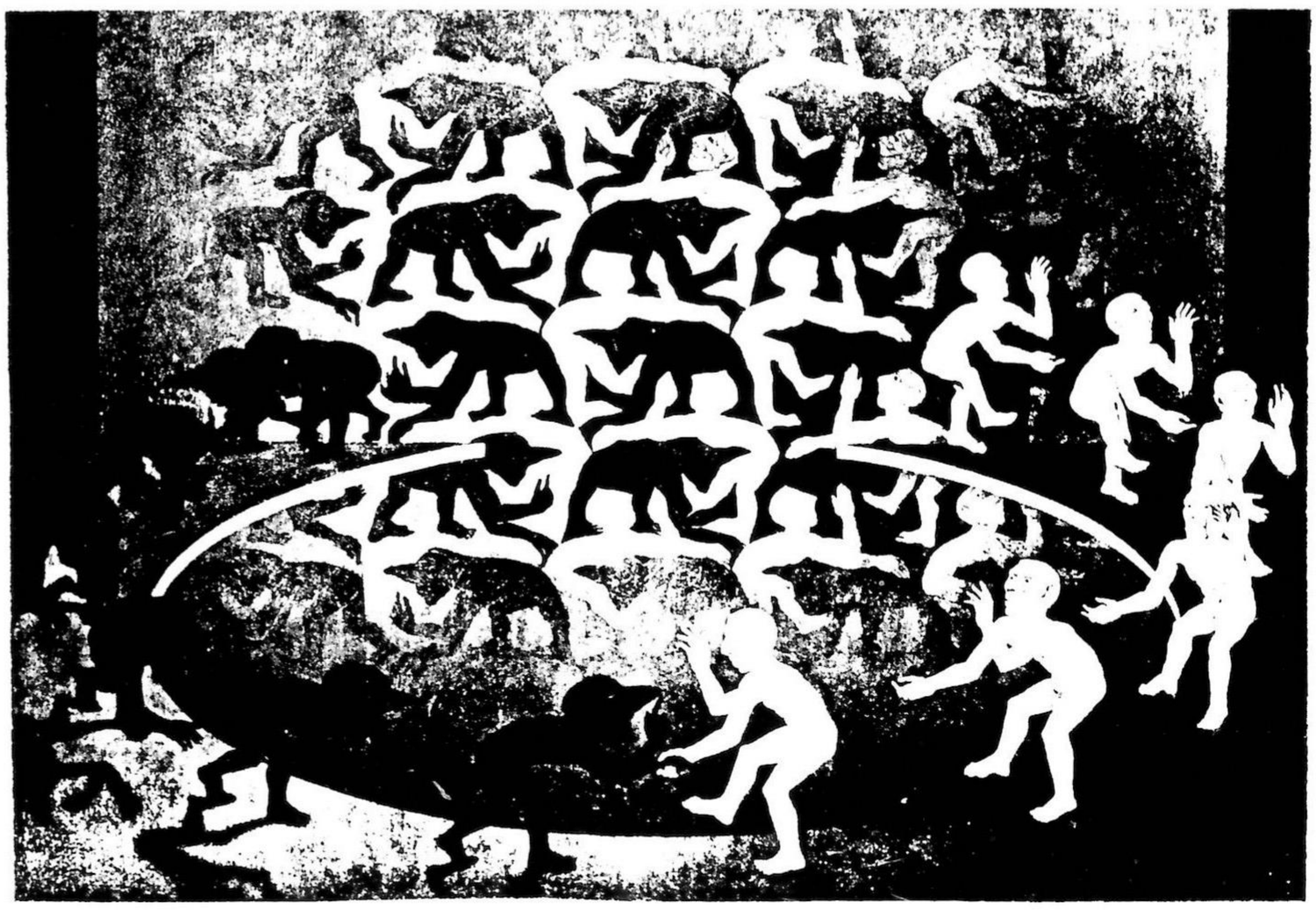
In der bundesdeutschen Diskussion um den Golfkrieg zeigte sich, wie stark inzwischen die ehemalige Neue Linke in sich zerfallen ist. Die medienwirksame Polarisierung in Bellizisten und Pazifisten hatte ihren realen Grund dabei vor allem in den völlig unterschiedlichen theoretischen und politischen Kategoriensystemen, mit denen die Ereignisse beurteilt wurden. Der folgende Beitrag kritisiert anhand des letzten Buches von Dan Diner die darin vertretene selektive Thematisierung des Krieges, die nicht nur auf Nationalstaaten und das Völkerrecht fixiert bleibt, sondern auch die Opposition gegen den Krieg mit zweifelhaften Unterstellungen denunziert.

Die unerwartet breite und heftige intellektuelle Befürwortung des Krieges gegen den Irak hat mit Dan Diners Essay ‚Der Krieg der Erinnerungen‘ (Berlin 1991) eine argumentative Bekräftigung, Verallgemeinerung und Erweiterung erfahren. Die Auseinandersetzung mit ihr hilft bei der Klärung der am Golfkrieg zutagegetretenen Unversöhnlichkeiten. Diner versucht v.a. in den ersten drei der insgesamt fünf Abschnitte eine ,,Kritik an den Bewußtseinsformen, die während des Golfkrieges in Deutschland virulent geworden sind‘‘ (8). Der vierte und fünfte Teil beschäftigen sich mit dem Verhältnis zwischen ,,Orient und Westen‘‘ bzw. dem zwischen ,,Israel und den Arabern‘‘. Sie sollen hier nicht Gegenstand sein.

Mit dem Zerfall des Ost-West-Gegensatzes und den Konflikten um neue Grenzziehungen im Osten befürchtet Diner eine Renaissance der ,,Annexion‘‘. Sie stelle im Vergleich zur westlicherseits üblichen Einflußnahme per ,,Intervention‘‘ einen barbarischen Rückfall dar. Diner versteht den 2. Golfkrieg als das legitimerweise statuierte Exempel, das den Anfängen wehren soll. Im zweiten und dritten Abschnitt vertritt Diner die These, der bundesrepublikanische Protest gegen den Golfkrieg schätze das Völkerrecht und die Errungenschaft der territorialen Integrität gering und sei allein aus der besonderen deutschen Geschichte verständlich.

Wenn Jugoslawien zersplittert und die ehemalige Sowjetunion nachfolgt, so legen ,,ordnungspolitisch‘‘ solche Konflikte ,,die universell legitimierte Intervention der Weltgemeinschaft nahe‘‘, damit das Gröbste abgewendet werden könne. Welche Vorstellungen er davon hat, darüber bleibt Diner dem Leser die Auskunft schuldig. Besonders würde auch in Bezug auf die aktuelle Diskussion um den möglichen internationalen Einsatz der Bundeswehr interessieren, wie gegenüber einer von Diner kritisierten prinzipiellen pazifistischen Ohne-mich-Haltung Diners Mit-mir-Haltung aussehen kann.

Wer so prinzipiell den Golfkrieg meint legitimieren zu können, wie Diner, muß den Beweis antreten, es habe sich nicht bloß um eine ad-hoc-Legitimation gehandelt, sondern um Verallgemeinerungsfähiges: Wie soll aber ausgerechnet das Völkerrecht vermitteln können zwischen gleichen, aber nicht auf einer Ebene liegenden Rechten, beispielsweise zwischen Serbien, das eine territoriale Veränderung nach ethnischen Gesichtspunkten anstrebt und Kroatien, das auf dem status quo besteht und sich auf die ‚administrativen‘ Grenzen beruft, die — so die Idee bei der Staatsgründung — die Völker gerade nicht trennen sollte. Warum gilt die Berufung auf das Territorialprinzip (Forderung Kroatiens nach Selbstbestimmung auf kroatischem Gebiet, also auch über die in ihm lebenden Serben) als richtig,



M.C. Escher: Begegnung, Lithographie, 1944

die gleiche Position der Serben gegenüber den Albanern in Kosovo als verwerflich? Mit dem Völkerrecht jedenfalls ist dem durch die (Selbst-)Ethnisierung inganggesetzten unendlichen Prozeß von Trennungen und Gegensätzen nicht Einhalt zu gebieten. ,,Jede Gruppe, die sich religiös, sprachlich, ethnisch oder wie sonst immer von anderen unterscheiden will und dies in territorialen Grenzen zu fixieren versucht, schafft notwendig Minderheiten innerhalb dieser Grenzen. Die Minderheit ist der ungewollte Zwilling der kollektiven Identität in Staaten. Je heftiger auf dieser beharrt wird, desto rücksichtsloser ist die Unterdrückung des anderen.'' (Rolf Knieper, taz v. 25.6.91)

,Ordnungspolitisches' Stabilitätsdenken

Diner verwickelt sich in den Widerspruch, einerseits — in der GUS oder in Jugoslawien — Konflikte regeln zu wollen, in denen auf das Recht auf Selbstbestimmung von Völkern zurückgegriffen wird. Im Gegensatz dazu bemüht Diner für den Nahen Osten die ethnische und religiöse Heterogenität der Länder als Argument, den Kampf der Kurden für ihre Selbstbestimmung als destabilisierend anzusehen, erwecke er doch Begehrlichkeiten seitens der Türkei und des Iran, und drohe zu einer ,,Libanonisierung'' zu führen. In ähnlich staatsmännischer Logik hat Peter Scholl-Latour (Der Wahn vom Himmlischen Frieden, Berlin 1990) den Umgang mit den Protestierern auf dem ‚Platz des Himmlischen Friedens' als Maßnahme zur Wahrung politischer Stabilität und zur Abwehr kulturrevolutionsähnlicher Wirren gewürdigt. Auch Diner räumt ,,dem Prinzip der Stabilität Vorrang vor der Einwirkung auf die inneren Verhältnisse eines Gemeinwesens von außen her'' ein. Wenn Diner für den Erhalt des Irak eintritt, warum dann nicht auch für den Erhalt der SU?

Diners ,,ordnungspolitisches'' Stabilitätsdenken empfiehlt in juristischer Welt-Anschauung die friedlichen Verkehrsformen zwischen Staaten(!) als unhintergehbaren Problemhorizont.

Sind die Augen erst einmal so verbunden wie bei Justitia, dann braucht Diner in seiner juristischen und nicht sozialen Herangehensweise auch kein Wort zu verlieren über den internationalen Kontext von ethnischen und nationalen Konflikten, geriete er so doch in die Verlegenheit, auch über die weltweite Produktion und Aneignung von Reichtum sprechen zu müssen. Ebensowenig taucht in Diners Text diese Welt-Ordnung als Bedingung dafür auf, daß die Diktatoren zu kurzgekommener Länder mittels unmittelbarer Gewalt Konkurrenznachteile mindern und intern Loyalität erzeugen wollen. Im Blick auf die Katastrophe der ,,Annexion'' möchte der Autor die Katastrophen der tagtäglich durch ,,Intervention'' abgesicherten Weltordnung als zweitrangig erscheinen lassen:

Die zivilisatorische Rolle des Rechts dort, wo sie eine ist, nicht geringzuschätzen, ist die eine Sache. Etwas anderes ist es aber, sich auf das Recht als Antwort zu fixieren und damit die Frage nach der dem Weltmarkt eingebauten Gewalt nicht mehr stellen zu brauchen. Gegen sie gibt es keine Rechtsansprüche — nicht einmal auf Überleben. Unter dem Blickwinkel des Leids und Elends von Menschen ist nicht einzusehen, warum die Schädigungen, die ihnen unter Mißachtung des Rechts zugefügt werden, stärker empören sollen als Folgen der im Rahmen von Recht und Gesetz gegen sie durchgesetzten Interessen. Sinn macht Diners Unterscheidung schon, allerdings anders als der Autor es wahrhaben möchte: ,,Die Marktmachterinteressen sind die Interessenten einer solchen Rechtsordnung. Bei formaler Freiheit der Benutzung durch alle (sind sie) doch tatsächlich nur den Besitzenden zugänglich und (nutzen) also im Erfolge deren und nur deren Autonomie und Machtstellung'' (Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft).

Saddam Husseins ‚Fehler' lag, wollte man Diners Intention konsequent folgen, u.a. in seinem Mangel an Ressourcen, die sich geeignet hätten für Pression, Destabilisierung und als ‚Motivierungshilfe', also dafür, Kuwait seinen Willen auch unterhalb der Schwelle der Annexion aufzuzwingen. Diese von den USA mit Meisterschaft beherrschte ,,Intervention'' (inklusive Verminung nicaraguanischer Häfen, Finanzierung von Söldnern, Bombardierung von Städten: Lybien — und kurzfristigem Einmarsch: Panama, Grenada) geht Diner als läßliche Sünde durch, hat er doch Politik durch (Welt-)Polizei ersetzt. Sie hat mit den tatsächlichen Gründen und Zwecken der Handelnden wenig zu tun, viel aber mit der Wahrung der öffentlichen Ordnung. Aus dieser Perspektive erscheinen diejenigen, die gegen sie verstoßen, allein als Störer, Kriminelle oder als unzurechnungsfähig.

Wie sehr das Wohlergehen von Menschen als Movens seines Denkens zugunsten einer Ordnungsidee abdankt, zeigt Diner in seiner — auch von anderen ‚Postsozialisten' geteilten — Genugtuung über die neuen Chancen der UNO zur Konfliktregelung. Kein Wort vom Entscheidungsübergewicht der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gegenüber der Vollversammlung der UNO. Kein Wort auch von den Druckmöglichkeiten, die den Ländern der sogenannten Dritten Welt aus der nun verschwundenen Bipolarität erwuchsen. Kein Wort auch von dem ,,Kuriosum, daß der aus der Bipolarität resultierende Interessengegensatz, in Kombination mit dem Spielraum, der den blockfreien nichtständigen Mitgliedern zuwuchs, zwar einerseits den Sicherheitsrat in vielen Konflikten handlungsunfähig machte, andererseits jedoch zu Minimalkompromissen zwang, die immerhin einen moralischen Druck der Vereinten Nationen bewirken konnte, wie im Falle des Algerienkrieges, des Vietnamkrieges, des Überfalls auf Grenada und nicht zuletzt aufgrund der israelischen Expansions- und Annexionspolitik im Nahen Osten.'' (Werner Ruf, Z, Zeitschrift Marxist. Erneuerung, Heft 8, 1991)

Die Relativierung der Individuen am nationalen Ganzen, dessen Wohlergehen auch das ihre erst ermöglichen soll, hatte sich in der bürgerlichen Gesellschaft in der Doppeltheit von Individual- und Menschenrechten und nationaler Souveränität ausgedrückt. Nicht den Individual- und Menschenrechten, sondern den Rechten der Nation, einer fiktiven juristischen Person galt Diner zufolge der Golfkrieg. Das irakische Volk steht wegen Beihilfe für Hussein oder zumindest wegen unterlassenem Widerstand in der ‚polizeilichen Schußlinie.

Reichlich gesinnungsethisch mutet Diners Besprechung der Schlächterei gegen die Iraki an. Folgende Botschaft habe sie auch für andere potentielle Aspiranten unmißverständlich verdeutlichen sollen: ,,Ein Etatozyd (sic!) ist kein Kavaliersdelikt in der auf Staaten angewiesenen Weltgemeinschaft''. Von Wegen ‚Kavalierdelikt': Zu einer monströsen Gefahr (,,Etatozyd''!) muß das Verschwinden eines Staatennamens von der Landkarte erst einmal stilisiert und mit allerhand Ahnungen um die allerschlimmsten Folgen und Weiterungen aufgeladen werden. Denn nur so kann die Abwehr dieser *möglichen* Gefahr so prinzipiell ausfallen, daß das definitive Verschwinden von Hunderttausenden Iraki demgegenüber billigend in Kauf zu nehmen ist — als kleineres Übel. Diner sagt alles selbst: ,,Im Falle Kuwaits ging es also nicht um Kuwait allein, sondern vielmehr um die Statuierung eines Exempels... Am konkreten Falle Kuwaits galt es also ein Prinzip zu verteidigen — das universelle Prinzip der Unantastbarkeit staatlicher Existenz.

Abstraktion von den tatsächlichen Zielen der Kriegsführung

Die Abstraktheit des Prinzips zeigt sich auch im höchst selektiven Blick auf das ihm subsumierte Geschehen. Weil Diner es absieht auf die Würdigung des 2. Golfkrieges als Maßnahme zur Verteidigung des Völkerrechts, muß er absehen von der Kritik an souverän ausgeschlagenen Verhandlungsmöglichkeiten (vgl. auch Chomsky und der ehemalige Sicherheitsberater Brezinski im Spiegel 91). Ebenso abstrahierend muß Diner von den tatsächlichen Zielen der Kriegsführung: ,,Es war ein Angriff auf die Wasser- und Energieversorgungssysteme und andere Infrastruktureinrichtungen, der genau den Effekt biologischer Kriegsführung hatte. Diese Angriffsspitze hatte nichts zu tun mit dem Krieg, nichts. Dies war kein Krieg gegen Nazideutschland, der sechs Jahre dauerte, dies war ein Krieg, der in Tagen oder Wochen vorüber sein würde. Der Zweck der biologischen Kriegsführung und des Angriffs auf die Infrastruktur bestand darin, die Bevölkerung für die Zeit nach dem Krieg als Geisel zu nehmen, damit die

USA ihre politischen Ziele in der Region erreichen konnten.“ (Chomsky). Der Irak sollte für die Wiederherstellung seiner Infrastruktur entscheidend auf das Ausland angewiesen sein.

Zeigte Diner im 1. Abschnitt seines Essays seine neue Weltanschauung, so nimt er sich im 2. Abschnitt diejenigen vor, die während des Golfkrieges sich als noch nicht ganz auf der Höhe der Zeit erwiesen. Lautet der Befund schon rüde: ,,Der überwiegende Teil der deutschen Protestöffentlichkeit“, so wird die dies begründende Geschichtsdeutung ähnlich ausfallen(d): Mit seinem *Krieg der Erinnerungen* möchte Diner durchsetzen, wie man sich in der neuen Zeit an die letzten dreißig Jahre linker Praxis erinnern soll. Die Stichworte dazu lauten: Internationale Solidarität, Aufarbeitung des NS, deutscher Sonderweg, Antiamerikanismus.

Internationale Solidarität schnurrt für Diner zusammen auf ,,unkritische, bloß identifikatorische und mithin substanzlose Dritte-Welt-Ideologie“ und ,,gesteigerte moralische Wertschätzung“ selbst gegenüber ,,wenig sympathischen Regimen der Dritten Welt“, müßten sie doch den Protagonisten herhalten als ,,Substitut“ für die ,,dahinschwindende, sozialistische Utopie“. Auch dem, der damals nicht dabei war, oder selbst dem, der heute an Vergangenheitsbewältigung per Erinnerungstilgung arbeitet, schon ihnen müßte als unwahrscheinlich vorkommen, die Enttäuschung der mit Chile und Portugal verbundenen Hoffnungen habe ohne Rückwirkung auf die Solidaritätsarbeit bleiben können.

Spätestens mit der tragischen Erfahrung, daß auf den Schah letztlich dann doch Khomeini folgte, war jene Identifikation verschwunden, deren ungebrochenes Andauern Diner suggerieren möchte, als wäre die Begeisterung für Sendero Luminoso heute ein linkes Massenphänomen.

Auch die linke Aufarbeitung des NS wird selektiv vorgestellt. Diner unterstellt ‚der Linken‘ einen ökonomistischen Begriff von Nationalsozialismus, um ihr vorhalten zu können: ,,nicht allein das Regime, die gesamte Nation ist mit den Massenverbrechen affiziert.“ Aus der Nichtreduzierbarkeit des Holocaust auf ökonomische Motive kommt Diner auf die Irrelevanz der ökonomischen Struktur inklusive der mit ihr verbunden Formen des Bewußtseins und der Lebensführung für die Erklärung des Nationalsozialismus und der Judenverfolgung.

Golfkrieg nicht der Opposition wert

Sei durch die deutsche Teilung die Verdrängung und Verleugnung dieser nationalen Affiziertheit sozusagen realpolitisch mangels nationaler deutscher Chancen gestützt worden, so aktualisiere sich die deutsche Schuld mit dem Wiedererstehen des Nationalen im Zuge der deutschen ‚Vereinigung‘. Der Angriff auf den Irak sei nur deshalb so in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gerückt, habe er sich doch angeboten für die stellvertretende Abarbeitung der mit der neuen nationalen Stärke notwendig gewordenen ,,umwegigen Annäherung an eigene Opferschaft“.

Diners Psycho-Rede kommt ohne ein Argument für ihre Voraussetzung aus, der Golfkrieg selbst sei nicht der Opposition wert. Vielmehr müßten nach Diner die Golfkriegsgegner ihn erst zu einer Gelegenheit *machen*, sich zu verhandeln. Warum dann aber die zum großen Teil doch eher jüngeren Protestierer das Ende des 2. Weltkrieges aufarbeiten und nicht ihre in Diners Psycho-Logik näherliegenden ‚ödipalen Erfahrungen‘ bleibt Diners Geheimnis. Es verweist auf die Beliebigkeit der Konstruktion und auf eine Gemeinsamkeit verschiedener Motivunterstellungen in der Entwirklichung des thematisierten gegenwärtigen Konflikts zugunsten eines ‚eigentlichen‘ Themas aus der Vergangenheit. Gegenüber dem unterstellten allgemeinen Thema (hier: der Deutschen) ist aber jedes besondere Argument nicht nur hilflos, sondern vermag das behauptete Wesen nur noch als seine jeweils neueste Erscheinung zu bestätigen.

Diner begründet nicht, warum die deutsche Schuld an der Judenvernichtung den Dreh- und Angelpunkt für Deutsche in der Analyse des Golfkrieges abgeben soll. Diner führt hier noch einmal die von einigen Golfkriegsbefürwortern herausgebildete Attitüde vor, in deren Logik ein ,,Unterschied zwischen Opfern eingeführt (wird), jenen, die ihren Rettungsanspruch durch den millionenfachen Mord an ihnen verdient haben, und jenen die in namenloser Geschichte lediglich auf dem üblichen indirekten Geschäftsweg umgebracht werden bzw. der existentialistisch herbeigeführten Parteinahme einfach zum Opfer fallen.“ (Ilse Bindseil, Kritik & Krise, Heft 4/5 1991). Bindseil spricht hier von einer ,,Funktionalisierung von Auschwitz im Sinn einer Vorgeschichte des Golfkrieges“.

Diner ruft im 3. Abschnitt seines Essays ein weitverbreitetes Stereotyp ab als vor jeder Nachfrage erhabene Gewißheit. Es handelt sich um ein Lieblingskind affirmativer Kritik, die mit Distanz zum vermeintlich kompakten Nationalcharakter dem Dünkel frönt, selbst über die hiesigen Zustände hinaus zu sein, lautet die ‚Einschätzung‘ nur, Deutschland sei ,,kulturell wie zivilisationsgeschichtlich außerhalb des Westens angesiedelt“. Als ob Ignoranz ein Argument wäre, mißachtet Diner die Relativierung und Kritik der Theorien des ,,deutschen Sonderwegs“, wie sie Jürgen Kocka zusammenfaßt. Sinn macht dies allein aus der verfolgten Absicht, den Sonderweg Deutschlands zur akuten Gefahr auszumalen und als prägnanteste Anzeichen dafür — man ahnt es schon — den Protest gegen den Golfkrieg und den Antiamerikanismus vorzuführen. Auch hier wieder das gleiche Muster wilder Tiefen-Unterstellung: ,,Die vornehmlich den Amerikanern zugeschriebenen Zirkulationsmetaphern legen jedenfalls den Eindruck nahe, es handle sich beim europäischen und v.a. deutschen Antiamerikanismus um so etwas wie einen verstellten Antisemitismus.“

Ein Objekt kann Diners ‚Logik‘ zufolge nicht unterschiedlich kritisiert werden, vielmehr desavouiert die dämlichste Variante alle anderen Kritikmöglichkeiten. Zur — somit tabuisierten — Kritik am in den USA mangelnden Sozialstaat, am schlechten Stand der Gewerkschaften, an Rassismus und Gewalt soll einem reflexhaft Antisemitismus einfallen. Diners Schluß vom besonderen Ausmaß des deutschen Protests gegen den 2. Golfkrieg auf den deutschen Sonderweg verträgt sich schlecht mit einer auch dem Antiamerikanismus entgegenstehenden Beobachtung: ,,Der Golfkrieg enthüllte in den USA andere politische Konstellationen als in Europa. Linke Intellektuelle z.B. waren mit ganz wenigen kaum überraschenden Ausnahmen Kriegsgegner.“ (Ulrich Heider, FR 14.9.91).

Diner hat sein Ziel erreicht, wenn er dem Leser ansinnt, ,,eine neue politische Sprache“ zur ,,Deutung der Wirklichkeit“ anzunehmen und dabei zu beachten, diese Sprache ,,dürfte“ ,,in Kategorien und Begriffen ... an alte, längst vergangen geglaubte Zeiten anknüpfen.“ Leider wird auch durch den Verfall der RGW-Länder die ‚alte‘ bürgerliche Gesellschaft nicht ‚neu‘. Diners Text zeigt vielmehr, welche Denkverrenkungen notwendig werden, wenn sich die Wahrnehmung der Probleme ihren Horizont von den gegenwärtig für ihre ‚Bearbeitung‘ bereitstehenden Mitteln und Formen (z.B. Recht, Nation) vorgeben läßt, als würden nicht diese Mittel gerade der Logik folgen, die die Probleme hervorgebracht hat. ■

M.C. Escher: Regelmäßige Flächenaufteilung für Begegnung, 1944. Bleistift und schwarze Tusche

URSULA SCHMIEDERER

Waren alle Linken Genscheristen?

In Zeiten, in denen die Verabschiedungsrituale und Abgesänge von ganzen Messdienerchören auf alles Linke den medialen Betrieb beschäftigen, ist ein Blick darauf, „wie es wirklich war", hilfreich. Unumgänglich wird dabei das sonst verpönte Selbstzitat, das jedoch nicht rechthaberisch zu verstehen ist, sondern auf das opportunistische kurze Gedächtnis (z.B. des neueren Katheder-Irrationalismus) zielt. — Die „Entspannungspolitik" ist als „Genscherismus" erneut ins Gerede gekommen. Diese Politik habe, so der Hauptvorwurf, „Frieden" und Ausgleich mit den herrschenden Eliten im Ostblock gesucht und erreicht — aber eben nur auf Kosten der Völker, der Menschenrechte und speziell des oppositionellen Untergrunds. Die Zeitschriften des Sozialistischen Büros brauchen sich vor den denunziatorischen Anwürfen der Konservativen und ihren Meßdienern auf den hinteren Plätzen nicht zu verstecken. — Der folgende, von der Redaktion gekürzte Text über Polen stand in der *links* Nr. 131, vom Feb. '81, wurde also fast ein Jahr vor der Verhängung des Kriegsrechts durch den General Jaruselski geschrieben.

Die Entspannungspolitiker sind recht zurückhaltend. Sie wollen sich die Geschäfte nicht verderben lassen. Sie hoffen, daß die so großzügig gewährten Kredite sich zurückzahlen: nicht unbedingt in Geld, wohl aber in stärkerer Abhängigkeit der polnischen Wirtschaft vom Westen. Zugleich sind sie Realisten genug zu erinnern, daß Polen noch immer zum sowjetischen Hegemonialbereich gehört. Teil des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der Warschauer Pakt-Organisation (WPO) ist.

Die Linke schließlich ist wieder mal verwirrt, vor einem Jahr noch hatte Bahros These Konjunktur, daß eine wirksame Opposition sich im „real existierenden Sozialismus" nur bei Menschen höheren Bewußtseins entwickeln könne, bei Menschen in Leitungsfunktionen, im Apparat, bei der Intelligenz. Wie gerne sah man sich selbst schon in der Rolle des revolutionären Subjekts. Wie unbedacht und unbedenklich schwatzte man Bahro hinterher, daß die Arbeiter, die unmittelbaren Produzenten von „subalternem" Gemüt seien, kein „überschüssiges Bewußtsein" hätten. Jetzt plötzlich entdecken sie wieder die Arbeiterklasse — „da drüben" (hier nimmt man gerade Abschied, weil es Mode ist!); es ist mit moralischer Emphase die Rede von Solidarität und Internationalismus. Indes: die polnische Bewegung hat ihre Geschichte. Und bei etwas mehr Interesse für die Vorgänge im ‚realen Sozialismus' vor dem neuen Knall hätte man es schon besser wissen können. Kuron und Modzelewski sagten schon 1966 (deutsch seit 1969) recht genau voraus, wie es kommen wird. In ihrer (streng marxistischen!) Analyse des „Monopolsozialismus" zeichneten sie die inneren Widersprüche der polnischen Gesellschaft nach und erarbeiteten präzise die Krisenhaftigkeit dieser Gesellschaft. (...)

Die Krise wie die Bewegung in Polen haben ihre Wurzeln in der gesellschaftlichen Organisation, in der Wirtschaftsverfassung und in den Herrschaftsverhältnissen. Weder die europäische Entspannung noch die Veränderungen in der internationalen Situation haben einen ursächlichen Zusammenhang mit dem polnischen Prozeß. Es ist kein Zufall, daß in den Danziger Vereinbarungen wie in den 21 Forderungen der Streikenden nicht ein Mal Außenpolitisches erwähnt wird. Es ist also eine Überschätzung der Situation, der europäischen Entspannung den Verdienst für die Stärke der polnischen Opposition zuzuschreiben. (...)

Hier ist vielleicht der Ort, um einmal wieder auf die Voraussetzungen und Bedingungen der europäischen Entspannungspolitik hinzuweisen. Es erscheint etwas gutgläubig, Entspannungs- und Friedenspolitik einfach in eins zu setzen.

Zu erinnern wäre hier erst einmal an jene „Sonnenfeld-Doktrin", die den materiellen Kern der Entspannungspolitik enthält: 1. Die Sowjetunion ist eine Supermacht, deren politisches Auftreten auch die USA nicht verhindern können. 2. Es gibt keine Möglichkeit die Sowjetunion militärisch zu besiegen (ohne selbst unterzugehen). 3. Der wunde Punkt im realsozialistischen System ist das Fehlen einer integrierenden Ideologie (wie sie der Westen etwa im Antikommunismus oder im Konsumdenken hat). 4. Also gilt es, die Sowjetunion samt ihrem Machtbereich in den kapitalistischen Weltmarkt zu integrieren und die Werte der Konsumgesellschaft als Destabilisierungsmechanismus einzusetzen. (...)

Militärisch und politisch ist es dann ‚realistisch', die Sowjetunion als weltpolitische Ordnungsmacht und als regionale Hegemonialmacht zu akzeptieren und zu stabilisieren — das ist einer der Hintergedanken der KSZE —, ihr zugleich aber ideologisch und durch andere ständige Sticheleien das Leben schwer zu machen — das ist der Hintergedanke der leidigen „Menschenrechtskampagne" des eben vergangenen US-Präsidenten Carter.

Es gibt aber noch einen anderen materiellen Kern der Entspannungspolitik: den ökonomischen. Die politischen und diplomatischen Voraussetzungen für die weltweite und insbesondere für die europäische Entspannungspolitik wurden von westlicher Seite in einer Zeit geschaffen, als sich abzeichnete, daß die Konjunkturzeiten des Kapitalismus global ihrem Ende zugingen. (...)

Die ökonomischen Interessen des Westens trafen gleichzeitig auf erhöhtes Interesse bei den Herrschenden im realen Sozialismus. Seit Anfang der siebziger Jahre steht denen das Wasser am Hals (die polnischen Streiks von 1970/71 müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden!) (...)

Dieser seither andauernden und wachsenden Krise des realen Sozialismus versucht die Partei mit einem Krisenmanagement beizukommen, das auf zwei Säulen ruht. Säule 1: die Wirtschaftsmisere soll überwunden werden durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, d.h. durch die erhöhte Auspressung der Arbeiter; Säule 2: den Engpässen soll durch den Import kapitalistischer Technologien aufgeholfen werden. (...) Das Interesse an Entspannung ist also in West wie Ost das Interesse der Herrschenden. (...) Mit Brecht: „Ordnung im Saustall" — hier wie dort — „ordentliche" Ausbeutung hier wie dort. (...)

Es gibt für uns also keinen Grund, kritiklos für eine Entspannungspolitik einzutreten, deren ökonomischer wie politischer Sinn die Erhaltung des Status quo und die Absicherung von kapitalistischer wie realsozialistischer Herrschaft ist, denn in jedem Fall geht diese Politik grundsätzlich gegen gesellschaftliche Veränderungen.

Dennoch gibt es Argumente zur Verteidigung der gegenwärtigen Entspannungssituation. Durch die Möglichkeit für die Opposition im realen Sozialismus, internationale Öffentlichkeit herzustellen, geraten die Herrschenden im realen Sozialismus in einen Legitimationszwang, der ihnen um so unangenehmer sein muß, je schwächer ihre Legitimationsbasis gegenüber der eigenen Bevölkerung wird. (...)

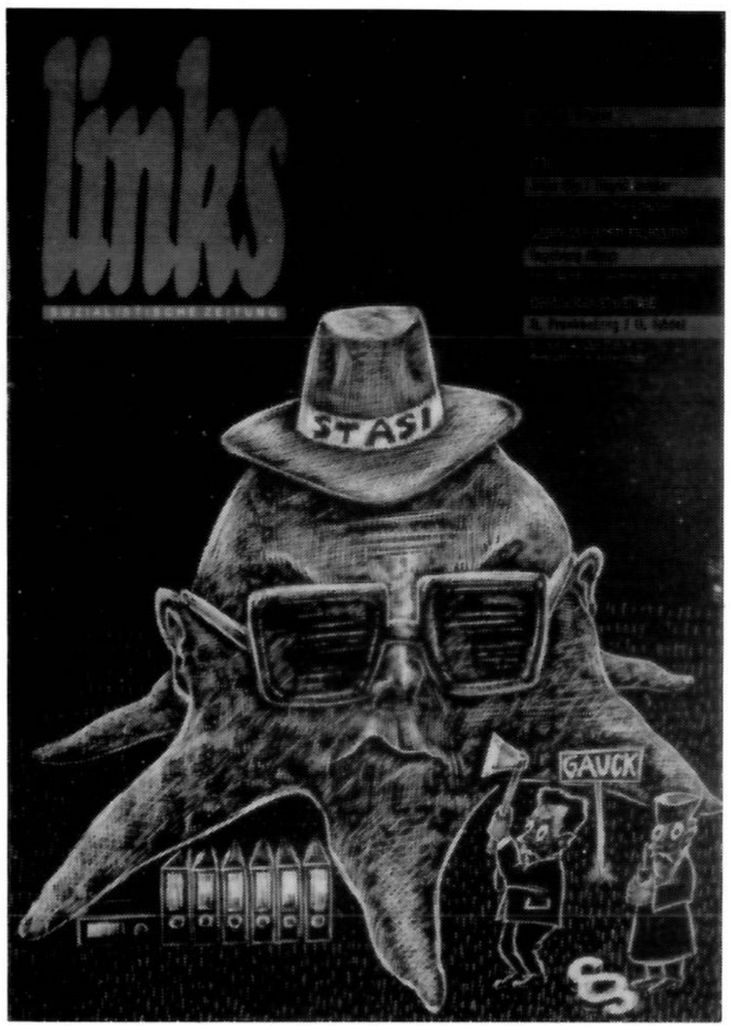
Den Rahmen für die europäische Entspannung geben immer noch Abschreckung und „militärisches Gleichgewicht" ab und sie instrumentalisieren obendrein jede Entspannungspolitik für ihre Zwecke.

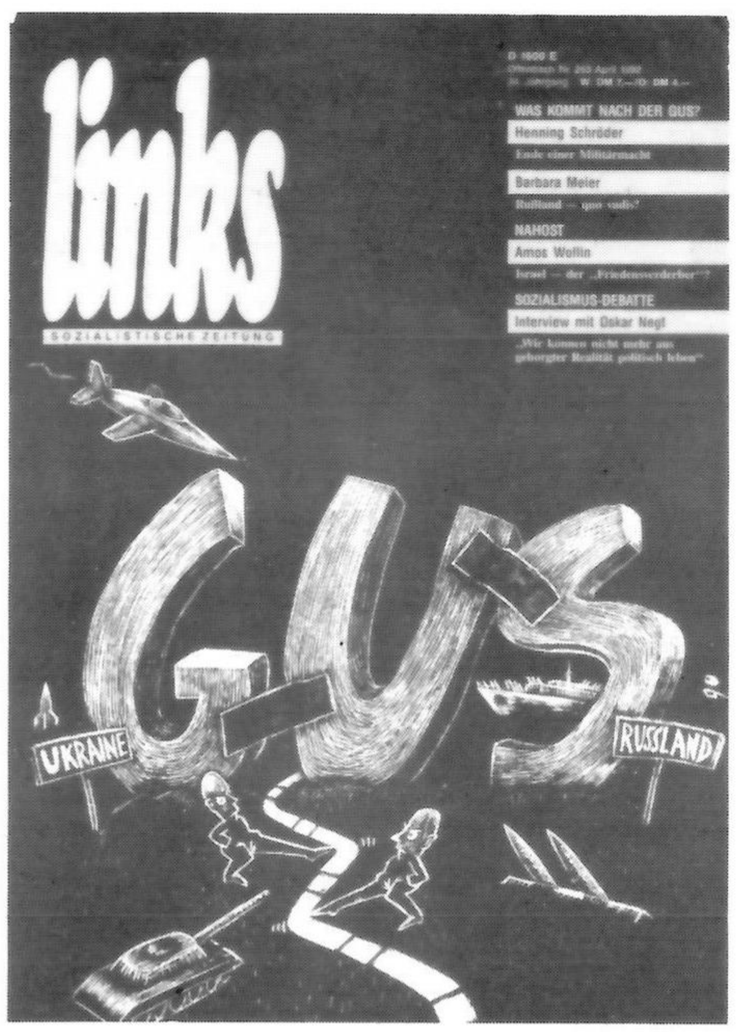
Es ist politisch wenig sinnvoll, einfach „mehr Entspannung" zu verlangen. Verlangt werden muß eine andere Entspannung und das kann nur heißen: Widerstand gegen Rüstung, also Friedenspolitik. (...) Zuallererst geht es darum, aus der Logik der Herrschenden und der Herrschaftslogik überhaupt auszusteigen. (...) Nur wenn diese Logik aufgebrochen werden kann, hat auf Dauer die polnische Produzentenopposition die Chance, sich ihre eigene selbstorganisierte, herrschaftslose Gesellschaft zu schaffen. ■

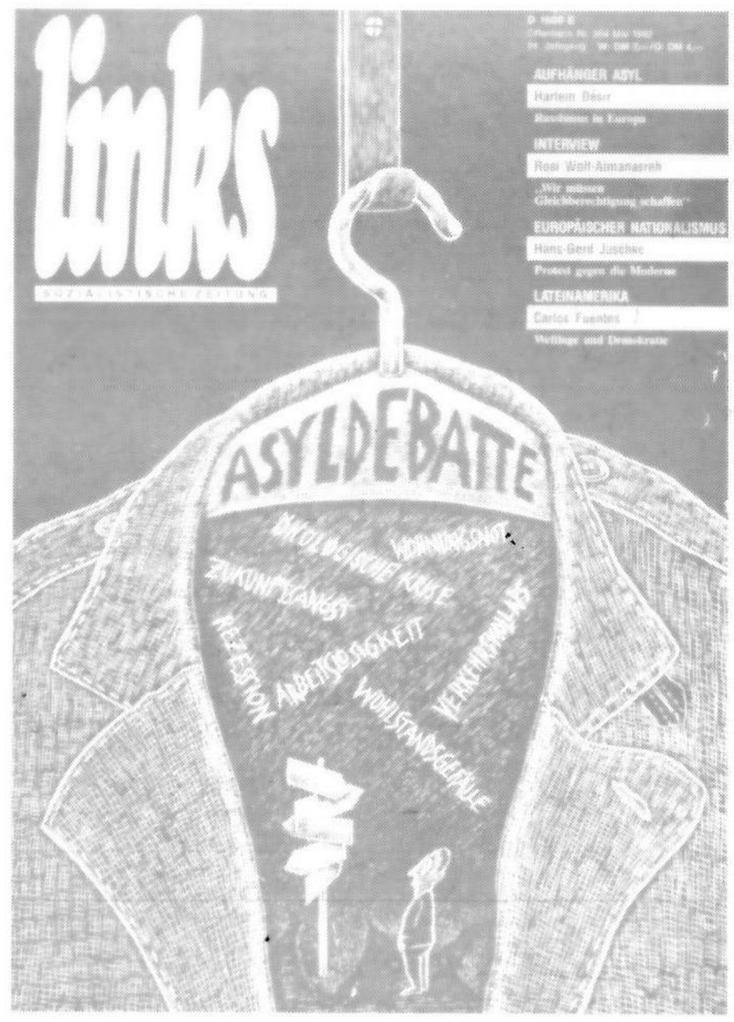
Die Autorin, Ursula Schmiederer, starb am 31.10.89.

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zur Verfassungsdiskussion, zur Stasi-Problematik, zur Perspektive der GUS-Staaten, zur Asyldebatte und zu Lateinamerika.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellschein

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Das ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Probe-Abonnement

☐ Ich möchte die aktuelle und die nächste *links*-Ausgabe zum Preis von 9,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE BÜCHER LINKS ZU HABEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7